

TAGESSCHAU

POLITIK

**Randzone Westeuropas:** Die Zukunft gehört dem pazifischen Raum, versichern amerikanische Experten auf einem Kolloquium des Planungstabes des Bonner Auswärtigen Amtes unter Hinweis auf technologische Rückständigkeit, veraltete Strukturen und provinzielles Denken hierzulande.

**S-Bahn-Vertrag:** Die bisher von der DDR betriebene S-Bahn in Berlin soll noch in diesem Jahr an den Berliner Senat übergeben werden. Darauf haben sich Experten in Verhandlungen geeinigt. (S. 4)

**Hasselmann übt Kritik:** In der Bevölkerung gebe es wenig Verständnis für die „Beibehaltung“ durch Streit im Regierungsgeschehen, kritisiert der niedersächsische CDU-Vorsitzende in einem WELT-Gespräch. (S. 1)

**Wahl in Japan:** Die regierenden Liberalen haben nach Hochrechnungen der Nachrichtenagentur Kyodo bei den Parlamentswahlen am Sonntag Stimmen hinzugewonnen.

**Mordanschlag der IRA:** Bei der Detonation einer Auto-Bombe vor dem überfüllten Kaufhaus „Harrods“ in London wurden fünf Menschen getötet. (S. 3)

**Totale Verweigerung:** Auf einem Treffen von Schriftstellern und Politikern, die sich selber zur „Pazifikbewegung“ zählen, fordert Günter Grass zu einer Haltung auf, die dem früheren Begriff der „Wehrkraftzersetzung“ entspreche. (S. 1 u. 2)

**US-Hilfe für Israel:** Präsident Reagan sichert Ministerpräsident Schamir schriftlich zu, „künftig den wachsenden militärischen Interessen Israels auf dem Gebiet der Verteidigung Rechnung zu tragen“, meldet der israelische Rundfunk.

**Kohl mahnt Gewerkschaften:** Zu einem „unabhängigen“ Pakt der Vermarktung in der Tarifverhandlung, die der Bundeskanzler aufgerufen. CSU-Vorsitzender Strauß erinnerte die Gewerkschaften an ihre Gemeinwohlverpflichtung. Der zweite IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler spricht vom Existenzkampf der Gewerkschaften.

**Heute: Bundeskabinett tagt in Bonn:** Themen unter anderem Vorratssicherungs- und Berliner S-Bahn - Letzte Sitzung des EG-Außenministers in diesem Jahr. - In Kuwait beginnt der Prozess gegen zehn gesandte Terroristen, die am Anschlag auf die US-Botschaft beteiligt waren.

ZITAT DES TAGES



„Berlin ist die ideale und geistige Hauptstadt Deutschlands geblieben.“

Der Berliner Verleger Axel Springer (S. 3)

FOTO: NICO NAGEL

WIRTSCHAFT

**Nord-Süd-Gefälle:** Zwei unabhängig voneinander angestellte Untersuchungen widerlegen die These von der generellen Benachteiligung des Wirtschaftsraums Norddeutschland gegenüber dem Süden. (S. 9)

**Weihnachtsgeschäft:** Am vierten verkaufsfördernden Samstag haben sich die Erwartungen des Einzelhandels für das Weihnachtsgeschäft erfüllt. Die Vorjahresergebnisse wurden übertroffen. (S. 9)

**Ranheinf:** Ein angesichts der „unentschiedenen“ Gewerkschaftsbildung möglicher Arbeitskämpfe würde sich „wie Ranheinf auf die zur kommenden Blüte der Konjunktur“ legen, erklärt HDI-Präsident Rodenstock.

**Importkontrollen:** Präsident Reagan hat - gegen den Rat der Kabinettsmitglieder - strengere Importkontrollen für Textilien verfügt. (S. 9)

**Entlassungen bei Talbot:** Die französische Regierung hat den von der Werksleitung gestellten Antrag auf Entlassung von 2905 Arbeitern an zwei Dritten genehmigt. (S. 11)

**Philippe bei Grundig:** Ab 1. April 1984 wird der Philippe-Konrad die Leitung der Grundig AG übernehmen.

**Kleiche:** Der Eintritt Spaniens und Portugals in die EG sei nicht nur agrarpolitisch unnötig, er bringe nur neue Kosten, erklärt der Minister.

KULTUR

**Neuer WDR-Fernsehsender:** Nach monatelangen Tauschen und einigen Absagen erhielt sich der WDR-Verwaltungsrat auf Gerd Ruge als neuen Chefredakteur des WDR-Fernsehens. (S. 4)

**Unesco:** Noch im Dezember wollen die USA entscheiden, ob sie Mitglied der Kulturorganisation der UNO bleiben. Sie beklagen die Politik der Unesco durch den Ostern.

SPORT

**Ski alpin:** Beim Abfahrtslauf in Gröden (Südtirol/Schweiz) gab es die ersten deutschen Platzierungen seit 1979. Klaus Gattermann wurde Sechster.

**Schach:** Ist die große Karriere von Viktor Kortschnoi beendet? Er unterlag Garri Kasparow im Kandidaten-Halbfinale nach einer 1-0-Führung überraschend klar mit 4:7. (S. 7)

**Kunstlauf:** Norbert Schramm wurde zum dritten Mal deutscher Meister. Seine Kür aber überzeugte zu wenig, das er kaum noch mit einer olympischen Medaille rechnen kann. (S. 6)

**Motorport:** Manfred Winkelhock, 1983 erfolgreicher, bleibt nun doch beim deutschen Rennstall ATS. Er unterschrieb einen Vertrag für die nächste Saison. (S. 7)

AUS ALLER WELT

**Katastrophen:** Bei Bränden in einer Madrider Diskothek, im Amsterdamer Vergnügungsviertel und in einer Pension in Manchester kamen insgesamt 95 Menschen ums Leben. Bei einem Busunglück in der Nähe von Genoa starben mehr als 30 Personen. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Führungsaufgaben in Berlin. W. Hertz-Eichenrode über die geistige Perspektive. S. 2  
**„DDR“:** Der jahrelange Kampf gegen das West-Fernsehen geht zu Ende. S. 3  
**Kessen:** SPD-Landeschef Bömer sieht Grüne auf dem Wege der Politikfähigkeit. S. 4  
**Libanon:** Israels vermittelten Auszug der Christen aus Deir-el-Kamar. S. 5  
**Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 5  
**Handball:** VfL Gummersbach verspielt die letzte Chance auf den deutschen Titel. S. 6  
**Ferischeit:** Ein Wagen mit eigenem Fahrer - K. Gloor's Fernsehfilm „Der Erfinder“. S. 8  
**SED-Ideologie:** Hager: Partei warnt Jugend vor „Egoismus“ mit Wehrwillen unzufrieden. S. 8  
**WELT-Report Katalonien:** Eine Provinz rüstet sich, Spanien auf EG-Niveau zu ziehen. S. 12 bis 14  
**Pankraz:** Über das neue Buch von C. R. Taylor, der sich mit der Evolution beschäftigt. S. 15

Europa droht Absinken zur „mikroelektronischen Kolonie“

Bonner Kolloquium ruft dazu auf, die pazifische Herausforderung anzunehmen

BERTHOLD CONRAD, Bonn  
Der pazifische Raum, zu dem Kalifornien ebenso gehört wie Japan, Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong, wird sich in den nächsten Jahren zur dominierenden Zone der Weltwirtschaft entwickeln. Damit wird Westeuropa aufgrund seiner technologischen Rückständigkeit, veralteter Strukturen und provinzieller Denkgewohnheiten immer stärker in eine Randposition gedrängt. Dieses Fazit ergab sich bei einem vom Planungstab des Auswärtigen Amtes veranstalteten Kolloquium in Bonn.  
Dazu der amerikanische Professor William E. Griffith vom M.I.T. (Massachusetts Institute of Technology): „Australien und Neuseeland sind dabei, mikroelektronische Satelliten-Singapurs zu werden. Das ist verblüffend, aber wahr. In gewisser Hinsicht könnte dies - gegenüber Japan und den USA - auch die Zukunft Westeuropas sein. Es ist unwahrscheinlich, dass es bis zum Ende dieses Jahrzehnts eine wirklich unabhängige elektronische Gesellschaft in Europa geben wird. Also werden Sie abhängig sein. Wenn ein Europäer wäre, würde ich dieser Entwicklung nicht mit Zuversicht entgegensehen.“  
Dabei hatte der renommierte Wissenschaftler aus der berühmten ame-

kanischen „Denkfabrik“ in Cambridge zu Beginn der Tagung im Bonner Königshof ein auch für die Westeuropäer erfreuliches Bild der strategischen Lage in Asien gezeichnet. Trotz gewaltiger Rüstungsanstrengungen - so Griffith - fielen die Sowjets im technologischen Wettrennen mit den Vereinigten Staaten und Japan immer weiter zurück. Das wirke sich auch militärisch aus. Denn der Stand der Technologie sei die Hauptquelle militärischer, wirtschaftlicher und politischer Macht.

Hinzu kommen nach den Worten von Griffith kapitale politische Fehler Moskaus, die auch von den anderen Teilnehmern des Kolloquiums - Diplomaten, Experten, Wissenschaftlern und Wirtschaftsmanagern - bestätigt werden konnten: Die Sowjets hätten in Fernost 44 Divisionen und eine wachsende Zahl von SS-20-Raketen stationiert, um nach eigenen Angaben eine Einkreisung zu erreichen - und sie hätten damit etwas anderes erreicht: Für China sei die Bedrohung durch die SS 20 nicht hinnehmbar, und die Japaner seien durch die massive Gefahr nun erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg aus ihrem Neutralismus gestört und gegen die Sowjets mobilisiert worden.

Hatte vorher schon Moskau kurz- und langfristige Bedrohungen durch die Amerikaner und die Sowjets gesehen, so sieht die USA geradezu zum weiteren Fortschritt und vergrößert damit ihren Vorsprung vor der Sowjetunion.  
Doch nicht nur das: Der Professor aus Massachusetts konnte sogar zur allgemeinen Überraschung davon Kenntnis geben, dass die japanische Industrie wegen der hochentwickelten amerikanischen Militärtechnologie, die natürlich zivil auswertbar ist, zur Kooperation drängt und dabei ihre eigene Spitzen-Computertechnik einbringt.

Für die zurückfallenden Sowjets ist das fatal. Die westeuropäischen Verbündeten hingegen könnten es mit

DER KOMMENTAR

Brüchige Fundamente

GEDR. BRÜGGEMANN

Der technische Fortschritt in der Welt und die von ihm ausgelöste wirtschaftliche Entwicklung orientieren sich nicht an nationalen Wunschvorstellungen. Sie folgen, so beklaugt es sein mag, anderen Gesetzen. Während in der Bundesrepublik und anderen Teilen Europas noch Milliardenbeträge aufgebracht werden, um veraltete und nicht mehr wettbewerbsfähige Strukturen zu bewahren, sind andere Länder längst zu den neuen Zielen einer mikroelektronischen Zukunft aufgebrochen.

Die beklommene Erkenntnis eines Bonner Kolloquiums, aber auch anderer Veranstaltungen in jüngster Zeit zu diesem Thema, daß sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft schon bald aus dem europäischen Bereich in den pazifischen Raum verlagern kann, zu dem auch der Westen der Vereinigten Staaten gehört, ist nicht neu. Zu Konsequenzen hat sie bislang nicht geführt. Im Gegenteil, könnte man beinahe sagen. Mit einer Verblissheit, die einer besseren Sache würdig wäre, wird auf das ohnehin schon hohe Gebäude der sozialen Sicherheit ein Stockwerk nach dem anderen getrimmt und dabei übersehen, daß die Fundamente längst brüchig geworden sind.

Die resignierende Feststellung, in Amerika werde die Forschung und Entwicklung durch riesige Rüstungs- und Weltmarkt-Etats vorangetrieben, in Ostasien durch eine andere gesellschaftliche Mentalität, ist falsch. Eine Wiederbesinnung auf jene dynamische Leistungsbereitschaft, durch die der Wohlstand, der jetzt so bedenkenlos konsumiert wird, erst geschaffen wurde, ist sicherlich nicht unmöglich. Solange freilich Politiker und Gewerkschaften der Bevölkerung zu verschleiern suchen, daß ein angenehmes Leben heute zu Lasten der Arbeitsplätze und der sozialen Sicherheit von morgen und übermorgen geht, ist wenig gewonnen. Viele Milliarden stehen zukunftsorientierter Forschung deswegen nicht zur Verfügung, weil sie für Erhaltungssubventionen ausgegeben werden.

Auch der Vorwurf provinzieller Denkleisterei trifft. Gaston Thorn, Präsident des EG-Rats, sagte jüngst, daß in den siebziger Jahren in Europa doppelt soviel für Forschung aufgewendet wurde wie in Japan. Dennoch hätten die Japaner doppelt soviel Patente angemeldet. In Europa wolle jedes Land eben alles selber machen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Windeln: Risiko bewußt eingegangen

Minister verteidigt Milliardenkredit, macht neue Mittel von Gegenleistungen abhängig

Ein Interview bekräftigte Windeln den Wunsch, die langfristige Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mit der „DDR“ fortzusetzen. Generell vertritt er die Auffassung, daß auch der „neue Spielraum“, den eine neue Regierung zweifellos habe, zu einer Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen beitrage. Regierungen kommunistischer Systeme seien Realisten, und so Windeln, „sie haben mit uns auch keine Probleme zu verhandeln, weil es keine Infektionsgefahr gibt. Wir haben keine gemeinsamen sozialen Ähren, Großvater Marx spielt für uns keine Rolle. Das Gift des Sozialdemokratismus brauchen sie von uns nicht zu befürchten.“ Deswegen seien viele Verhandlungen mit größerer Unbefangenheit abgelaufen als in der Vergangenheit.

Vor dem CDU-Wirtschaftsrat in Berlin bekräftigte auch Staatsminister Jenninger vom Bundeskanzleramt die Bereitschaft zur Fortsetzung der Gespräche mit der „DDR“.

In dem Interview bekräftigte Windeln den Wunsch, die langfristige Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mit der „DDR“ fortzusetzen. Generell vertritt er die Auffassung, daß auch der „neue Spielraum“, den eine neue Regierung zweifellos habe, zu einer Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen beitrage. Regierungen kommunistischer Systeme seien Realisten, und so Windeln, „sie haben mit uns auch keine Probleme zu verhandeln, weil es keine Infektionsgefahr gibt. Wir haben keine gemeinsamen sozialen Ähren, Großvater Marx spielt für uns keine Rolle. Das Gift des Sozialdemokratismus brauchen sie von uns nicht zu befürchten.“ Deswegen seien viele Verhandlungen mit größerer Unbefangenheit abgelaufen als in der Vergangenheit.

Hasselmann mahnt die Koalition

Kritik an „Informationsdefiziten“ / WELT-Gespräch mit niedersächsischem CDU-Chef

MANFRED SCHELL, Bonn  
Das Erscheinungsbild der Bonner Koalition leidet nach Auffassung des niedersächsischen CDU-Vorsitzenden Manfred Hasselmann durch „streitige Diskussionen“ und „Informationsdefizite“ zwischen den Regierungspartnern. In einem WELT-Gespräch sagte Hasselmann, bei der Bevölkerung insgesamt gebe es nach dem Wahlsieg am 6. März „kein Verständnis für Streit im Regierungsgeschehen“. Deshalb sollten sich alle verantwortlichen Politiker bemühen - „auch was den Umgangston betrifft“ - hier „jeden Sand aus dem Getriebe zu nehmen“.

Auf die Frage, wie er das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Kohl und dem CDU-Vorsitzenden Strauß bewerte, antwortete Hasselmann: „Die Tatsache, daß sich beide kurzfristig erneut getroffen haben, ist ein Wert an sich. Sie sollten so fortfahren.“ Es gehe ihm, Hasselmann, bei seinen

Anmerkungen nicht um die „Qualifizierung von Personen“, sondern darum, den Erfolg der Koalition in Bonn und deren respektvolle Leistungen auf Dauer zu sichern. Die Unionsmitglieder setzten „höhere Erwartungen“ in die Regierung als die Bevölkerung allgemein.

Es gebe auch Leute, die darauf hinweisen, daß „zwei für das Ansehen und den Wohlstand wichtige Ressorts, das Auswärtige Amt und das Bundeswirtschaftsministerium, seit vielen Jahren in der Hand der FDP sind“. Er wolle die Besetzung dieser Ministerien durch die FDP nicht in Frage stellen, aber deshalb sollte im Verhältnis zur Union insgesamt auf diesen beiden Gebieten die Kommunikation sichergestellt sein. „Ich bin der Meinung, daß in solchen Angelegenheiten die CDU, die der CDU näher steht, nicht erst nach der Abstimmung mit der FDP konsultiert wird. Dieser Abstimmungsprozeß muß parallel laufen.“

Kehrt der Kreml nach Genf und Wien zurück?

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat zu erkennen gegeben, daß sie eine Wiederaufnahme der von ihr in Genf unterbrochenen Gespräche über die Reduzierung der strategischen Rüstung (START) sowie die Fortsetzung der jetzt ebenfalls von Moskau ausgetragenen Wiener Verhandlungen über einen Truppenabzug in Mitteleuropa (MBFR) zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausschließt. Dies geht aus einem Artikel des Parteiorgans „Pravda“ hervor, der jedoch keinen Hinweis darauf gibt, wann und unter welchen Voraussetzungen der Kreml zur Rückkehr nach Genf und Wien bereit sei.

In dem „Pravda“-Artikel hieß es gestern zum Abschluß der letzten START-Runde: „Das Datum für die Wiederaufnahme wurde nicht festgelegt, es muß über diplomatische Kanäle besprochen werden.“ Zu den MBFR-Verhandlungen meinte das Blatt: „Es wird später auch ein Datum der Verhandlungen in Wien abgestimmt werden, bei denen die sozialistischen Länder im Laufe des Jahres 1983 Vorschläge gemacht haben, die es erlauben, die Verhandlungen aus der Sackgasse zu führen.“

Die „Pravda“ machte Washington den Vorwurf: „Zu Abenteuerern geneigte Kreise in den USA wollen es nicht verstehen, daß in den Beziehungen mit einem Land wie der UdSSR eine Sprache, von der Position der Stärke nicht angebracht sei. Die Zukunft internationaler Verhandlungen hänge davon ab, wann man in Washington und in den Hauptstädten anderer NATO-Länder endlich diese Binsenwahrheit begreift.“

Prag: Proteste auch gegen Sowjetraketen

APF, Prag

Der „Ausschuß zur Vorbereitung freier Gewerkschaften“ in der Tschechoslowakei hat sich in einem Schreiben an den Zentralrat der offiziellen Gewerkschaften (URO) von der Einstellung des URO distanziert, der die Aufstellung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa ablehnt, aber für die Stationierung sowjetischer Raketen in der CSSR und in der „DDR“ eintritt. Außerdem verlangt der Ausschuss die Durchführung geheimer, international kontrollierter Volksabstimmungen über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in allen betroffenen Ländern.

In dem Schreiben der Bewegung für freie Gewerkschaften, die besonders in den Industriezentren Pilsen, Ostrau und Kladsko aktiv ist, heißt es: „Eine so wichtige Frage wie die Stationierung von Mittelstreckenraketen darf nicht von einer Gruppe Politiker entschieden werden.“ Die Haltung der Staatsgewerkschaften stehe nicht im Einklang mit der Meinung weiterer Teile der Bevölkerung. Zahlreiche CSSR-Bürger, die an den offiziellen Kundgebungen gegen die Nachrüstung in Westeuropa teilgenommen hätten, seien „in Wirklichkeit gegen alle Massenvernichtungsmittel, ob diese nun amerikanisch, westeuropäisch oder sowjetisch sind“. Als nicht einleuchtend bezeichnete der Ausschuss den Standpunkt, „daß nur amerikanische Raketen schlecht und todtbringend sind und die sowjetischen gut, weil sie uns beschützen“. In Wirklichkeit könnten alle Gebiete, wo Raketen stationiert werden, zu Angriffszielen werden.

Steht in Ostafrika neue Flüchtlingstragödie bevor?

Uganda will mehr als 100 000 Ruander vertreiben

AP, Nairobi

In Afrika schien sich am Wochenende eine neue Flüchtlingstragödie großen Ausmaßes anzubahnen. Nach Berichten, die in Ruandas Hauptstadt Kigali eintrafen, sollen zwischen 100 000 und 200 000 ugandische Einwohner ruandischer Volkszugehörigkeit aus ihren Dörfern vertrieben und durch Südgandianer in Richtung auf den Grenzposten Merema in Marsch gesetzt worden sein. Andere Meldungen schätzten die Zahl der Vertriebenen eher auf 50 000 Menschen.

Für Ruanda, den am dichtesten besiedelten afrikanischen Staat, sei der Menschenstrom ein gewaltiges Problem, sagte ein Gewährsmann in Kigali. Bereits im Jahr 1982 hatte das Land 37 000 ruandische Volksangehörige aufgenommen, die bei gewalttätigen Stammesfehden aus Uganda vertrieben wurden. Weitere 30 000 waren von der Regierung Ugandas am Verlassen des Landes gehindert und in Flüchtlingslagern in Südganda konzentriert worden.

Die Regierung Ruandas ist offenbar entschlossen, die Einwanderung

der jetzt Vertriebenen zu verhindern. „Soviet wir wissen, hat noch niemand die Grenze überschritten, und die Behörden werden sicherstellen, daß dies auch keiner tut“, erklärte am Wochenende der Vertreter einer westlichen Hilfsorganisation in einem Telefonatgespräch aus Kigali. Ein Abgeordneter des ugandischen Parlaments hatte mitgeteilt, Tausende von Ruandern seien bei organisierten Unruhen aus ihren Dörfern im Bezirk Rakai vertrieben worden.

Das Siedlungsgebiet der Ruander wurde durch die Grenzziehung der früheren Kolonialmächte Großbritannien und Belgien zerschnitten. Zahlreiche Ruander leben seit Generationen in der früheren britischen Kolonie Uganda. Diese Menschen haben die ugandische Staatsbürgerschaft. Später setzte eine Einwanderung ruandischer Landarbeiter nach Uganda ein. Anfang der sechziger Jahre flohen viele Ruander vor den Unruhen in Uganda ins Nachbarland. Während der Herrschaft Idi Amins wurden auch viele Ruander zum Militärdienst eingezogen, die nicht ugandische Staatsbürger waren.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Entgleisung

Von Rüdiger Moniac

Denk ich an Deutschlands Dichter in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht. Heinrich Heines „Nachtgedanken“ machen heute des Tags verstört, wenn man sich mancher seiner Nachfahren erinnert. Das „Deutsche Fernsehen“ zwingt dazu. Die Tagesschau weiß am Samstagabend über kaum etwas ausführlicher zu berichten als über die Ungeheuerlichkeiten des Günter Grass und anderer.

Man fragt sich, was weiß Grass vom Frieden, wenn er der Bundesrepublik und auch der Bundeswehr die Friedensfähigkeit abspricht? Früher, als die Sozialdemokraten noch in Bonn die Regierung stellten, schleuderten sie diesen Vorwurf wie das Gift der Zersetzung gegen die Unionsparteien. Heute, da die Mehrheit der Wähler eben die damalige Opposition zur Regierung bestellt hat, kommt solches nicht mehr über die Lippen von Vogel und Brandt, obwohl das Parlament die aufwändigste Debatte seit je über das Synonym aller Synonyme des Streits – die Raketen – gerade hinter sich hat. Heute bemächtigen sich dieser Aufgabe die Herren Grass und Albertz. Wenn Grass sagt, er werde in Zukunft das tun, was „im allgemeinen Sprachgebrauch Wehrkraftzersetzung genannt wird“, dann steigen aus der Erinnerung Assoziationen empor. Albertz hilft, dieses böse Werk zu vollenden. Er will allgemein aufrufen gegen den Wehrdienst. „Macht Euch nicht schuldig wie die Väter und Großväter“, sagt dieser unheimliche Pfarrer. Wie kommen solche Deutschen wie diese dazu, unseren Staat und die ihn jetzt regieren, ebenso alle, die nach 1945 mitgeholfen haben, ihn aufzubauen, indirekt als die geistigen Erben des braunen Verführers darzustellen? Bonn ist wirklich nicht Weimar. Am Rhein liegen die friedfertigsten Staatslenker deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Der Friede im Zeitalter der nuklearen Zerstörungskraft entzieht sich den einfachen Erklärungsformeln. Der idealistische Humanismus von Grass wird der Welt, wie sie ist, nicht gerecht. Denn es ist eine Welt, aus der das Wissen über die Kernspaltung nicht mehr wegzupolemisieren ist.

## Wirklichkeitsfremd

Von Jürgen Liminski

Unter dem Druck von Meinungsumfragen hat US-Präsident Reagan für seine Nahost-Politik wieder eine neue Nuance gefunden. Er spricht nun von der Möglichkeit, daß Washington seine Truppen aus Libanon abziehen könnte, wenn die Regierung Gemayel bei ihren Bemühungen um eine Lösung scheitern sollte. Die Bemerkung ist für amerikanische Ohren gedacht. Sie ist aber auch in Libanon selbst und in der arabischen Welt vernommen worden – mit einigem Erstaunen. Denn diese Äußerung verrät, sollte sie tatsächlich ernst gemeint sein, ein wirklichkeitsfremdes Bild von der Lage an der Levante.

Gemayel ist kein starker Präsident. Seine Hausmacht reicht kaum über Beirut hinaus. Die Oppositionspolitiker – prosyrische Drusen, Sunniten und Christen – würden wohl zu einer Einigung mit Beirut gelangen – es wäre nicht das erste libanesisches Wunder –, wenn sie nur frei entscheiden könnten. Das aber können sie nicht, solange die Gebiete, in denen sie und ihre Familien leben, von den Syrern besetzt sind oder dominiert werden.

Das jüngste Abkommen zur Stabilisierung des Waffenstillstands zeigt, wie über Krieg und Frieden in Libanon bestimmt. Das Papier wurde in Damaskus ausgehandelt und verkündet. Damaskus braucht jetzt Zeit, für die Genesung Assads. Es gibt keine Paralleltät in der vielschichtigen libanesischen Problematik, wohl aber eine realistische Rangfolge bei der Lösung dieser Krise. Sie heißt: zuerst der Abzug der Syrer und aller ausländischen Truppen, und dann die interne Versöhnung.

Nun geht es aber nicht nur um das Regime Gemayel. In Libanon steht Reagans Nahostpolitik insgesamt auf dem Prüfstand. Washington hat seit Juni 1982 bereits mehrere große Fehler begangen. Ein Abzug würde diese nicht wettmachen, sondern im Gegenteil dem Prestige der USA einen vielleicht irreparablen Schaden zufügen. Schon plädieren Jordanien und Ägypten öffentlich für eine internationale Nahost-Konferenz mit gleichberechtigter Beteiligung der Sowjets.

Das Gespenst des politischen Kondominiums in Nahost geht wieder um. Für Moskau wäre eine solche Konferenz ein großer Erfolg, eine Art Durchbruch. Washington dagegen hätte als Ordnungsmacht versagt, trotz und wegen des großen Aufgebots vor der libanesischen Küste. Droht Reagan der Vorteil der Initiative abermals zu entgleiten?

## Terror ohne Wirkung

Von Fritz Wirth

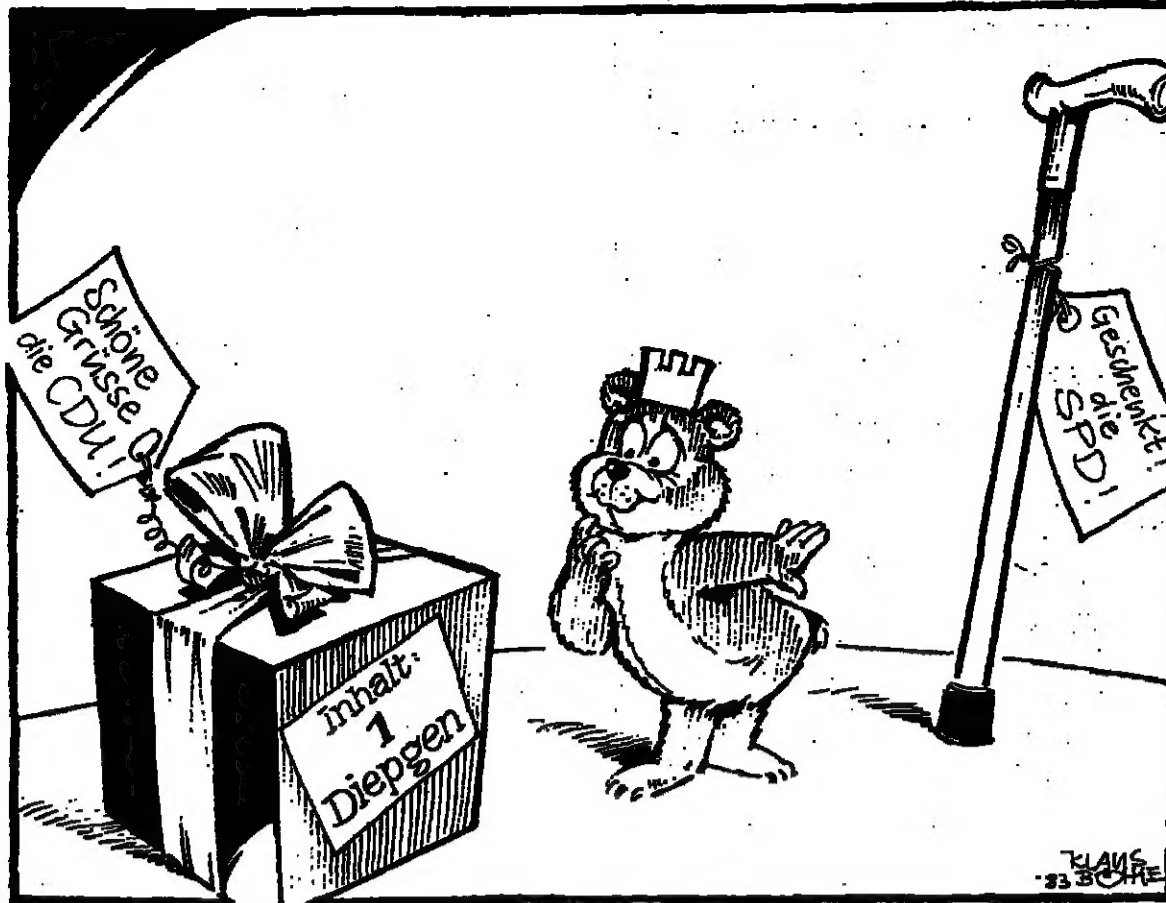
Der internationale Terror des Jahres 1983 hat neue Dimensionen erhalten. Die Ausgelieferten dieses Terrors fühlen sich nicht mehr als Opfer einer beabsichtigten gewaltsamen politischen Erpressung, es lähmt sie immer mehr das Gefühl der Schutz- und Wehrlosigkeit.

Wenn Terror mit selbstmörderischem Kamikaze-Einsatz durchgeführt wird, wie es im Libanon geschah, wird er unberechenbar und wohl auch unabwendbar. Und wenn er, wie an diesem Wochenende in London, in Planung und Ausführung ein so unbegreifbares Maß an Brutalität und Menschenverachtung erkennen läßt, droht einer freien Gesellschaft, die sich nicht festungsartig einmischen will, die Erkenntnis, mit einem gewissen unabwendbaren Terror-Fatalismus leben zu müssen. Gegen die Bombe in einem geparkten Auto im Zentrum einer Millionenstadt gibt es in einer freien Gesellschaft keine wirkliche Abwehr. Der schutzlose Bürger ist am Ende dem Gewissen der Terroristen ausgeliefert.

Die Erfahrungen im Umgang mit dem Gewissen der IRA-Terroristen der letzten 14 Jahre zeigen, daß die Schutzschwelle gegenüber den Aktionen dieser Organisation selbst für den unbeteiligten Ausgelieferten gering ist.

So brutal und unbegreiflich unmenschlich der Anschlag in London war, dahinter steckt dennoch politisches Kalkül. Ihr täglicher Terror in Irland ist ein Terror ohne Echo und Wirkung geworden. Der Anschlag auf ein international renommiertes Kaufhaus dagegen in London bringt sie in Schlagzeilen der Weltpresse zurück.

Was sie nicht begreifen: Diese Morde zur Weihnachtszeit wecken nicht öffentliches Interesse für ihren angeblichen Befreiungskampf, sie entlarven sie vielmehr als das, was sie sind: als seelenlose, brutale Verbrecher. Sie haben der Sache des irischen Nationalismus, für den es gute und ernst zu nehmende Argumente gibt, unendlichen Schaden zugefügt. Sie sind dabei – und das bleibt der einzige Trost nach diesem Anschlag –, sich selbst zu besiegen und ein Opfer ihrer eigenen Gewissenlosigkeit zu werden.



... Den Ristock kenn' ich, – aber was wohl da drin steckt? ZEICHNUNG: KLAUS BÖHM

## Führungsaufgaben in Berlin

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Wer sich anschickt, die politische Führung Berlins zu übernehmen, der muß wissen:

– Berlin vertritt weder kommunal- noch landespolitische Mittelmäßigkeit. Denn dies ist keine Großstadt wie jede andere. Die Mauer teilt Berlin, teilt Deutschland, teilt Europa, sie teilt die Welt in Ost und West. Wo dieses Schandmal steht, dort kann man nicht von einer normalen Stadt sprechen.

– Berlin vertritt keinerlei Kleinmut, nicht deutschlandpolitisch, nicht wirtschaftlich, nicht kulturell noch sonst. Diese Stadt war und bleibt die Hauptstadt aller Deutschen. Sie ist das Herz der Nation, und die Nation will den Herzschlag spüren.

– Berlin vertritt keine Schlafheit des Geistes. Diese Stadt ist Inbegriff des Glaubens der Deutschen an ihre Zukunft. Ihre vitale Existenz ist mehr als nur Symbol; sie ist geistige Perspektive – Dimension der Zukunft.

Richard von Weizsäcker ist es zu verdanken, daß Berlin jenen Kleinmut überwinden hat, in den die Stadt am Tage des Mauerbaus, 13. August 1961, gestürzt war. Noch 1976 hat Willy Brandt (in „Begegnungen und Einsichten“) das Kleinmut bekannt, als er schrieb: „Und damals mag vielen nicht anders als mir, schmerzhaft deutlich geworden sein, daß Berlins Anspruch, die deutsche Hauptstadt im Wartestand zu sein, erschüttert war.“ Dieser resignierende Satz enthält zwei falsche Aussagen. Richtig ist, daß Berlin die Funktionen der Hauptstadt verloren hat und darunter leidet, solange es aber die deutsche Nation gibt, kann Berlin nicht „Hauptstadt im Wartestand“ sein, sondern ist und bleibt die Hauptstadt des Willens aller Deutschen zur nationalen Einheit. Und solange es die deutsche Nation gibt, kann nichts den Hauptstadt-Anspruch Berlins erschüttern.

Wir haben nach dem 13. August 1961 erlebt, wohin unbegründete Verzweiflung führt: Die politische Führung Berlins wurde nicht immer nach den Kriterien ausgewählt, die zwingend von der nationalen Aufgabe der Hauptstadt vorgeschrieben werden: die Wertschätzung begann, Berlin-Enthaltsamkeit zu üben; falsche Propheten

rühmten die Aussteiger- und Hausbesetzerzone als strotzende Lebenskraft der modernen Großstadt. Es waren Zeichen des Niedergangs. Erst Richard von Weizsäcker hat das Blatt gewendet. Einen Rückfall darf es nicht geben.

Es trifft sich, daß in diesen Tagen die SED einen wortreichen Anlauf zur „sozialistischen Nation“ nimmt. Wenn Kurt Hager in Ost-Berlin die „Geschichte der DDR“ als Erfüllung, ja als Vollendung der „Nationalgeschichte des deutschen Volkes“ preist, wenn er proklamiert, die „sozialistische Nation“ habe „nichts Künstliches“ an sich, wenn er zurückweist, daß sich aus der intensiven Beschäftigung mit der deutschen Geschichte „so etwas wie übergreifende Gemeinsamkeiten“ der „DDR“ und der Bundesrepublik ergeben könnten, dann verleugnet er die eigene Nation.

Nirgendwo hat der Sozialismus je eine Nation begründet. Er ist unfähig dazu, weil ihm die kulturstiftende Kraft fehlt. In der Unfreiheit kann Kunst produziert, aber nicht Kultur geboren werden. So ist es kein Zufall, daß die Mauer das augenfälligste „kulturelle“ Monument des SED-Staates darstellt. Gefängnis-Monument der Spaltung unserer Nation. Man sollte sich hüten, in Erich Honecker den netten Kommunisten aus dem katholisch geprägten Milieu des Saarlandes zu sehen. Er war es, der unter Ulbricht den Mauerbau kom-



Aus eigener Kraft: Eberhard Diepgen und Hanna Renate Louren. FOTO: AP

## Das Einhorn oder vom Mythos des Kriegsautomatismus

Nach der Stationierung der Pershing 2 gibt es für die Sowjets kein neues Warnzeit-Problem / Von Cay Graf Brockdorff

Seit langem erklärt die Sowjetunion in Sachen Pershing 2, wegen der Verkürzung der Warnzeit auf wenige Minuten sei sie nunmehr gezwungen, den Beginn eines Atomkrieges automatisch auszulösen. Nicht mehr Menschen würden den sowjetischen Atomschlag auf den Westen steuern, vielmehr Maschinen, die das schneller besorgten. Die Sowjets glauben davon kein Wort. Gegen die NATO-Nachrüstung aber haben die Behauptung aufgeführt, sich zu eigen gemacht und benutzen sie nun in ihrer Argumentation.

Für Westeuropa kommt das Argument von der nunmehr nur noch nach Minuten zu bemessenden „Vorwarnzeit“ wie derinist Ziehen aus dem Busch. Seit Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre lebt Westeuropa unter der Bedrohung sowjetischer ballistischer Raketen. Vorkehrungen auf westeuropäischem Boden zur Warnung vor einem Angriff mit diesen Raketen wurden indessen nicht ge-

schaffen. Die NATO ging immer davon aus, daß ein Konflikt, wenn er auf der Ebene dieser Waffen ausgetragen würde, zugleich auch ein Konflikt der Supermächte sein würde. Wenn diese Raketen einschlagen, würden sie an ihrer Detonation erkennbar sein, einer unübersehbaren Detonation, denn die sowjetische SS 5 beispielsweise trägt einen Gefechtskopf von zwei Megatonnen.

Umgekehrt lebt auch die Sowjetunion seit Ende der fünfziger Jahre unter der Drohung, von Raketen getroffen zu werden, die nur sechs oder sieben Minuten benötigen, um ihr Ziel zu erreichen: Die „Polaris“-Atom-U-Boote der amerikanischen Flotte kreuzen wegen der mangelnden Reichweite ihrer Geschosse in der Nähe der sowjetischen Küsten. Schon aus diesem Grund ergibt sich für die Sowjetunion kein neues Warnzeitproblem.

Die Theorie, Raketen zum Gegenschlag zu starten, wenn erste Warnzeichen von Weltraumstationen aufgenommen werden, ist alt.

Sie entstammt der theoretischen Durchleuchtung der Frage, was geschehen könnte, wenn einer der beiden Superstaaten einen Vorsprung bei der strategischen Waffenentwicklung erzielt, der es ermöglicht, mit einem Erstschlag den Gegner zu entwarnen. Der Betroffene könnte dem Entwarnungsschlag entgegen, wenn er vor dem Einschlag der feindlichen Raketen seine eigenen Raketen startet.

In der Theorie mag das überzeugend klingen, und tatsächlich wohnt dem Gedanken auch etwas Abscheuliches inne: Die Androhung der unter allen Umständen funktionierenden Gegenwehr mit alles vernichtenden Waffen. Die praktische Seite des Problems jedoch stellt unüberwindbare Hindernisse in den Weg. Warnsysteme beruhen auf Satelliten, Radars und Computern. Die Erkenntnis, daß technischen Systemen Fehlerquellen anhaften, schließt aus, daß ein Staat seine Strategie auf dem Funktionieren von Maschinen auf-

## IM GESPRÄCH Vahit Halefoglu

### Immer bereit zum Dialog

Von Bernd Conrad

Mehr als zehn Jahre lang war Vahit Halefoglu als türkischer Botschafter eine Art Institution in Bonn. Wenn er zum Nationalfeiertag in seine Prachtresidenz an der Mehlerstraße lud – sei es unter türkischen Ministerpräsidenten von links oder rechts oder in der Zeit des Militärregimes –, dann kam „jeder“. Denn Halefoglu verkörperte ganz persönlich, ohne opportunistischen oder parteipolitischen Akzent, die deutsch-türkische Freundschaft. Er hat sich für sie auch unter schwierigen Umständen eingesetzt – und er war dabei fast ebenso oft Interpret deutscher wie türkischer Vorstellungen.

Dieser Mann ist nun, 64-jährig, von Turgut Özal zum Außenminister der neuen Zivilregierung in Ankara berufen worden. Das kann in der Bundesrepublik als ein bedeutsames Signal bewertet werden. Özal weist damit, daß er die von ihm angekündigte entschiedene Vertiefung türkischer Interessen gegenüber NATO und EG – und dazu gehören auch die Gastarbeiterprobleme in Deutschland – nicht in der Konfrontation, sondern im Miteinander verwirklichen will. Dafür bürgt die Person Halefoglus, der in der Bundesrepublik und darüber hinaus in der westlichen Allianz den natürlichen Partner seines Landes sieht.

Aber Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und seine Mitarbeiter schätzen den Türken, der fließend Deutsch spricht und als charmanter Gastgeber kaum zu überbieten ist, nicht nur als Freund, sondern auch als professionellen Diplomaten mit 41-jähriger Berufserfahrung in West und Ost. Halefoglu kennt das Geschäft: Er hat in Wien, London, Beirut, Kuwait, Den Haag, zweimal in Moskau und schließlich von 1972 bis 1982 in Bonn gedient. Auf all diesen



Kennt das Diplomaten-Geschäft: Türkis neuer Außenminister Vahit Halefoglu. FOTO: PETER MITCHELL

Posten hat er auch nie den Kontakt mit seinen jeweiligen griechischen Amtskollegen gescheut – im Gegenteil: Er sah im Dialog stets die beste Krisenbewältigung. Dies mag gerade in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um Zypern dem gleichschicklichen Verhältnis zugute kommen.

Halefoglu wirkt altmodisch. Denn er ist weder ein Manager – was man schon daraus ersieht, daß er lieber Briefe schreibt als telefoniert –, noch trüft er kulturpessimistischen Moderechnungen. Nein, er ist von Herzen Optimist, liebt ein gutes Leben mit Komfort und exzellenter Gastronomie und ist von seinem eigenen Beruf begeistert. Ein bemerkenswerter Tatbestand nach vier Jahrzehnten mit ihrer unvermeidlich ermüdenden Routine. Das Geheimnis liegt darin, daß für den eleganten Mann vom Bosphorus der Umgang mit Menschen stets im Mittelpunkt gestanden hat. Dem wird er sich nun auch als Außenminister intensiv widmen können.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### AUGSBURGER ALLGEMEINE

Das Blatt weist zum Thema 35-Stunden-Woche:

Die Arbeitgeber beziffern ihre Kostensteigerungen bei Einführung der 35-Stunden-Woche mit 14 bis 20 Prozent. Angesichts des hohen Lohnkostendrucks, der die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schon heute gefährdet, hiesse dies, daß für Jahre hinaus die Löhne nicht erhöht werden könnten. Die 35-Stunden-Woche auf einen Schlag wäre nur dann kostenneutral, wenn Löhne und Gehälter ebenfalls um rund 16 Prozent gesenkt würden. Eine völlig unrealistische Vorstellung, wie überhaupt die Einbildung, daß durch weniger Arbeit der Wohlstand gemehrt werden könnte. Ebenso fragwürdig ist es, mehr Arbeitsplätze bei vollem Lohnausgleich und dem damit verbundenen Kostenschub zu schaffen. Denn der Produktivitätszuwachs von derzeit 2 bis 2,5 Prozent versetzt die Unternehmer kaum in die Lage, die mit der Arbeitszeitverkürzung anfallenden Kosten aufzufangen. Die Flucht in noch mehr Rationalisierung, noch stärkeren Abbau von Arbeitsplätzen und letztlich auch in mehr Schwarzarbeit wäre die zwingende Folge. Die 35-Stunden-Woche könnte daher kaum mehr Arbeitsplätze schaffen, eher schon welche vernichten.

### Hannoversche Allgemeine

Das in Hannover erscheinende Blatt schreibt vom Satellitenfernschauen:

Jetzt ist auch der Weltraum zur Ländersache geworden. Wie im Streit um Ölörderzins und Gesamtschuldschlüsse pochen die Ministerpräsidenten auch beim Fernsehen auf dem All auf ihre Ländersouveränität. Der SPD fällt der Aufbruch in die Fernsehzeit sichtbar schwer. Die technische Entwicklung, die über

kurz und lang eben viel mehr als nur drei Fernsehkanäle zuläßt, ist der Vorstellungskraft ihrer Medienexperten weit vorausgeeilt. Aber es wird nicht mehr lange dauern, dann werden Satelliten am Himmel stehen, die so stark strahlen, daß man ihre Sendungen mit speziellen Hausantennen empfangen kann. Dabei könnte die absurde Lage entstehen, daß Fernsehanschaumer mit einem SPD-Regierungschef nur aus dem Ausland deutsches Privatfernsehen empfangen können. Die Wellen aus dem Weltraum kümmern sich nämlich nicht um die Hoheitsrechte von Ministerpräsidenten. Sie dringen in deren Länder einfach ein.

### TELEGRAAF

Die innovative niederländische Zeitung bezieht sich auf den Film der sowjetischen Regierung, daß aus der Ukraine atomwaffen:

Wenn es so weit kommen sollte, wird sich die Unesco dies selbst zuschreiben haben. Jahrelang hat diese Organisation – das will heißen, die von den kommunistischen Staaten der Dritten Welt gebildete Mehrheit – die demokratische Minderheit systematisch unter Druck gesetzt, indem sie für eine „neue Informationsordnung“ agiterte, die die klassische Pressefreiheit den politischen Interessen von Polizeistaten unterwerfen sollte, die sich selbst progressiv nennen. Immer wieder hat der Westen vor dieser Beeinträchtigung der international anerkannten Grundrechte gewarnt. Die Unesco-Mehrheit hat darauf stets mit Konzessionen reagiert, die auf eine Wiederholung bekannter Aussprüche hin ausliefen, nur in anderen Worten. Die Niederlande und andere freie Länder werden es sich ernsthaft überlegen müssen, ob sie dem Vorbild Washington folgen sollten.



Montag, 19. Dezember 1983 - Nr. 295

## Zum Fest des Friedens schickt die IRA ihre Todesbomben

Fünf Tote und 91 Verletzte: So lautet am Sonntag die blutige Bilanz des Bombenanschlags vor dem Londoner Kaufhaus „Harrods“. Die IRA hat in der Stadt schon oft zugeschlagen, aber so ein Attentat auf friedliche, ungeschützte Bürger hat es noch nicht gegeben.

Von FRITZ WIRTH

Der Anruf kam um 12.44 Uhr. Dies ist die IRA. Auto-Bombe bei Harrods. Zwei andere Bomben im Geschäft. Eine Bombe in Oxford Street, eine andere bei Littlewoods.

Weihnachtsgrüße irischer Terroristen. Es war Samstag und es war der Tag der eiligen und der großzügigen Weihnachtsbummler, der Einkaufstag des Jahres. Zehntausend Menschen drängten sich in den vier Etagen bei Harrods, der legendären Kaufhausburg der erlesenen und teuren Geschenke.

Am Samstag vor Weihnachten ist dieses Haus, die Fassade in Zehntausende von Glühbirnen gefaßt, ein Märchenschloß der schönen, oft unerfüllbaren Wünsche und ein chaotischer, eiliger Massenbazar zugleich. Parkende und festgefahrene Autos versperrten die engen Straßen. Hunderte strömten aus dem Untergrund der gegenüberliegenden Station „Knightsbridge“ direkt in den Kaufhausgang. In den Auslagen wünschte die Geschäftsführung „frohe und friedliche Weihnachten“. Vor dem Eingang spielt und singt eine Kapelle der Heilsarmee Weihnachtschoräle.

Um 13.20 Uhr fährt ein „Rover“ mit vier Polizeibeamten am Eingang vier an der Rückseite des Kaufhauses vor und parkt direkt vor einem blauen „Austin 1100“. Sie waren herbeigeführt worden durch den IRA-Anruf und hatten den Auftrag, alle in dieser Straße parkenden Autos nach Sprengstoff zu durchsuchen. Sie hatten ihr Auto noch nicht verlassen, da explodierte der blaue „Austin“.

### Im Auto lagen bis zu 15 Pfund Sprengstoff

Was dann geschah, schildert Allan Kahn, Verkäufer der „Savoy Tailors Guild“, direkt gegenüber von Harrods: „Ich bediente gerade einen Kunden, als explosionsartig eine Schaufensterscheibe auf uns hinunterfiel. Ich griff nach Decken und Tüchern, als ich mich vom Schock erholt hatte, und lief zur „Hans Straße“. Der Anblick war schrecklich. Auf der Straße saß, zusammengeknickt, ein Mann. Seine Beine zertrümmert, sein Gesicht eine blutige Masse. Ich vermutete, daß es ein Polizist war, obwohl nichts mehr von seiner Uniform zu erkennen war. Ich wollte eine Decke über ihn legen. Es gelang mir nicht.“

Zehn bis 15 Pfund Sprengstoff lagen im Auto, vermutet die Polizei. Daß die vier Beamten ausgerechnet vor diesem Auto parkten, war Zufall. Daß die Bombe just zu diesem Zeitpunkt explodierte, kam Planung gewesen sein. Scotland-Yard-Chef Sir



Einige Schlagzeilen aus der Londoner Sonntagspresse: Autobomben-Gemietzel bei Harrods; Weihnachts-Blutbad; diese teuflischen Bastarde; „Bitter“-Krieg; Bombenhorrör.

Kenneth Newman schließt nicht aus, daß die Sprengladung ferngesteuert und die Polizei in eine Falle gelockt wurde.

Die Szene war schlagartig zum Schlachtfeld geworden. Eine Explosionswolke stieg über Harrods auf. Die Festbeleuchtung jedoch war unversehrt. Ein bizarres Bild. Schreiende, stöhnende Menschen. Ein Schauer splitternden Glases regnet auf sie herab. Schaufenstergruppen liegen neben schreienden, sich quälenden Menschen auf der Straße. Und die Festbeleuchtung signalisiert: ein frohes Fest.

Premierministerin Thatcher erscheint eine Stunde später auf der Szene und sagt erschrocken, daß sie ein solches Bild seit dem Krieg nicht mehr gesehen habe. In einem benachbarten Hotel hat die Explosion einen halben Kraftwagen in den Hauseingang geschleudert. Im Hotel „Hollyday Inn“ in der „Sloane Street“ wird Räumungsbefehl gegeben. Erst nach zehn Stunden gibt es die erste verlässliche Statistik: Fünf Tote, darunter ein Polizist und eine Polizistin, 91 Verletzte. Sieben von ihnen schweben in Lebensgefahr.

Mord zum Fest des Friedens. Todesgrüße kalter, fanatisch zynischer Seelen aus Irland. Seit elf Jahren schicken sie solche Todesgrüße auf die britische Insel herüber. Insgesamt 75 Briten sind dabei bisher getötet worden, in den meisten Fällen Soldaten. Zuletzt jagten sie 1982 britische Soldaten der „Household Cavalry“ und Musikanten im Hyde Park in die Luft. Die Regel war, daß vor allem militärische Ziele getroffen werden sollten. Ein Anschlag auf friedliche, ungeschützte und ahnungslose Bürger zur Weihnachtszeit – das ist nicht nur neu, es ist der Tiefpunkt ihrer Terrorkampagne, die sie einen Befreiungskampf nennen.

Hätte der Anschlag verhindert werden können? Gab es Kurzschlüsse im Warnsystem der Polizei? War Fahrlässigkeit im Spiel? Sicher ist: Der Anschlag kam nicht unerwartet. Schon drei Tage zuvor hatte Polizeichef Sir Kenneth Newman die Londoner Bürger zur Wachsamkeit ermahnt. Scotland Yard wußte, daß wieder eine Zelle der IRA in London operierte. Diese Zellen bestehen oft nur aus zwei bis drei Terroristen. Die Zeiten, daß die IRA in Gruppenre-

sen nach London einfiel, wie beim Anschlag auf den „Old Bailey“ im Jahre 1973, und nach getaner Arbeit beim Rückzug „en masse“ verhaftet wurde, sind vorbei. Die Mitglieder dieser Zellen leben und arbeiten getrennt. Und deshalb tappt Scotland Yard im Dunkeln. Die Terroristen, die im letzten Jahr im Hyde Park insgesamt neun Soldaten töteten, sind immer noch frei.

Wurde die Warnung unterschätzt? In Scotland Yard gingen allein in den letzten 48 Stunden über drei Dutzend falsche Alarme ein. So etwas lähmt die Wachsamkeit. Die Warnung um 12.44 Uhr Samstag lief im übrigen nicht direkt bei der Polizei ein sondern bei einer Organisation, die sich „Samaritaner“ nennen. Es ist eine Selbstmord-Hilfsorganisation. Zufall? Kaum. Zynismus der IRA? Vielleicht. Sicher ist nur, daß der Umweg über diese Organisation Zeit kostete.

### Explosion kurz nach der Warnung

Um 12.00 Uhr ging die Warnung, daß sich Bomben innerhalb des Kaufhauses befinden, bei der Geschäftsleitung von Harrods ein. Sie informierte das Personal, nicht aber das Publikum, über diese Warnung und forderte die Angestellten zur Suche auf. Um 13.20 Uhr gab man Entwarnung, eine Minute später zerriss eine Explosion den weihnachtsgestimmten Bazar.

Die Reaktion der zehntausend Käufer war erstaunlich. Es gab keine Panik. Niemand blockierte die Ausgänge. Im Restaurant des Kaufhauses felen Teller von den Tischen. Einige der Gäste setzten nach dem ersten Schreck ihre Mahlzeit fort.

Es hätte im übrigen noch viel schlimmer kommen können. Hätte die Geschäftsführung von Harrods auf den Bombenalarm so reagiert, wie es die IRA offenbar erhoffte und die Räumung des Kaufhauses angeordnet, hätten sich in der Minute der Explosion Hunderte in unmittelbarer Nähe von Ausgang vier und einem explodierenden blauen „Austin 1100“ befunden. „Wir haben es“, sagte Margaret Thatcher, als sie die Szene verließ, „mit absolut brutalen und un-menschlichen Kreaturen zu tun“.

Seite 2: Terror ohne Wirkung

## „Berlin ist nationale Aufgabe“

Vor 25 Jahren beschlossen deutsche Patrioten im westfälischen Altena ein Hilfsprogramm für die bedrängte deutsche Hauptstadt. Es hat noch heute Gültigkeit. Die WELT veröffentlicht die wesentlichsten Teile eines Artikels von Axel Springer aus der WELT am SONNTAG.

Von AXEL SPRINGER

Berlin lebt, wirkt und strahlt in seiner kulturellen und wissenschaftlichen Repräsentanz, doch es atmet schwer. Es hat den Verlust seiner Hauptstadtfunktion geistig und politisch noch keineswegs aufgearbeitet. Wir wissen von der Erwerbslosigkeit im freien Teil der Stadt, von dem Schwund industrieller Arbeitsplätze, von Wanderrückstellungen und von dem schwelgenden Ausländerproblem.

Der Wegzug Richard von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister ist der Bewusstseinslage Berlins nicht bekanntlich und unterstreicht auf eher beklommene Weise, daß es der alten Hauptstadt offensichtlich nicht mehr gelingt, die besten Politiker des Landes an sich zu binden.

Nun darf das, was Berlin aufgebürdet ist, nicht dazu führen, die Flinte ins Korn zu werfen. Zu Resignation und Pessimismus besteht kein Anlaß. Berlin ist, gefordert und oft überfordert, keine kaputte Stadt. Es ist geradezu ein Fakt seiner an dramatischen Wechseljahren überreichen Nachkriegsgeschichte, daß Berlin immer dann, wenn ihm das Tüftelglocken geläutet wurde, besondere Kräfte und ermutigende Energien zur Selbstheilung entwickelte. Das geht heute wie vor 25 und mehr Jahren.

Ich erinnere daran, wie die Berliner 1948/49 in einer großartigen, die Welt erregenden Manifestation von Freiheitsliebe, Zivilcourage und Opfer-

willen der sowjetischen Blockade trotzten. Und ich erinnere daran, wie eine tapfere Berliner Bevölkerung im Jahre 1958 (das Jahr des Chruschtschow-Ultimatums, d. Red.) und in den folgenden bitteren Zeiten sich aller Bedrängnis zur Wehr setzte.

Noch im Dezember 1958 wurde im Westen unseres Vaterlandes für das bedrängte Berlin ein wirtschaftliches Hilfsprogramm verabschiedet, das auch heute noch Wort für Wort Gültigkeit hat.

Vertreter der Wirtschaft und der Bundesregierung einigten sich im westfälischen Altena in Anwesenheit des damaligen Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt auf folgende sechs Punkte:

1. In Berlin muß die Vollbeschäftigung gesichert werden.
2. Der Strom der Aufträge für die Berliner Wirtschaft muß verstärkt werden.
3. Jeder größere Industriebetrieb der Bundesrepublik soll einen Beauftragten einsetzen, der dafür zu sorgen hat, daß alle Auftragsmöglichkeiten für Berlin genutzt werden.
4. In Berlin muß noch mehr produziert und investiert werden.
5. Von allen Verantwortlichen muß erkannt werden, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen Berliner und westdeutschen Betrieben auf allen Gebieten der Wirtschaft das Gebot der Stunde ist.
6. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wird einen besonderen Arbeitskreis für Berlin-Fragen einrichten, der in Verbindung mit der Berliner Absatzorganisation alle Anstrengungen für Berlin fördern soll.

Wie unbestechlich und leidenschaftlich in jenen Tagen die deutsche Hauptstadt als nationale Aufgabe empfunden wurde, geht aus den denkwürdigen Worten hervor, mit denen der unvergessene BDI-Präsident Fritz Berg das Hilfsprogramm erläuterte.

„Wir alle miteinander müssen den

Berlinern den Kampf um ihre Existenz erleichtern, denn es ist unser eigenes Interesse, wenn wir Berlin helfen.“ Und weiter: „Der Verlust Berlins würde einen politischen Erdstoch verursachen und das Vertrauen der Völker zur freien Welt untergraben. Deshalb muß alles, was in unseren Kräften steht, geschehen, um Berlin als Vorposten der Freiheit nicht untergehen und mit Berlin eines Tages das wiedervereinigte Deutschland in Freiheit entstehen zu lassen.“

Seit (meinen, d. Red.) ebenso deprimierenden wie erhellenden Gesprächen, die ich 1958 im Kreml mit Chruschtschow und anderen wichtigen Sowjets führte, weiß ich, daß Moskau trotz aller taktischen Manöver das Verhältnis Berlins befolgt: „Wer Berlin hat, hat Deutschland, und wer Deutschland hat, hat Europa.“ Und ich habe auch immer wieder an die Prognose des früheren sowjetischen Botschafters in Bonn, Valentin Falin, erinnert, der da orakelte, West-Berlin werde im Verlauf der historischen Entwicklung der „DDR“ wie ein reifer Apfel zu fallen.

Tun wir Deutsche genug, um diese Prophezeiung ins Reich der Schatten zu verweisen? Ist man sich darüber klar, daß auch das entschlossene Wohlwollen der westlichen Schutz-mächte die Lebensfähigkeit West-Berlins nicht zu garantieren vermag, wenn die innere Treue der Deutschen zu ihrer alten Hauptstadt dahin-schwindet?

Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor wenigen Tagen an der Spree ein Bekenntnis zu Berlin abgegeben. Um der Wirtschaft der Stadt zu helfen, steht eine weitere Berlin-Konferenz bevor.

Ich gehe davon aus, daß die Bundesregierung zum Wohle Berlins auch auf dem deutschlandpolitischen Sektor die Zügel straffen wird. Der erhöhte und erweiterte Zwangsum-tausch belastet die Berliner in beson-derem Maße. Im Umgang mit der

„DDR“-Führung muß das Prinzip von Leistung und Gegenleistung gel-ten. Geld gegen Wunschträume allein ist schlecht angelegtes Geld.

Der Bund und Berlin? Ich freue mich sehr darüber, daß Bundespräsi-dent Karl Carstens, der unermüdliche Wanderer durch Deutschland, während seiner Amtszeit bislang 60mal den Weg an die Spree gefun-den hat. Das sollte ein prägendes Beispiel sein.

Wir können mit dem Viermächte-abkommen, wie es nun einmal ist, auf patriotische Art leben. Was nicht ver-boten ist, ist erlaubt. Es spricht zum Beispiel doch kaum etwas dagegen, daß der Bundeskanzler in Berlin ein Privathaus unterhält, in dem er viele Wochenenden im Jahr verbringt und in dem er Gäste aus dem eigenen Land und aus dem Ausland emp-fängt. Es muß nicht immer Bonn sein. Kämme der Kanzler, kämen ihm viele, viele nach.

Was spräche dagegen, daß Land-tage der Bundesländer einmal im Jahr im deutschen Reichstag zu einer Fie-narsitzung zusammentreten? Auch die Stadtparlamente aller gro-ßen Städte des freien Deutschland konn-ten jährlich einmal Berlin-Präsenz ausüben.

Von Richard von Weizsäcker glau-be ich zu wissen, daß er als Bundes-präsident, schon weil er sich als „Pa-ter patriae“, als Repräsentant aller Deutschen, empfindet, seinem Vor-gänger im Berlin-Engagement nicht nachstehen wird. Gleichwohl hätte ich es begrüßt, wäre Weizsäcker in Berlin geblieben.

Wahrlich, Berlin ist nationale Auf-gabe und hat nationale Aufgabe. Es ist die ideelle und geistige Hauptstadt Deutschlands geblieben. Doch es braucht heute wie eh und je die pa-triotische Hillestellung, wie sie vor 25 Jahren von den Männern von Altena geboten wurde. Und es muß selbst, zusehends und ungebrochen, der Wegweiser zu jenem Tag sein, an dem die Deutschen wieder eins werden.

## Der Kampf gegen das West-TV geht zu Ende

Ost-Berlin verkabelt Teile der „DDR“, dann kann das Westfernsehen überall empfangen werden. Arbeitslosigkeit und Gewalt in der Bundesrepublik sowie andere Gründe führten zu diesem Entschluß.

Von MANFRED SCHELL

Die „Macher“ bei ARD und ZDF, die sich bei der Pro-grammgestaltung oft herzlich wenig um Wünsche oder Proteste der Bürger kümmern, werden jetzt ausgerechnet durch eine spektakuläre Aktion der „DDR“-Führung vor die Frage gestellt, ob über den Bild-schirm – zumindest häufig – nicht doch nur ein Zerrbild vom Leben in der Bundesrepublik Deutschland vermittelt wird.

Die „DDR“ geht nämlich daran, durch die Schaffung von Großanten-nennanlagen und Verkabelung, den Empfang des Westfernsehens auch in den Gebieten zu ermöglichen, in denen dies bisher aufgrund der techni-schen Umstände nicht möglich ist. Nachrichten darüber hatten bei den Verantwortlichen in Bonn zunächst ungläubiges Erstaunen ausgelöst. In-zwischen haben sich die Hinweise ver-dichtet.

Ein SED-Funktionär hat dies auch in einem Gespräch mit einem Bun-despolitiker begründet: Ost-Berlin, so sagte er, habe keine Furcht mehr

vor dem Westfernsehen. „Wenn im „Neuen Deutschland“ von Arbeitslo-sigkeit, Demonstrationen und Gewalt in der BRD berichtet wird, glauben das nur wenige bei uns. Wenn das Westfernsehen darüber berichtet, dann wird es geglaubt.“

Eine größere Kabelanlage ist zum Beispiel in der Stadt Neubranden-burg geschaffen worden. Auch im Raum Dresden gibt es solche Bemühungen. Über diese Systeme können die Westprogramme empfangen wer-den. Eine Frau, die kürzlich zu Be-such in der Bundesrepublik Deutsch-land war, berichtete von einer Ver-kaufsbroschüre in der Gemeinde Großrückerswalde bei Marienberg, in der Nähe der Grenze zur Tschecho-slowakei. Hier sei für eine Anschluß-gebühr von 500 Mark Ost die Ver-kaufsbroschüre angeboten worden. Jetzt könne sie kostenlos ARD, ZDF und Bayern III sehen.

Die offizielle Begründung der SED, das Westfernsehen mit seiner Berichterstattung könne beruhigend auf unzufriedene „DDR“-Bewohner einwirken, ist nur ein Aspekt. Die Führung in Ost-Berlin weiß, daß sie – anders als bei den Zeitungen – kein Informationsmonopol bei den elek-tronischen Medien hat. Jeden Abend informieren sich Millionen in der „DDR“ über die Fernseh- und Hör-funkprogramme der Bundesrepublik Deutschland über Ereignisse in der Welt, auch über Vorgänge im kom-munistischen Machtbereich, die von

den amtlich gelenkten Medien ver-schwiegen werden.

Die Tatsache, daß das Westfern-sehen in einzelnen Bereichen der „DDR“ aus technischen Gründen bislang nicht empfangen werden kann, hat zu Problemen geführt. Der Bundesregierung liegen Informa-tionen vor, wonach die Zahl der An-tragsteller, die in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln wollen, im Großraum Dresden – in dem das Westfernsehen bisher nicht empfan-gen werden kann – signifikant höher ist als in anderen Gebieten.

Zusammenhänge zwischen der Möglichkeit, ARD und ZDF empfan-gen zu können und Entscheidungen über Arbeitsplatz und Wohnungs-wechsel werden ebenfalls hergestellt. Bewohner der „DDR“, darunter selbst SED-Funktionäre, wollten sich ungern in das Gebiet um Dresden oder Greifswald versetzen lassen, wo das Westfernsehen nicht empfangen werden könne.

In Regierungskreisen schätzt man, daß 75 bis 80 Prozent der „DDR“-Bewohner das Westfernsehen regel-mäßig verfolgen.

Maßnahmen der Staats- und Partei-führung, den Westempfang zu ver-hindern, waren in der Vergangenheit vergeblich. Vergeblich war das Be-mühen der FDJ, Antennen, auf West-empfang ausgerichtet, zu zerstören. Die Störsender der „DDR“ waren ebenfalls nicht erfolgreich. Ende der

sechziger Jahre hat der letzte von ihnen seinen Betrieb eingestellt.

Die SED-Führung weiß, daß sie mit solchen Anstrengungen gescheitert ist. Erich Honecker hat dies schon 1974 in einem Interview mit einer amerikanischen Nachrichtenagentur eingeräumt: „In der DDR sind – das ergibt sich schon aus unserer geogra-phischen Lage, Dutzende westlicher Sender – empfangbar.“ Die Versor-gung mit Rundfunkgeräten ist in der „DDR“ ähnlich hoch wie in der Bun-desrepublik Deutschland. Es gibt kaum Haushalte ohne ein Radioge-rät. Was die Ausstattung der Haushal-te in der „DDR“ mit Fernsehgeräten angeht, so ist sie – zumindest mit Schwarzweißgeräten – nahezu so hoch wie bei uns: 1981 betrug sie 90 Prozent.

Bei der Einführung des Farbfern-sehens hat sich die „DDR“ wie die Staaten des osteuropäischen Raumes für das französische SECAM-System entschieden. Die Bundesrepublik Deutschland für das PAL-System. In der „DDR“ gibt es inzwischen, wenn auch für teures Geld, Geräte zur Um-setzung von PAL auf SECAM, be-ziehungsweise Fernsehgeräte für beide Systeme.

In der Rangfolge der Beliebtheit oder des Interesses rangieren nach den West-Nachrichtensendungen „heute“ und „Tagesschau“, die übrigen die „Aktuelle Kamera“ der „DDR“ zeitlich einrahmen. Sendun-gen wie „Tatort“ oder „Dalli-Dalli“.

## Was wir für die Leistungsfähigkeit der Börse tun, kommt Ihnen als Anleger zugute.

Die zunehmende Attraktivität der deutschen Börse für in- und ausländische Anleger hat ihre guten Gründe.

Neben bewährten Standardwerten, die eine solide und breite Angebotsbasis bilden, finden in jüngster Zeit Aktien-Neuemissionen starke Beachtung an der Börse und stoßen auf lebhaftes Anlegerinteresse.

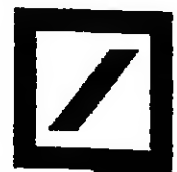
Als verantwortungsbewußter Partner trägt die Deutsche Bank mit dazu bei, durch Placierungen von Aktienemissionen expandierenden Unter-nahmen den Weg zum Kapitalmarkt zu eb-nen. Damit wird für diese Unternehmen die finanzielle Basis zur Lösung wirtschaftlicher und tech-nischer Zukunftsaufgaben geschaffen.

Für beide Seiten, Unternehmen wie Kapital-anleger, stellt die Börse durch die Neuemissio-nen ihre Leistungsfähigkeit erneut unter Beweis. So ist die Aktie als klassisches Finanzierungs-instrument für die Unternehmen heute leben-diger denn je. Für den Kapitalanleger bieten Neuemissionen interessante Perspektiven zur Abrundung seines Depots.

Nutzen Sie das erweiterte Anlagespektrum der Börse, und sprechen Sie mit unserem Anlageberater über diese interessante Anlage-möglichkeit.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank





## Kampfabstimmung im WDR entschied für Gerd Ruge

**KHY, Köln**  
Der Intendant des Westdeutschen Rundfunks, Friedrich Freiherr von Sell (SPD), hat sich nach monatelangen Schwierigkeiten und mehreren Absagen bei der Neubesetzung des Fernseh-Chefposts jetzt durchsetzen können. Allerdings brachte er seinen Personalvorschlag, Gerd Ruge, nur unter Bruch der ungeschriebenen Regel durch, nach der bei strittigen Entscheidungen möglichst alle Mitglieder des Verwaltungsrates einverstanden und in der entscheidenden Sitzung auch anwesend sein müssen.

Zwar waren sich bei der teilweise hitzig verlaufenden vierstündigen Sitzung des Aufsichtsrats am späten Freitagabend alle Beteiligten über die journalistische Qualifikation Ruges einig. Doch wiesen der Vorsitzende, Theodor Schaefer, und der rheinische CDU-Chef, Bernhard Worms, vergeblich darauf hin, daß auf der Unionsseite Bundesminister Heinrich Windelen nicht teilnehmen konnte. Den Ausschlag gab, daß in der Kampfabstimmung Willi Weyer (FDP) mit den SPD-Vertretern Heinz Kühn, Günter Hammer und Reinhard Grätz votierte.

Gerd Ruge arbeitete für den WDR unter anderem in Moskau und Washington. 1972 wurde er der erste Korrespondent der WELT in Peking, später übernahm er die Leitung des WDR-Magazins „Monitor“. Erst kürzlich wurde er - mit Wirkung vom 1. Dezember - zum Chef der Programmgruppe Ausland bestellt.

Das Hauptargument von Sell hieß, er wolle nun endlich Ruhe in die andauernden Personalquerelen bringen. Erstaunlich aber ist, daß der WDR-Chef vorschlug, Ruge nur mit einem Zweijahresvertrag auszustatten. Dies aber bedeutet, daß die Personaldiskussion im WDR anhält. Denn auch Fernseh-Direktor Hans Werner Hüblert sei nur noch zwei Jahre im Amt, und von Sell selbst will 1986 nicht wieder kandidieren. Ruge wollte diese Zweijahresregelung nicht kommentieren.

## Moskau: Zwangsarbeit für Bürgerrechtler

**AP, Moskau**  
Der 42 Jahre alte Programmierer Sergei Chodorowitsch und der 51 Jahre alte Anwalt Wladimir Albrecht sind in der vergangenen Woche in Moskau zu mehreren Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Wie aus Dissidentenkreisen verlautete, wurde Chodorowitsch wegen Verleumdung der Sowjetunion zu drei Jahren Zwangsarbeit unter erschwerten Bedingungen, Albrecht unter gleicher Anklage zu einer ähnlichen Strafe verurteilt.

Beide Männer waren im April im Zuge einer Kampagne gegen Regimegegner festgenommen worden, seit deren Beginn bisher mindestens 20 Personen verurteilt worden sind, meist zu nach dem Strafgesetzbuch Höchststrafen. Chodorowitsch hatte von 1977 an bis zu seiner Festnahme den Solchenkin-Fonds verwaltet, der aus Tantiemen des Solchenkin-Buches „Archipel GULag“ Familienangehörige in Haft befindlicher politischer und religiöser Bürgerrechtler unterstützt. Albrecht hat Broschüren drucken lassen, in denen er Dissidenten Ratschläge für den Fall ihrer Vernehmung und Inhaftierung gibt.

## Kernenergie mit Peking besprochen

**AFP, Peking**  
China und die Bundesrepublik Deutschland haben Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie aufgenommen, bestätigte ein Sprecher der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking. Nach seinen Angaben sind die Gespräche in einem „offenen, freundschaftlichen und konstruktiven Klima“ verlaufen.

## NRW-Grüne wollen SPD unterstützen

**rr, Siegburg**  
Im Falle eines Einzugs 1985 in den Landtag streben die nordrhein-westfälischen Grünen eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD an. Nach dem dreitägigen Landesparteitag der Grünen in Siegburg erklärte deren Landesvorsitzender Michael Happe gestern vor der Presse, anders als in Hessen wollten die Grünen in Nordrhein-Westfalen bereits vor den Wahlen die Bedingungen und Voraussetzungen für die parlamentarische Unterstützung einer SPD-Regierung abklären. Happe sagte, die 350 Delegierten hätten sich eindeutig „zur Übernahme politischer Verantwortung“ bekannt.

Zu den Verhandlungen zwischen den Grünen und der SPD in Hessen sagte Happe: „Solte auf diesem Wege eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen zustande kommen, kann dies für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen eine Signalfunktion haben.“

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is \$18.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

## August Bebel und der 70. Geburtstag von Brandt

**SPD-Vize Rau hielt Laudatio / Würdigung durch Strauß**

**PETER PHILIPPS, Bonn**  
Willy Brandt demonstrierte allen etwa 400 Gästen, daß mit ihm - auch politisch - noch lange zu rechnen sein wird. In Anwesenheit von Bundespräsident Karl Carstens und Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte Johannes Rau, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident und stellvertretender SPD-Vorsitzender, den Mann, „der in uns den Geist der Arbeiterbewegung wachhält, in der er selbst seine Wurzeln hat“.

Rau, der Brandt im Namen des Parteivorstands eine Art-deco-Lampe „mit französischer Birnenfassung“ überreichte, schlug einen großen biographischen Bogen vor den Zuhörern: von dem Kind, das in Lübeck, „welt weg von der Welt der Buddenbrooks im Proletariatmilieu“ wurde, über den Emigranten, den Berliner Bürgermeister, der von dort aus „mit Härte den Kampf führte gegen die Bedrohung durch die Kommunisten“, bis zum Bundeskanzler und heutigen Parteichef. Rau versuchte dem Menschen gerecht zu werden, dem „eher schwerfälligen, leidenschaftlichen“, von dessen „hansetischer Kargheit man sich nicht täuschen lassen sollte“.

### „Erbe Adenauers“

Aber Rau ließ auch in seiner Rede, die er wegen eines Schwächeanfalls der Brandt-Ehefrau Brigitte stark abkürzte, etwas von den politischen Vorstellungen und Grundlagen des 70jährigen anklängen. Er sprach von dem „Erbe Adenauers“, das er mit Respekt übernommen habe, von der „patriotischen Tat des Kniefalls von Warschau, durch den er für Deutschland die Identifikation mit dem Opfer des Dritten Reichs vollzog. Die „Eindringlichkeit“ der Brandtschen „Argumente“ ließ niemanden unberührt, der noch zuhören kann. Und Rau verwies auf Brandts Vorstellungen, die auf August Bebel zurückgingen, daß eine Partei ihre „Kraft verliert, wenn sie sich nicht immer wieder um die Verknüpfung bemüht mit vitalen gesellschaftlichen Bewegungen“.

Ähnlich würdigte der amtierende Bundesratspräsident, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß in seinem Glückwunschtelegramm den SPD-Vorsitzenden Brandt: „präge weiterhin wesentliche Teile der deutschen Politik in dem Bewusstsein“.

## Börner sieht Grüne auf dem Wege der Politikfähigkeit

**SPD-Landeschef zieht eine positive Zwischenbilanz**

**dg/dpa, Frankfurt**  
Eine positive Zwischenbilanz der Verhandlungen zwischen der hessischen SPD und den Grünen über Möglichkeiten politischer Zusammenarbeit hat der SPD-Landesvorsitzende und geschäftsführende Ministerpräsident in Hessen, Holger Börner, gezogen. Zwei Tage nach der Parlamentsdebatte, in der die CDU ihr Angebot einer Großen Koalition mit der SPD erneuert hatte, in der die FDP von ihrem bisherigen strikten Oppositionskurs an der Seite der CDU gegen Börner abgewichen war und in der auch die SPD einem FDP-Teilhaushaltsgesetzentwurf in zweiter Lesung zugestimmt hatte, stellte Börner damit die alten Fronten wieder her.

Seine Zwischenbilanz der Verhandlungen mit den Grünen zog Börner während der Landesdelegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) am Wochenende in Frankfurt. Der Regierungschef bezeichnete das bisherige Gesprächsklima als „gut“ und beschimpfte den Grünen die Bereitschaft, mit der SPD in möglichst vielen Punkten Einvernehmen zu erreichen.

SPD und Grüne verhandeln seit Mitte November. Die Verhandlungen werden auch heute in sogenannten „Fachgruppen“ fortgeführt. Ihr Ende ist offen.

**„Spaltbares Material“**  
Besonders würdigte Börner die Zustimmung der Grünen zu dem von seiner Partei vorgelegten Teilhaushaltsgesetzentwurf in den ersten beiden Lesungen, mit dem auch bisher blockierte finanzielle Mittel aus dem noch immer nicht verabschiedeten Haushalt 1983 für die Kommunen freigegeben werden. Dieses Abstimmungsverhalten sei ein „Zeichen dafür, daß die Landtagsfraktion der Grünen inzwischen auf dem Weg der parlamentarischen Integration und der Politikfähigkeit ein gutes Stück vorangekommen“ ist.

Die Grünen müßten sich auf ihrer Landesmitgliederversammlung am 14. und 15. Januar in Usingen entscheiden, ob sie dem Landeshaushalt 1983 zustimmen und die Verhandlungsergebnisse mit der SPD im Etat 1984 umsetzen wollen oder nicht.

Die positive Zwischenbilanz Börners ist nicht unabhängig von der für

daß die Demokratie der Auseinandersetzung lebe. Er habe während seiner Kanzlerschaft „entscheidende Weichen gestellt“ und dem politischen Leben seinen „unverwechselbaren Stempel aufgedrückt“.

Strauß erinnerte auch an die gemeinsamen Tage in der Regierungverantwortung in Bonn. Er denke gern zurück „an die zweite Hälfte der sechziger Jahre, als wir gemeinsam im Bundeskabinett an die Lösung der damaligen Probleme gingen“. Er, Strauß, und Brandt hätten damals „manches fruchtbare Gespräch geführt, das die Politik jener Tage vorangebracht“ habe.

### Große Koalition kein Thema

Brandt nahm in seiner Dankesrede solche Bälle auf. Er forderte seine Parteigenossen auf, sich nach der Weihnachtspause, „verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, wiederzutreffen zu neuem Kampf“. Aber, auch wenn das Thema große Koalition jetzt kein Thema sei, so werde doch „wieder der Zeitpunkt kommen“ zur engeren Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes. Insgesamt sei er pessimistisch über die bevorstehende politische Entwicklung, aber „nicht ohne Hoffnung, auch weil ich nicht ohne Gott vertrauen bin“.

Der Geist August Bebel's war es, der immer wieder über der Festversammlung in der „Baracke“ schwebte. Denn schon seit Monaten wird deutlich, in welcher wachsenden Maße Brandt sich vor allem als seinen Nachfolger betrachtet, als denjenigen, der in beheblicher Weise die Partei zusammenhalten hat. Er unterließ auch nicht den Hinweis darauf, daß Bebel's Uhr auf seinem Schreibtisch vom Uhrmacher zurück sei: „Sie zeigt die richtige Zeit an.“

Zu den Gratulanten in Bonn gehörten auch seine Kinder - auch die Tochter aus erster, norwegischer Ehe - Staatsminister wie Bruno Kreisky und Olof Palme, der tschechische Staatschef Husak schickte ein Glückwunsch-Telegramm, DGB-Chef Ernst Breit und der ehemalige Bundespräsident und mit Brandt der Begründer der sozialliberalen Koalition, Walter Scheel, „mein Weggefährte in einem nicht unwichtigen Abschnitt der deutschen Politik“ (Brandt). Aber auch wenn Johannes Rau davon sprach, daß man mit dieser Feier ausdrücken wolle, „daß solches Wissen, wie sehr wir Sozialdemokraten dich lieben“, ein Genosse war nicht gekommen: Helmut Schmidt, der in vier Tagen seinen 65. Geburtstag feiert, blieb in Hamburg.

übermorgen anberaumten Sondersitzung des Hessischen Landtages zu sehen, in der in dritter Lesung über den Teilhaushaltsgesetzentwurf der SPD und über den Gesetzentwurf der SPD-Landesregierung für ein Kredit- und Bürgschaftsgesetz entschieden wird. Für die Verabschiedung beider Gesetzentwürfe braucht Börner die Grünen, die in den ersten beiden Lesungen bereits zugestimmt haben. Auf die Stimmen der CDU und der FDP kann der Regierungschef nicht rechnen.

### Sondersitzung

Die Bedeutung besonders des Bürgschaftsgesetzes hatte der CDU-Landtagsabgeordnete Wolfgang Ibel in der Plenardebatte der vergangenen Woche der Hamburger Rathaus-Regierung einen trüben Spiegel vorgehalten. Noch nie sind die Mitglieder des Senats und der SPD-Regierungsfaktion mit einem solchen Gefühl der Unsicherheit nach Hause gegangen wie am späten Freitagabend nach der Schlußabstimmung über den 13,6-Milliarden-Etat. Denn - so erklärte gestern der CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Perschau der WELT - „es ist unklar, ob die erste Lesung des Haushalts rechtmäßig ist“. Und auch ein Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes räumte gestern ein: „Der Senat hat die rechtliche Problematik relativ spät erkannt.“

Beide Aussagen beziehen sich auf die Tatsache, daß das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) noch nicht in zweiter Lesung beschlossen worden ist. Erst die Verkündung dieses Haushaltsbegleitgesetzes - davon ist Oppositionsführer Hartmut Perschau überzeugt - schafft die Voraussetzungen für die Verabschiedung des Etats. Kein Wunder wenn der CDU-Politiker erklärt: „Was waren die chaotischen Haushaltsberatungen in meiner zehnjährigen Parlamentszugehörigkeit.“

Dieses Verwirrspiel, das erst Mitte Januar mit der dann angesetzten zweiten Lesung des Etats einen - vorläufigen - Abschluß finden soll (dann will die CDU das Verfassungsgericht anrufen, womit der neue Etat weiterhin auf höchst unsicherer Basis angewandt werden kann), dürfte auch bei den Sympathisanten der SPD nur Kopfschütteln hervorrufen: Genau vor einem Jahr, am 19. Dezember 1982, hatte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit der Parole, er wolle in Hamburg wieder „kein Verwirrspiel“ schaffen, der SPD die absolute Mehrheit zurückerobern (Ehlers ist Exponent des linken Flügels in der Landesregierung).

## „Bewährungsprobe“ für Diepgen

**Senats-Neuwahl am 9. Februar / Lanrien-Lager dringt auf stärkeren Einfluß**

**HANS-R. KARUTZ, Berlin**  
Die Berliner Union richtet sich nach der Nominierung von Eberhard Diepgen zum Weizsäcker-Nachfolger auf einen Dauer-Wahlkampf bis zu den Berliner Wahlen im Frühjahr 1985 ein. Deshalb sollen die Blessuren nach den erbitterten innerparteilichen Kämpfen der zerstrittenen Lager möglichst bald geheilt werden. Die Entscheidung für Diepgen stieß am Wochenende in der Öffentlichkeit auf ein geteiltes Echo. In der Presse überwiegen die skeptischen Stimmen, die Diepgens „eigentliche Bewährungsprobe“ erst bevorstehen sehen. Diepgen telefonierte am Wochenende mit Helmut Kohl, der wegen der größeren Wahlchancen intern Hanna Renate Lanrien als CDU-Spitzenkandidatin empfahl hatte.

Diepgen war, wie in einem Teil der Auflage berichtet, am Freitagabend mit 62,37 Stimmen von dem überwiegend mit Kommunalpolitikern besetzten Landesauschuss der Partei benannt worden. Er muß sich 1984 der Wahl im Abgeordnetenhaus stellen. An diesem Tage tritt Richard von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister zurück und nimmt dann bis zur Sitzung der Bundesversammlung am 23. Mai nur noch sein Abgeordnetenmandat wahr. Nach der Diepgen-Wahl - an der angesichts der 71 Mann starken CDU-FDP-Koalition nicht zu zweifeln ist - müssen sich auch sämtliche zwölf Senatoren von CDU und FDP dem Votum des Parlaments unterwerfen. Diese geheime Wahl birgt aufgrund der Berliner Verfassung stets Risiken; Elmar Pieroth beispielsweise erhielt im Sommer 1981 im ersten Anlauf nicht die erforderliche Stimmenzahl. Der frühere Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe trat nach der gescheiterten Neuwahl

von vier SPD-Senatoren im Januar 1981 zurück. Angesichts des ohnehin angeschlagenen Ansehens der CDU werden Unions-Abgeordnete, selbst wenn sie einen Diepgen-Senat nicht als optimal betrachten, in der Wahlkabine kaum ihr Gewissen über das Parteinteresse an äußerlicher Geschlossenheit stellen.

Unter den zahlreichen Lanrien-Anhängern, die Diepgens Wahl nach wie vor für eine Fehlentscheidung halten, wurde am Wochenende der Verzicht auf einen CDU-Sonderparteitag mit dem Ansehen der CDU begründet: „Ein derartiger Parteitag der Basis, der vielleicht eine Lanrien-Mehrheit

### „Verpflichtung für alle“

Ueber Herr Diepgen. Zu ihrer seelen erfolgten Nominierung zum künftigen Regierenden Bürgermeister von Berlin wünsche ich Ihnen Glück und Segen. Dieses verantwortungsvolle Amt gehört für mich zu den wichtigsten politischen Aufgaben in unserem Lande. Berlin ist und bleibt eine Verpflichtung für uns alle!

Ihr Axel Springer

ergeben hätte, wäre in Zerrissenheit und „verbrannter Erde“ untergegangen“, sagte ein CDU-Senator.

Innerhalb der Berliner CDU läßt sich die Lage jetzt folgendermaßen analysieren:

● Die breite Erörterung des Für und Wider der beiden Kandidaten verdeckte bisweilen den Unmut über den eigentlichen Anlaß der Querelen - Richard von Weizsäcker's Weg nach Bonn. Die „Reformer“ innerhalb der Union sammeln Punkte, indem sie die bis dahin schweigende Mehrheit mobilisieren.

● Eberhard Diepgen muß jetzt die „Reformer“, die ihn unterstüt-

ten, durch wichtige Fraktionsämter geneigt machen. Mit 18 bis 20 Vertretern bilden die „Reformer“ unter den 65 CDU-Parlamentariern eine Sperrminorität, gegen die keine Politik durchsetzbar ist.

● Der neue „Regierende“ muß Frau Lanrien, die ihre Popularität belegen konnte, in die Regierungs- und Parteiarbeit einbinden. Die von ihr vorgeschlagene „Tandem“-Lösung läßt sich jedoch nicht durchsetzen, weil Heinrich Lummer das Bürgermeisteramt nicht aufgeben will und er in diesem Amt als Repräsentant der „Falken“ in der CDU auch ein wichtiges Wählerpotential an die Union bindet. Im Lanrien-Lager weiß man, daß die Umkehrung der öffentlichen Sympathie von Frau Lanrien auf Diepgen wegen der unterschiedlichen Persönlichkeiten nicht gelingen kann. Deshalb muß Diepgen daran arbeiten, von sich aus fehlende Konturen zu schnitzen und eine eigenständige „Botschaft“ zu formulieren.

● Als Minuspunkt wird Diepgen in der Partei angekreidet, daß sein Freund und Fraktionsvorsitzende in spe, Klaus Landowsky, jetzt unter dem Eindruck öffentlicher Erörterungen über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat seine Bewerbung zurückziehen mußte. Er amtet als Vorstandsmitglied in zwei städtischen Bank- und Wohnungsbau-Gesellschaften. Damit ist die vorgesehene und für die künftige Regierungsarbeit wichtige Achse Diepgen-Landowsky nicht installiert worden.

Die SPD-Spitze hieß Diepgen als ihren „Wunschkandidaten“ in dem wieder offenen Rennen um den Wahlausgang 1985 willkommen. Diese Einschätzung wiederholte jetzt der Vize-Landesvorsitzende Hans Krenndahl in einem Interview.

Seite 2: Führungsaufgaben in Berlin

## Senat und Bonn billigen S-Bahn-Vertrag

**„DDR“ verzichtet auf Millionen-Forderung / Paraphierung noch in diesem Jahr**

**HANS-R. KARUTZ, Berlin**  
Die „Deutsche Reichsbahn“ in Ost-Berlin, die das Rest-Netz der West-Berliner S-Bahn betreibt, überläßt noch in diesem Jahr dem Senat drei betriebliche Strecken mit zunächst 40 Kilometer Länge. Nach acht Verhandlungsrunden - die 9. findet am 21. Dezember statt - einigten sich Experten beider Seiten jetzt auf einen Vertrag. Die „DDR“-Seite verzichtet dabei auf ihre ursprüngliche Forderung, 100 bis 150 Millionen D-Mark für frühere angebliche Betriebsaufwendungen in West-Berlin zu erhalten.

Am Samstag tagte eine von Weizsäcker's Senatskanzlei geleitete Hanjungs-Schierbaum einberufene Geheimkonferenz sämtlicher mit dem Thema befaßter Fach-Senatoren und der CDU- und FDP-Fraktionschefs im Rathaus Schöneberg und billigte das Konzept. Bereits am heutigen Montag will auch das Bundeskabinett zustimmen.

Damit einigten sich beide Seiten - der Senat verhandelte im Auftrag Bonns und auf Weisung und in enger Absprache mit den Westalliierten - überraschend zügig und ohne Status-Streit nach wenigen Monaten konkreter Verhandlungen über eines der kompliziertesten deutschen Nachkriegs-Probleme. Die „Reichsbahn“ hatte nach Kriegsende mit Einverständnis aller Siegermächte die Be-

triebsrechte erhalten und nahm sie auch in West-Berlin wahr. Nach dem Mauerbau boykottierten die West-Berliner die S-Bahn. Zuletzt nahmen nur noch rund 10 000 Fahrgäste täglich das Netz und mehr geschumpfte S-Bahn-Fahrer in West-Berlin in Anspruch.

Die Vereinbarung zwischen der städtischen Verkehrsgesellschaft (BVG) und der „Reichsbahn“ soll am oder unmittelbar nach dem 21. Dezember paraphiert werden. Die „DDR“ scheiterte mit ihrem Plan, dem Senat einen staatsrechtlichen Vertrag abzuhandeln. Lediglich „Fachleute“ beider Seiten werden ihre Paraphen unter die Vereinbarung setzen. Auf Ost-Berliner Seite führte der Abteilungsleiter im „DDR“-Verkehrsministerium Herbert Meißner die Gespräche, den der Senat jedoch nur in seiner Eigenschaft als „Reichsbahn“-Hauptdirektor zur Kenntnis nahm. Das Vertragswerk muß jetzt noch von den allein entscheidungsbefugten drei westlichen Alliierten genehmigt werden. Da Status-Streitigkeiten ausblieben, steht einer solchen Genehmigung nichts mehr im Wege. Im Detail soll der Vertrag folgende Punkte enthalten:

● Die BVG übernimmt zunächst 40 Streckenkilometer, kann aber - je nach den finanziellen Voraussetzungen auf westlicher Seite - im Prinzip sämtliche Gleisanlagen in West-Berlin nutzen.

● Die „Reichsbahn“ erhält für die Kosten, die ihr beim Betrieb gemeinsamer Stell- und Betriebswerke für den Transit-Fernverkehr und der (westlichen) S-Bahn auf parallelen Trassen entstehen, jährlich eine angemessene Entschädigung.

● Der S-Bahn-Tunnel unter Ost-Berlin (ehemaliges Regierungsviertel, Reichskanzlei), der den südlichen und nördlichen Teil West-Berlins verbindet, wird weiter genutzt und die Unterhaltskosten vom Westen aufgebracht. Dies war eine Forderung der Berliner FDP, die dem Vertrag sonst nicht zugestimmt hätte, weil die S-Bahn bei geschlossenem Tunnel nur noch eine reine „Schumpfbahn“ gewesen wäre.

● Als Zuschuß zu den hohen Betriebskosten der S-Bahn stellt der Bund für 1984 eine erste Zahlung von 37 Millionen Mark bereit. Diese Mittel fließen aber nur, wenn der Senat gleichzeitig parallel laufende Bauarbeiten auf und einen relativ hohen Fahrpreis verlangt.

● Die BVG muß mehrere hundert „Reichsbahner“ in den öffentlichen Dienst übernehmen, die bisher in Ost-Berliner Diensten standen.

● Für die Nutzung der nach Westen führenden Gleisanlagen und Bahnsteige auf dem Ost-Berliner Bahnhof Friedrichstraße muß der Senat eine Jahrespauschale von rund einer Million D-Mark zahlen.

## Verwirrspiel um Etat-Verabschiedung

**Von HERBERT SCHÜTTE**

Wenn bei der jährlichen Haushaltsdebatte - wie Parlamentarier es vorzugsweise formulieren - „die Stunde der Wahrheit“ schlägt, dann haben die Etatberatungen der letzten Woche der Hamburger Rathaus-Regierung einen trüben Spiegel vorgehalten. Noch nie sind die Mitglieder des Senats und der SPD-Regierungsfaktion mit einem solchen Gefühl der Unsicherheit nach Hause gegangen wie am späten Freitagabend nach der Schlußabstimmung über den 13,6-Milliarden-Etat. Denn - so erklärte gestern der CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Perschau der WELT - „es ist unklar, ob die erste Lesung des Haushalts rechtmäßig ist“. Und auch ein Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes räumte gestern ein: „Der Senat hat die rechtliche Problematik relativ spät erkannt.“

Beide Aussagen beziehen sich auf die Tatsache, daß das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) noch nicht in zweiter Lesung beschlossen worden ist. Erst die Verkündung dieses Haushaltsbegleitgesetzes - davon ist Oppositionsführer Hartmut Perschau überzeugt - schafft die Voraussetzungen für die Verabschiedung des Etats. Kein Wunder wenn der CDU-Politiker erklärt: „Was waren die chaotischen Haushaltsberatungen in meiner zehnjährigen Parlamentszugehörigkeit.“

Dieses Verwirrspiel, das erst Mitte Januar mit der dann angesetzten zweiten Lesung des Etats einen - vorläufigen - Abschluß finden soll (dann will die CDU das Verfassungsgericht anrufen, womit der neue Etat weiterhin auf höchst unsicherer Basis angewandt werden kann), dürfte auch bei den Sympathisanten der SPD nur Kopfschütteln hervorrufen: Genau vor einem Jahr, am 19. Dezember 1982, hatte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit der Parole, er wolle in Hamburg wieder „kein Verwirrspiel“ schaffen, der SPD die absolute Mehrheit zurückerobern (Ehlers ist Exponent des linken Flügels in der Landesregierung).

sen der SPD nur Kopfschütteln hervorrufen: Genau vor einem Jahr, am 19. Dezember 1982, hatte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit der Parole, er wolle in Hamburg wieder „kein Verwirrspiel“ schaffen, der SPD die absolute Mehrheit zurückerobern (Ehlers ist Exponent des linken Flügels in der Landesregierung).

Erst in der Nacht vor dem Auftakt der Haushaltsberatungen ließ sich von Dohnanyi zu einer Parteinahme bewegen, aus der man so etwas wie die Androhung der Vertrauensfrage entnehmen konnte. Der Senat werde - so kündigte der Bürgermeister an - auf der Basis der von der Mehrheit der SPD-Fraktion gefaßten Beschlüsse verfahren und damit die von den Linken massiv abgelehnten Sparmaßnahmen im Personalbereich durchsetzen. Hätte hier der linke Flügel den Senat bei der Etat-Abstimmung hängen lassen, dann wäre der Riß durch das Regierungslager überdeutlich und damit das Weiterbestehen einer von Klaus von Dohnanyi geführten Regierung fragwürdig geworden. Vertreter des Mitte/Rechts-Lagers hatten für diesen Fall bereits die Einberufung eines Sonderparteitages erwogen.

Zunächst ist die Kluft im Regierungslager mit vorwettbewerblicher Zuckerwatte abgedichtet. Im Rathaus bereitet man ein Schauspiel der Einigkeit vor: Am Donnerstag wollen Senat und Bürgerschaft bei einer Sondersitzung Helmut Schmidt die Würde eines Ehrenbürgers verliehen. Da übt die SPD den Schulterschluß. Der so geehrte Hansesat kennt natürlich die Genossen, die mit heimlichem Grimm diesem Beschluß zustimmen werden. Aber er wird auch bei linken Lobesworten vermutlich keine Miene verziehen.

Ein Jahr später offenbarten die Etatberatungen schon im Vorfeld den Verfall der Regierungsfähigkeit des SPD-Senats. Erst wenige Minuten vor Beginn der dreitägigen Parlamentsschlichtung hatte Fraktionschef Henning Voscherau die beiden „Koalitions“-Partner innerhalb der SPD mit einem Kompromiß-Sparpapier betrieht. Umfang: 250 Millionen Mark, davon sollen 50 Millionen Mark durch Personaleinsparungen kommen. Die Rolle, die Klaus von Dohnanyi dabei gespielt hat, wird von führenden SPD-Politikern nicht sehr viel anders als von der CDU-Führung beschreiben. „Der Bürgermeister ging auf Tauchstation“, attackierte Oppositionsführer Hartmut Perschau den Regierungschef in der Generaldebatte. Gestern bekräftigte er seinen Vorwurf: „Herr von Dohnanyi ist in unvorstellbarer Weise die politische Führung an die Fraktion abgegeben. Er überläßt damit die Hamburger Politik den Zufälligkeiten, die bei den Meinungsstreitigkeiten in-

## Prozentuale Beteiligung an Arztkosten?

**GISELA REINERS, Bonn**

In der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sinken die Beiträge (von durchschnittlich 12 auf 11,5 Prozent). Dennoch sollen die Mitglieder sozusagen hintenherum erneut zur Kasse gebeten werden. Im Bundesgesundheitsministerium wird zur Zeit erwogen, ob nicht durch eine prozentuale Beteiligung der Patienten an den Kosten der von ihnen benötigten Arzneimittel die Kostensteigerung im Gesundheitswesen gedämpft werden kann. Das bedeutet indirekt Beitragserhöhung.

**Bundesgesundheitsminister Blüm** (CDU) hatte in der vergangenen Woche im Bundesausschuß seiner Partei mitgeteilt, daß 1984 eine Milliarde bei der GKV eingespart würde. Dieses Geld verbleibe je zur Hälfte in den Taschen der Arbeitnehmer und der Betriebe. Und es sei möglich, noch weitere zwei Milliarden Mark einzusparen. Damit hätte der Minister schon angedeutet, wo der Sparstift angesetzt werden kann. Die Krankenversicherung wird nicht billiger, sondern sie kürzt ihre Leistungen.

Zur Zeit zählt ein gesetzlich Krankenversicherter pro verschriebenem Medikament eine Rezeptgebühr von zwei Mark. Aber er bekommt längst nicht mehr alles verschrieben. Sogenannte Bagatellarzneien wie Mittel gegen Reiskrankheit und Schnupfen muß er selbst bezahlen. Kinder sind von dieser Regelung ausgenommen. Nun wird geprüft, ob sich diese „Negativliste“ nicht noch erweitern läßt. Eine Entscheidung soll im nächsten Frühjahr fallen.

Mit einer prozentualen Beteiligung an den Kosten verschriebener Medikamente verfolgt das Ministerium das Ziel, das Interesse der Versicherten an einem sparsameren Umgang mit Arzneimitteln zu schärfen. Und zusätzlich soll die Zahl der verschreibungsfähigen Mittel durch „Ausgrenzung“ gesenkt werden. Es ist zu vermuten, daß mit diesen für die Jahre 1985 und folgende geplanten Maßnahmen der FDP entgegengewirkt werden soll, die schon lange auf eine Einführung der Selbstbeteiligung an der Krankenversicherung dringt. Andererseits hofft man im Ministerium wohl auch, den ständig steigenden Preisen der Pharmaindustrie durch ein Eigeninteresse der Versicherten an geringeren Ausgaben entgegenzuwirken.

Sorgen bereiten der GKV auch die hohen Arzneimittelkosten für Rentner. Während bis zu 15jährige 10 Mark pro Rezept kosten, sind es bei den 70- bis 85jährigen 45 Mark. Ob hier jedoch das Instrument der Beteiligung greift, ist fraglich, denn für Rentner gelten oft Härtefall-Regelungen. Deshalb wurde den Ärzten bei der Herbstsitzung der konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen kürzlich empfohlen, das Gebot der Wirtschaftlichkeit stärker zu beachten.

## Niedersachsen: SPD-Vorstand will Frau Fuchs

**schw. Hannover**

Die frühere Bundesfamilienministerin Anke Fuchs wurde von der SPD-Landesleitung in Hannover aufgeführt, sich 1986 für die Landtagswahlen in Niedersachsen als Spitzenkandidatin gegen Ministerpräsident Ernst Albrecht zur Verfügung zu stellen. Dessen Beschluß traf am Freitagabend der SPD-Landesvorstand mit zwölf gegen acht Stimmen bei einer Stimmenerhaltung. Um das Amt des Spitzenkandidaten hatten sich in den vergangenen Monaten bereits der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des SPD-Bereichs Hannover, Gerhard Schröder, sowie der Landtagsvizepräsident Helmut Bösse beworben. Der Landesparteitag im Juli 1984 soll seine Entscheidung über die Spitzenkandidatur treffen.

Die ehemalige Ministerin, die aus Hamburg stammt und Bundestagsabgeordnete in Köln ist, war vom Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Karl Ravens, und dem ehemaligen Ehrenbürgerminister Herbert Ehrenberg favorisiert worden. Anke Fuchs habe sich bereit erklärt, sagte Ravens, das Angebot aus Niedersachsen anzunehmen und auch im Falle einer Wahlniederlage nach 1986 in Hannover als Oppositionsführer zur Verfügung zu stehen.

Schröder, der im Gegensatz zu Bösse nicht dem Landesvorstand angehört, hatte darum gebeten, in diesem Gremium seine Bewerbung begründen zu dürfen. Der Vorstand, der scharfe Kritik an der Form der Bewerbung Schröders geäußert hatte, lehnte diese Bitte am vergangenen Freitag ab. Noch in der letzten Woche hatte sich der Vorstand des mittlerweile stärksten Bezirks Hannover einstimmig für seinen Vorsitzenden ausgesprochen.

„Die Entscheidung des Landesvorstandes berührt meine Kandidatur nicht“, erklärte der ehemalige Jusos-Vorsitzende Schröder am Wochenende. Er werde seine Vorstellungen in den Ortsvereinen der Partei erläutern und erwarte das auch von den beiden anderen Kandidaten.

Auch Landtagsvizepräsident Bösse hat seine Kandidatur nicht zurückgezogen. Er erklärte: „Ich gebe davon auf; daß sich alle drei Kandidaten auf dem Parteitag zur Wahl stellen.“



سكول، ١٩٨٤

## Israelis vermitteln Auszug der Christen aus Deir-el-Kamar

Tausende verlassen den seit drei Monaten belagerten Ort / Drusen beherrschen den Schuf

PETER M. RANKE, Beirut  
Mit Kleiderbündeln, Taschen und Plastiktüten kletterten Männer, Frauen und Kinder im christlichen Ost-Beirut aus den Bussen des Roten Kreuzes. Das Stadion im armenischen Vorort Burdch Hammoud ist für die Christen aus dem Schuf-Gebirge die vorläufige Endstation ihrer traurigen Odyssee, ehe sie in Klöster, Heime, Schulen und Privathäuser weitergeleitet werden. Sie bleiben Flüchtlinge im eigenen Land.

„Wir sind frei, aber die Heimat haben wir verloren“, sagt Dschamal Saad (46), ein Bergbauer mit schwarzen Pumphosen. Dank israelischer Vermittlung und dem Schutz israelischer Truppen können die Eingekesselten von Deir-el-Kamar nach drei Monaten Belagerung durch die Drusen-Miliz Dschumblatt abziehen. Aber in ihre Bergdörfer können sie nicht heimkehren, denn Häuser und Land sind von den Drusen erobert oder zerstört worden.

Nach den Massakern an den maronitischen Christen im September durch Drusen-Milizien erlebt Libanon in diesen Tagen das Ende einer Jahrhunderte alten Epoche friedlichen, oft aber auch kriegerischen Zusammenlebens von Drusen und Christen im Schuf. Das Gebirge zwischen Beirut im Norden und Jezzine im Süden gehört nach Vertreibung der Christen

nun praktisch allein den Drusen. Sie haben umfangreiche Ländereien und 53 Dörfer in Besitz genommen und können von diesem geschlossenen Siedlungsgebiet aus politischen Druck auf jede Beirut-Regierung ausüben.

Gestern erreichte der dritte Konvoi des Roten Kreuzes mit wieder rund 500 Flüchtlingen Beirut. Insgesamt werden 5-10 000 Christen Deir-el-Kamar verlassen, die restlichen 15 000 Christen bleiben trotz aller Gefahren. Sie hoffen, doch noch in ihre Heimatdörfer zurückkehren zu können. Die 2200 Männer der christlichen Miliz sind auf israelischen Armee-Lkw aus Deir-el-Kamar schon an die Küste nach Saïda gebracht worden, von dort zurück nach Jounieh.

Zwischenfälle konnten aufgrund der israelischen Eskorte verhindert werden, aber immer wieder drohten Drusen mit Messern, Flaschen und der Geste des Halsabschneidens. Bürgermeister Dib von Deir-el-Kamar versicherte den israelischen Offizieren: „Ich wollte, ihr könntet für immer hierbleiben.“ Vorher waren die israelischen Truppen, die im September abgerückt waren, von den Flüchtlingen mit Reis und Salz als Retter begrüßt worden.

500 libanonesische Gendarmen übernehmen nach dem Rückzug der israelischen Brigade den Schutz des

Städtchens. Aber Israels Verteidigungsminister Arens befürchtet bereits: „Es gibt keine Garantie für die zurückbleibenden Christen.“ Der israelische Botschafter Lubrani, der den Abzug vermittelt hatte, erklärte: „Wir versuchen, im stillen weitere Probleme zwischen Christen, Drusen und der Regierung zu lösen. Was wir tun, ist gut für Libanon.“

Teil der Abmachungen ist eine Zusage der Drusen, daß sie nicht mehr christliche Stadtviertel Beirut beschießen werden und den Zugang nach Deir-el-Kamar offen halten. Die Christen wiederum werden den drusischen Bauern erlauben, Lebensmittel aus dem Schuf in die Küstentorte und nach Beirut zu bringen. Die Armee darf diese Transporte nicht behindern.

Den israelischen Vermittlern, die in einem Verbindungsbüro in Dbyayn nördlich Beirut arbeiten, ist es bisher nicht gelungen, den immer wieder erneuerten Waffenstillstand zwischen Drusen und libanesischer Armee sicherer zu machen. Die Drusen drohen jetzt damit, die letzten Christen und Deir-el-Kamar doch noch zu überrennen, wenn die Armee und die alliierte Friedenstruppe Stellungen der Drusen unter Feuer nehmen. Mit dem praktisch schutzlosen Deir-el-Kamar hat Dschumblatt ein wichtiges Faustpfand gewonnen. (SAD)

## Lob für Alfonsins „furiosen Start“

Menschenrechts-Offensive erregt mehr Aufsehen als Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit

WERNER THOMAS, Miami  
„La Nación“, die renommierteste Zeitung Argentiniens, spendete Applaus. „Dr. Alfonsín demonstrierte seine Führungsqualitäten“, schrieb sie. „Seine Initiativen sollen die rechtstaatliche Ordnung unterstreichen, die für die moralische Erneuerung notwendig ist.“ Selbst Isabel Perón zeigte sich beeindruckt von der Persönlichkeit und den politischen Vorstellungen des neuen Staatsoberhauptes. Sie nannte Alfonsín nach einem Gespräch im Präsidentenpalast „einen brillanten Mann“.

Raul Alfonsín hat einen furiosen Start wie kein anderer Präsident Argentiniens vor ihm zurückgelegt. Während seiner ersten Amtswoche glitt die linksliberale Politik Entscheidung, die sogar über seine Wahlkampfversprechungen hinausgingen.

Fast alle Generale und Admirale, die seit 1976 Mitglieder der verschiedenen Juntas waren, müssen sich wegen Vergehen gegen die Menschenrechte vor dem höchsten Militärgericht verantworten. Unter ihnen befinden sich die Ex-Präsidenten Jorge Rafael Videla, Roberto Viola und Leopoldo Galtieri.

Eine Kommission, der 16 prominente Personen angehören, so der Schriftsteller Ernesto Sabato, der Rabbiner Marshall Meyer und der katholische Bischof Jaime Francisco de Nevares, soll das Schicksal der mindestens 6000 vermissten Argentinier untersuchen. Die Gerichte erhalten das belastende Material.

Die Preise wurden für 40 Tage eingefroren, ein erster Schritt im „Kampf gegen die Inflation“. (Alfon-

sín), die der Präsident von gegenwärtig 400 Prozent auf 100 Prozent im nächsten Jahr senken will. Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun hat die Gläubiger um ein sechsmonatiges Moratorium: „Wir wollen zahlen, aber wir können nicht.“ Die Schulden betragen 40 Milliarden Dollar.

Die wirtschaftspolitischen Schritte, die noch Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit (rund 17 Prozent) einschließen und die radikale Kürzung der staatlichen Ausgaben (von gegenwärtig 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf fünf Prozent), erregen weniger Aufsehen. Alfonsíns Menschenrechts-Offensive beherrscht dagegen die Schlagzeilen der letzten Tage.

„Dies ist eine schmerzliche, aber notwendige Aufgabe“, sagte Kommissionsmitglied Meyer, ein Amerikaner, der das lateinamerikanische Rabbiner-Seminar in Buenos Aires leitet. „Aber jede Gesellschaft, die ihrer Vergangenheit nicht offen und ehrlich begegnet, wird sie einmal wiederholen.“

Alfonsín wollte die Vertreter der letzten Junta verschonen, die im September ein Amnestiedekret erlassen hatte, das der Kongress nun auf Empfehlung des Präsidenten für null und nichtig erklärte. Schon erhob jedoch ein Untersuchungsrichter auch Beschuldigungen gegen Cristóbal Nicolaides und Rubén Franco: Sie hätten Informationen gegenüber dem Fall einer vermissten Person zurückgehalten. Nicolaides war Anfang Dezember noch Armee-Chef, und Franco kommandierte die Marine.

Die Militärattachees der westlichen Botschaften konnten bisher keine Unruhe innerhalb der Streitkräfte registrieren. „Viele Offiziere sind froh über diesen Säuberungsprozess“, berichtete einer dieser Diplomaten, „andere packen ihre Koffer“.

Alfonsín hat die vorzeitige Pensionierung von 28 der 52 aktiven Generale erzwungen, als er Julio Alfredo Fernandez Torres zum Generalstabschef ernannte, dem jetzt ranghöchsten Offizier der Streitkräfte. Ähnlich war die Situation bei der Marine und bei der Luftwaffe. Die drei Waffengattungen unterliegen nun einem zivilen Armee-, Marine- und Luftwaffenminister. Der Verteidigungshaushalt soll um die Hälfte gekürzt, die Wehrpflicht abgeschafft werden. Zivilisten übernehmen die Leitung des Geheimdienstes und aller wichtigen Regierungsbehörden. Manche Beobachter sprachen von einem „Putsch gegen die Streitkräfte“.

Auch den Kriegszustand mit Großbritannien wegen des Falkland-Konflikts möchte Alfonsín beenden und eine Lösung suchen. Er neigt dazu, die Vorschläge des Papstes in dem Territorial-Streit mit Chile über den Beagle-Kanal (Feuerland) zu akzeptieren. Er will im Januar in die ecuadorianische Hauptstadt Quito reisen, wo die Staatschefs Lateinamerikas das Schuldenproblem erörtern, und bei dieser Veranstaltung eine zentrale Rolle spielen.

„Wir müssen schnell handeln, solange der Präsident noch die breite Unterstützung des Volkes genießt“, erläuterte ein Alfonsín-Sprecher die Hektik der ersten Woche. (SAD)

## Beistandspakt Moskau-Helsinki spart auch künftig Konsultationen aus

Von REINER GATERMANN  
Aber es ist erheblich übertrieben, wenn man sich - soweit bekannt - bei den Beziehungen zwischen Finnland, der Sowjetunion und den USA, die im Rahmen des Moskauer Besuchs von Außenminister Paavo Väyrynen aus dem Bereich der sicherheitspolitischen Lage in Europa sogenannte Konsultationen im Rahmen des finnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandspaktes zu fördern. Nach sechsstündigen Gesprächen im Kreml teilte Väyrynen mit: nichts Derartiges sei geschehen.

Allerdings hatte er auch keine eindeutige Antwort auf seine Frage bekommen, ob der sowjetische Außenminister Gromyko zur Eröffnung der Europäischen Konferenz über Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen am 17. Januar 1984 nach Stockholm kommen wird. „Wir überlegen uns die Sache noch“, war die einzige Kommentar Gromykos, der jedoch hinzufügte, daß man das Stockholm-Treffen für „sehr wichtig“ halte.

In Finnland zeigte man sich über die Entwicklung in Europa nach den gescheiterten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf sehr besorgt. Man befürchtete eine längerfristige Abkühlung der Ost-West-Beziehungen mit möglichen bilateralen Auswirkungen. Deswegen beilegen sich die Finnen zu verkünden, daß sie ihre Radarüberwachung schnellstens ausbauen werden, um in ihr Land eindringende Niedrigflieger rechtzeitig ausmachen zu können. Paavo Väyrynen hatte jedoch gleichzeitig betont, daß die neuen in Westeuropa stationierten Raketen nicht als direkte Bedrohung Finnlands oder der Sowjetunion überfin-

nisches Territorium hinweg sehe. Der Minister dachte aber an die technische Weiterentwicklung und an eine mögliche Stationierung auch auf Schiffen und U-Booten sowie Flugzeugen, die im Nordatlantik Position beziehen könnten.

Während dieser Debatte schlugen die Militärs vor, eine formale Zusammenarbeit mit Schweden im Bereich der Radarüberwachung einzuleiten, was in Stockholm aber abgelehnt wurde. Darüber hinaus forderte der Moskauer Flügel der Kommunistischen Partei, mit dem Kreml offi-

zielle Konsultationen im Rahmen des Freundschafts- und Beistandspaktes aufzunehmen.

Väyrynen Gespräche mit Gromyko lassen den Schluß zu, daß der Kreml offenbar mit seinem Verhältnis zu Finnland zufrieden ist und keinerlei Anmerkungen hat zu Finnlands Möglichkeit, sich gegen alle fremden Angriffe oder Territoriumsverletzungen zu verteidigen. Schon in den vergangenen Wochen hatte die Sowjetunion die guten Beziehungen zu Finnland hervorgehoben und im Grunde versucht, die nervöse Debatte in Finnland zu dämpfen. Zu diesem Versuch muß auch die Verleihung des Leninordens an Präsident Mauno Kivisto zu dessen 60. Geburtstag gerechnet werden. Kivisto bekam diese höchste sowjetische Auszeichnung für einen Ausländer bereits nach einundzwanzigjähriger Amtszeit, während sein Vorgänger Kekkonen sieben Jahre darauf warten mußte.

In dem Moskauer Gespräch mit Gromyko wurde laut Väyrynen auch das Thema „Überarbeitung des 1948 geschlossenen und erst kürzlich bis übers Jahr 2000 hinaus verlängerten Freundschafts- und Beistandspaktes“ nicht angeschnitten. In Helsinki war dies als eine mögliche sowjetische Reaktion auf die nunmehr angespanntere Lage in Europa ins Auge gefaßt worden.

Mit großem Interesse wartet Helsinki dagegen auf den Entscheid des Kremls, ob er seinen Außenminister Mitte Januar nach Stockholm schickt. Falls ja, würde damit den Finnen die Qual der Wahl genommen werden. Bleibt Gromyko zu Hause, werden die Wertschauer-Fakt-Mitglieder seinem Beispiel folgen: die Finnen müßten dann eine schwere Entscheidung treffen. Wie diese auch ausfiele: Sie würde auf einer Seite negative Reaktionen auslösen.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Mißbrauchtes Altes Testament

„Warum ich gegen die Ideologie der Friedensbewegung bin“, WELT vom 18. bis 22. November

Die obige Beitragsfolge verdient Anerkennung. In keiner anderen deutschen Tageszeitung ist die sogenannte Friedensbewegung bisher wohl so tiefgreifend und zutreffend analysiert worden. Nicht zuletzt die jüngsten Auseinandersetzungen um die westliche Raketen-Nachrüstung haben es an den Tag gebracht, wie sehr es der Sowjetunion und ihren Trabanten in unserem Land gelungen ist, einen nicht unbeträchtlichen Teil der öffentlichen Meinung für sich einzunehmen, Unsicherheit und Kriegsangst zu verbreiten. Wer spricht nicht alles die Sprache der sowjetischen Propaganda und bedient sich sowjetischer Argumente. Die Beitragsfolge Pastor Lackners öffnet allen die Augen, die nicht starr einseitig festgelegt sind und auch die andere Seite des Argumentationsfeldes kennenlernen wollen.

Insbesondere sollten sich jene eingehender mit dem Beitrag beschäftigen, die glauben, ihre Friedensthesen mit Hinweisen auf die Bibel und den christlichen Glauben untermauern zu können. Schon die Aufforderung, Schwerter zu Pflugscharen zu machen, beruht auf einer mißbräuchlichen Verwendung des Alten Testaments, denn da wird von der messianischen Endzeit gesprochen, nicht aber von unserer Zeit. Außerdem war Friede im Alten Testament immer nur bewaffneter Friede. Im Neuen Testament aber wird nicht der Friede dieser Welt beschworen, sondern der Friede Gottes, der etwas ganz anderes ist. Und wenn zum Frieden dieser Welt Stellung genommen wird, dann mit der dankbaren Zustimmung, „daß wir in Frieden leben können“.

Als ein Gesetz gilt dieser Erdentempel nicht. Auch die Bergpredigt (ist sie nicht vor allem ein Bußpredigt?) wendet sich an den einzelnen Men-

schen, nicht an die Staaten und ihre Beziehungen. Sie hat den innermenschlichen Bereich im Auge, nicht den äußeren politischen Frieden, den die Menschen dieser Irdischkeit kaum je global herstellen können, von regionalen Kriegen ganz zu schweigen. Die Menschen sind nämlich nicht Gott, sondern gebrochene, unvollkommene Wesen, mögen sie auch noch so hohe und weitgespannte Vorsätze haben, sich noch so ehrlich und intensiv bemühen. Sie sind Gottes Gnade, Gottes Willen unterworfen. Die christliche Religion ist eine Gnadenreligion.

Dennoch ist auch der Wehrdienst in seinem inneren Anliegen Dienst am Nächsten, ein Eintreten für ihn. Auch das Vaterland ist ein Nächstes, und zwar gerade dann, wenn es mißbraucht und erniedrigt wurde. Gerade in seinem Elend bedarf das Vaterland unserer Liebe. Das ist ein christliches Motiv. Oder wendet sich der Christ nur allem Glücklichen und Erfolgreichen zu? Läßt er alles andere im Stich?

Mit freundlichen Grüßen  
W. Seibert,  
Babenhausen 1

### Irreales Argument

Ich bin 50 Jahre, verheiratet, habe einen 10jährigen Sohn, stehe seit 32 Jahren im Berufsleben und habe Angst um meinen Arbeitsplatz - und mit mir Tausende von Arbeitern und Angestellten, die in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt sind und bei Einführung der 35-Stunden-Woche ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Die meisten Arbeitnehmer sind in Mittelbetrieben beschäftigt und nicht in Konzernen wie z. B. Mannesmann und Thyssen.

Eine Kostensteigerung von fast 20 Prozent, die eine Einführung der 35-Stunden-Woche zur Folge hat, kann

bei der heutigen Wirtschaftslage kein Unternehmen verkraften. Dies müßte jedem überlegenden, realistisch denkenden Menschen klar sein.

Das Argument der Gewerkschaft, die Arbeitslosigkeit würde hierdurch abgebaut, ist insofern nicht realistisch, als aufgrund der dann entstehenden Kostensteigerung kein Unternehmen mehr in der Lage sein wird, seine Produkte auf dem Weltmarkt abzusetzen.

Die 35-Stunden-Woche schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern wird Tausende neuer Arbeitslosen zur Folge haben.

Da es auch heute noch trotz 2 Millionen Arbeitslosen schwer ist, geeignete Fachkräfte zu finden, würde mich interessieren, wie dies nach Einführung der 35-Stunden-Woche der Fall sein sollte.

Eine Befragung der Arbeitnehmer im Auftrage des DGB im Dezember 1982 ergab, daß nur ca. 23 Prozent als „persönlich liebste“ Form die 35-Stunden-Woche befürworten, 23 Prozent mehr Urlaub wünschen und 49 Prozent für eine Rente ab 60 Jahren sind.

Die Gewerkschaft arbeitet gegen die Interessen der Mehrheit der Arbeitnehmer. Sie wird bei einer evtl. Urabstimmung über diese Frage eine vernichtende Niederlage erleiden.

Albert Proff,  
Duisburg

### Wort des Tages

„Die Gegenwart ist nie unser Ziel... die Zukunft allein ist unser Ziel. So leben wir nie, sondern wir hoffen zu leben, und während wir uns immer in Bereitschaft halten, glücklich zu sein, ist es unvermeidlich, daß wir es nie sind.“

Blaise Pascal, franz. Philosoph  
(1623-1662)

Anzeige

CDU

### Zwischenbilanz der Erneuerung



### Bundeskanzler Helmut Kohl

## Es geht aufwärts

Wir werden die Wirtschaft auch 1984 weiter in Schwung bringen.

Hätten wir die Talfahrt nicht gestoppt, wäre das soziale Netz gerissen. Unsere Kinder hätten Schulden vorgefunden, die sie nicht hätten abtragen können. Die Rentner wären um die Früchte ihrer Arbeit gebracht worden.

Wir haben nicht aus Lust am Sparen die Ausgaben des Staates um Milliarden verringert. Wir mußten den Bürgern Opfer zumuten, weil nur so soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftsbelebung zu erreichen sind.

Jetzt können unsere jungen Mitbürger mit Zuversicht und die Älteren ohne Sorge der Zukunft entgegensehen.

Ihr

W. Kohl

## 1984 wird ein gutes Jahr

### Niedrigste Inflationsrate seit 5 Jahren:

Im Sommer vorigen Jahres noch stiegen die Preise um 5 bis 6%. Dieser Wert ist inzwischen halbiert.

### Renten erhöht und solide finanziert:

Noch vor einem Jahr drohte der Rentenversicherung Zahlungsunfähigkeit. Heute steigen die Renten wieder. Und: Jetzt sind die Renten solide finanziert und sicher.

### Arbeitsplätze gesichert:

Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Jahren entstanden, sie kann nicht in kurzer Zeit beseitigt werden. Jetzt wurde die Zunahme der Arbeitslosenzahlen gestoppt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Kurzarbeiter halbiert. Es gibt wieder mehr offene Stellen. Doch es ist noch viel zu tun.

### Fortschritt gefördert:

Die Bundesregierung fördert die Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Damit werden hohe Investitionen der Wirtschaft angeregt, Arbeitsplätze in vielen Branchen gesichert und neue geschaffen. Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland im Weltmarkt zukunftsreicher Technologie wird so verbessert. Wir müssen uns der technologischen Herausforderung durch Japaner und Amerikaner stellen. Unsere Rohstoffarmut können wir nur durch Erfindungsreichtum ausgleichen. Wachstum und Fortschritt sichern Arbeit und Wohlstand.

### Neue Arbeitsplätze durch Neugründungen:

Selbständig sein wird wieder interessant: Die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche geht deutlich zurück. Wie in den USA müssen auch wir durch eine Existenzneugründung neue Produkte und so neue Arbeitsplätze schaffen. Wer die Probleme von morgen meistern will, muß ja zur Zukunft sagen.



## NACHRICHTEN

Bielefeld nur 1:1  
Mönchengladbach 6:0

Bonn (DW) - Arminia Bielefeld kam im Nachholspiel der Fußball-Bundesliga gegen Aufsteiger Waldhof Mannheim nur auf ein 1:1. Grillemeier hatte Bielefeld in Führung gebracht (14. Minute), Mannheims Neuzug Remark (22.) ausgleichend. In einem vorzogenen Spiel des Pokal-Achtelfinales kam Mönchengladbach beim bayrischen Oberliga-Klub SpVgg Fürth zu einem ungefährdeten 6:0-Sieg. Die Torschützen: Bruns (2), Cries, Rahn, Matthäus, Hochstätter.

## Holland hofft weiter

Rotterdam (dpa) - Nach dem 5:0-Sieg über Malta hofft Holland weiter auf die Teilnahme an der Endrunde der Fußball-Europameisterschaft. Mit 13:3 Punkten und 22:6 Toren führen die Holländer in der Gruppe 7 vor der Partie Spanien - Malta am 21. Dezember in Sevilla vor den Spaniern (11:3/12:7). Nur ein spanischer Sieg mit zwölf Toren Unterschied könnte die Holländer noch um die Teilnahme in Frankreich bringen.

## Europacup für Rüsselsheim

Rüsselsheim (dpa) - Zum ersten Mal in seiner Vereinsgeschichte gewann JC Rüsselsheim den Judo-Europacup. Die Staffeln besiegte im zweiten Finale der deutschen Meister TSV München-Gröden 3:1. Damit haben die Rüsselsheimer das 4. aus dem Hinkampf weggewaschen. Den entscheidenden Punkt holte der deutsche Schwergewichtsmeister Arthur Schnabel gegen Heini Schäfer (München).

## Franen laufen 10 000 m

Manila (sid) - Die 10 000 Meter für Frauen werden ab 1985 offiziell in das internationale Leichtathletik-Programm aufgenommen. Das wurde auf dem Kongress des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF) in Manila/Philippinen beschlossen. Die 5000 Meter werden dagegen noch nicht an die Stelle des 3000-Meter-Laufes treten.

## Grosses 25. Weltrekord

Alice Springs (sid) - Weltrekord-Jubiläum für Hans-Werner Grosse (60): Über dem australischen Alice Springs stellte der Lübecker seine 25. Weltbestleistung im Segelfliegen auf. Grosse erreichte mit seiner ASW 22 bei einem Dreiecks-Flug über 507 Kilometer eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 153,76 km/h und überbot damit die alte Bestmarke des Stuttgarters Georg Eckle.

## Gegen Türken-Verbände

Frankfurt (dpa) - Gegen selbständige türkische Sportverbände mit einem autonomen Sportbetrieb in der Bundesrepublik sprachen sich die Teilnehmer der deutsch-türkischen Sportkonferenz aus, die auf Initiative des Deutschen Sportbundes (DSB) in Frankfurt stattfand. Vielmehr soll die Integration der in der Bundesrepublik lebenden Türken in den allgemeinen deutschen Sportbetrieb durch gemeinsame Maßnahmen vorangetrieben werden.

## Skelton Erster

London (sid) - Das fünfte Weltcup-Springen der Springerer endete in London mit einem britischen Sieg durch den 25-Jährigen Nick Skelton. Im zweiten Stechen blieb er auf St. James als einziger ohne Abwurf. Michael Riping (Tchechoslowakei), einziger deutscher Teilnehmer, kam mit Silberse nach einem Abwurf im Normalparcours gemeinsam mit sieben weiteren Konkurrenten auf den zwölften Platz.

## Junioren um Welttitel

Plantation (sid) - Deutschlands Tennis-Junioren stehen im Finale der offiziellen Mannschafts-Weltmeisterschaft um den Sunshine-Cup in Florida. Boris Becker (Heidelberg) gelang dabei beim 2:1 über die USA ein Sieg über Patrick McEnroe (6:3, 6:1), den Bruder von Wimbledon-Sieger John McEnroe.

## Gewichtheber-Weltrekord

Moskau (sid) - Alexander Guniashov (UdSSR) stellte beim Gewichtheber-Cup der UdSSR in Moskau mit 207,5 kg einen Weltrekord im Reißen der Klasse über 110 kg auf. Der 24-Jährige aus Super-Schwergewicht überbot die alte Bestmarke seines Landsmannes und Weltmeisters Anatol Pisarenko um 1,5 kg.

## Drei Bestleistungen

Inzell (dpa) - Bei Testrennen in Inzell gab es drei Bestleistungen für die Deutsche Eisschnelllauf-Gemeinschaft (DESG): Monika Holzner (Inzell) steigerte sich über 500 Meter auf 41,44 Sekunden, Uwe Streb (Landshut) verbesserte den 1500-m-Rekord auf 1:58,31 Minuten, und der 19-Jährige alte Münchner Hans-Jörg Baltes war über 10 000 Meter in 15:00,75 Minuten erfolgreich.

## Galopp: Vorentscheidung

Dortmund (kgb) - Eine Vorentscheidung fiel im Kampf um das Jockey-Championat: Lutz Mäder gewann am Samstag in Dortmund zwei Rennen und führt jetzt mit 90:37 Siegen vor Titelverteidiger Manfred Hofer. Es stehen nur noch zwei Renntage am 26. 12. in Mülheim/Ruhr und 31. 12. in Neuss auf dem Programm.

## EISKUNSTLAUF / Deutsche Meisterschaften in Unna - Bei den Herren gab es am Ende lediglich drei Verlierer

## Einzelkämpfer Schramm lacht nur noch für das Publikum

ERNST F. RAULF, Unna. „Live and let die“, diese Melodie aus dem James-Bond-Film setzte Norbert Schramm an den Anfang seiner Kürmusik, als er nach seinem mißglückten Saisonauftakt im November in Zagreb den Beginn seines Kürvortrags noch einmal überarbeitete.

„Live and let die“ - „Lebe und laß sterben“ - könnte aus Schramms Sicht auch das Motto über der Herren-Konkurrenz der 81. deutschen Meisterschaften im Eiskunstlauf gewesen sein. Als am Schluß abgerechnet wurde, stand er plötzlich wieder ganz oben, seine Kritiker waren erst einmal tot. Der Strahlemann aus Oberstdorf hatte ihnen eine Antwort auf seine Art gegeben.

„Live and let die“ - Norbert Schramm hatte auch die Titelhoffnungen seiner Konkurrenten auf dem Eis sterben lassen. Die von Heiko Fischer aus Stuttgart schon in der Pflicht, die von Rudi Cerne, dem klassischen Stilisten aus Warme-Bik, in den Kürvorträgen. Nur er selbst kam durch, auf einem schmalen Grat wandelnd: dem Sturz, dem eigenen K.o. sehr nahe, punktierte er seine sportlichen Rivalen aus. Als die anderen ihre Schwächen zeigten, nutzte er dies, die eigenen Schwächen überdunkelnd, eiskalt und holte sich den dritten Meistertitel, den die anderen beiden vor dem Wettbewerb schon zu besitzen glaubten.

Ohne Chance schlen Schramm im Vergleich zu seinen Rivalen zu sein, betrachtete man die Saisonvorbereitung in den letzten Monaten. War die

längst überfällige Mandeloperation im Juni noch eingeplant, so stoppte im September eine Aduktoren-Zerung den Küraufbau in einer wichtigen Phase. „Zu der Zeit stand ich vor der Entscheidung: Entweder operieren lassen, dann wäre die Saison für mich wahrscheinlich gelaufen gewesen. Oder es mit einer dreiwöchigen Pause zu versuchen. Es war ein Risiko, aber ich habe mich richtig entschieden“, sagte Schramm. Diese Erklärung stellt er gegen die Vorwürfe der Funktionäre. „Es ist ganz normal, daß ich nach vier Wochen Kürtraining in Zagreb noch keine Bäume ausreißen konnte, aber ich wollte dort starten, damit ich nicht ohne jeden Wettkampf zur deutschen Meisterschaft mußte.“

In Unna war der 23-Jährige Obergefreite der Bundeswehr kaum zu sehen. Von Schwester Claudia außerhalb der Eisfläche betreut und abgesehen, mied er jeden Kontakt mit der Öffentlichkeit. Selbst Berater Erich Zeller kannte nur die Telefonnummer, unter der er seinen Schützling erreichen konnte. Schramm: „Ich wollte mich nur auf den Wettkampf konzentrieren, um meine derzeit maximale Leistung zu bringen. Das war mir bei dieser Meisterschaft so unheimlich wichtig.“

Als Norbert Schramm in der Pflicht Gegenwende, Gegenreiter und Schlingensparagaph gelaufen war, sah die Welt für den Europameister freundlicher als erwartet aus. Pflichtspezialist Heiko Fischer hatte die letzte Figur verpatzt. „So etwas passiert alle Jahre einmal“, sagte sein

Trainer Karel Fajfr dazu. „Vielleicht war sein Vorsprung auch schon so groß, daß die ganze Konzentration weg war.“ Der erste Mitbewerber Schramms um den Titel war praktisch aus dem Rennen.

Der Mann, dem nun die Favoritenrolle zugeschoben wurde, dem zuletzt die dreifachen Sprünge gleichsam im Schlaf gelangen, stürzte bei der Kombination im Kurzprogramm: Rudi Cerne. Auch wenn die Zuschauer ihn feierten - die Chancen, Meister zu werden, waren für ihn gesunken. Noch froh darüber, bei der Kür als erster der Titelaspiranten auf das Eis

zu müssen („Wenn die anderen vorlegen, komme ich so leicht von der Rolle“), fällt der 25-Jährige Cerne praktisch selbst die Entscheidung.

„Das kann nicht wahr sein“, stöhnte Cerne Mannheimer Trainer Günter Zeller an der Bande, weil die Kür zu einer „mittleren Katastrophe“ wird. So formulierte es Cerne später selbst. Was von seinem Programm übrigblieb, war ein dreifacher Toe-loop und ein verwackelter Dreifach-Lutz. „Da bin ich im Frühjahr in Oberstdorf mit einer Leistenzerrung eine bessere Kür gelaufen als heute“, sagt Cerne, der nur Dritter wird.

Nun ist der Taktiker Schramm gefragt. Ein Kür-Platz vor Cerne reicht aus, dann könnte sich Fischer in der Luft zerreißen, er hätte trotzdem nicht den Hauch einer Chance gehabt. Der Europameister tat in seinem Programm dann auch nur, was notwendig war: Drei dreifache Sprünge, effektvolle Schrittkombinationen, schöne Pirouetten. Fischer gewann zwar die Kür, aber Schramm wurde Meister.

Eugen Romminger, der starke Mann im Verband, sieht sich in seinen Befürchtungen bestätigt: „Mit dieser Kür wird Schramm in Budapest mit Glück Sechster. Doch als ich im Sommer gewarnt habe, wurde ich ja sofort gesteinigt.“ Norbert Schramm kann an diesem Abend nur lachen. „Ich gehe meinen Weg weiter, denn ich glaube, daß er richtig ist. Und zur Europameisterschaft ist dann auch die notwendige Stabilität da.“

Das war einer der seltenen Augenblicke, in denen Schramm lachte. Schramm, so schreibt der Sport-Informationssdienst (sid), Düsseldorf, habe sich „wie eine Perle in ihre Muschel zurückgezogen. Die klappt er nur noch dann auf, wenn er für das Publikum und sich selbst - und niemanden sonst - in königlicher Pose auf das Eis läuft.“

Der Europameister kämpft einen einsamen Kampf. Ohne die Sympathie seines Verbandes, ohne das Vertrauen seines Bundestrainers Erich Zeller, gestützt allein auf seine Schwester Claudia, die vor Jahren selbst einmal zur Spitzenklasse

zählte. Und so kommt es denn auch zu solchen Urteilen über die Konkurrenz der Herren, die mit Spannung erwartet werden war. „Es gibt stahlende Sieger, und es gibt Sieger nach dem Reglement.“ Das sagt Eugen Romminger. Rudi Cerne zieht dieses Fazit: „Heute Abend gab es nur Verlierer.“ Schramm sei kein Sieger, weil ihm von fünf geplanten Dreifachsprüngen lediglich der Toe-loop hundertprozentig gelang. Titelverteidiger Fischer sei keiner, weil er trotz des Kürsieges nur Zweiter wurde. Und, so Cerne, „am allerwenigsten bin ich einer.“

Die Medaille bei den Olympischen Spielen in Sarajewo hängt für die Deutsche Eislauf-Union bei den Herren im Moment jedenfalls noch ein wenig zu hoch. Norbert Schramm, der als Künstler gilt, wenn er auf dem Eis ist, und dennoch schon oft genug bewiesen hat, daß er auch klappten kann, besitzt auf diesen Pessimismus wenigstens noch eine Antwort: „Ich werde meine Trainingsintensität steigern.“

Wer wie er denkt, wer das Motto „Traue niemandem außer dir selber“ zur Maxime seines Handelns macht, fühlt sich auch sehr oft allein gelassen. Und er ist auch für Kritik nicht so leicht aufnahmefähig. Schramm wird den Weg aus seiner Verleumdung finden müssen, um international weiter erfolgreich zu sein. Seine Stärke nämlich war es, daß er Fröhlichkeit und Heiterkeit nicht spielte. Er war fröhlich und heiter - das hat begeistert.

## HANDBALL / Überraschung beim Familientreffen in Gummersbach



Seit dem 29. September 1979 war der VfL Gummersbach, Mannschaft des Jahres 1983, in der eigenen Halle unbesiegt. 105:1 Punkte hatten die Gummersbacher aus diesen Spielen erreicht. Jetzt verloren sie gegen Großwallstadt. Da sank Kapitän Heiner Brand auf die Knie. Neben ihm ließ sich sein Freund Kurt Klühspieß jubelnd in die Höhe heben. In traditionellen Handball-Familientreffen hatte vor den Augen des Bundespräsidenten Carsten Hoffmann der VfL Gummersbach gegen die Mannschaft des VfL Gummersbach gespielt.

## Der Meister weinte über eigene Fehler

ULRICH DOST, Gummersbach. Es ist immer wieder eine Art von Familientreffen, wenn der VfL Gummersbach und der TV Großwallstadt, die beiden deutschen Rekordklubs, ihre Handballspiele gegeneinander austragen. Die einzige ungeklärte Frage bleibt dabei immer gleich: Wer jubelt, wer weint? Diesmal tollten die Großwallstädter in der Gummersbacher Sporthalle wie ausgelassene kleine Kinder und feierten den 18:17-Sieg. Die Gummersbacher sanken enttäuscht in sich zusammen, schlichen in die Kabine und heulten.

Die Personen sind austauschbar, die Handlung unterscheidet sich. Weil sie sich alle so gut kennen, gehen sie schon mal härter zur Sache, weil sie genau wissen, der andere wird schon verzeihen. Kurt Klühspieß und Heiner Brand bekämpfen sich wie die schlimmsten Feinde. Der eine versucht noch schlitzihriger zu sein als der andere. Mit gestenreicher Mimik versuchen sie, die Zuschauer hinter sich zu bringen, sie lachen sich an und aus. Hinterher aber gibt Kurt Klühspieß auf die Frau von Heiner Brand zu, strahlte sie an und küßte sie. Sie sind alle eng befreundet, nur dann nicht, wenn Handball gespielt wird.

Die Funktionäre und Trainer liegen sich ohnehin immer in den Haaren. Selbst wenn es keinen Grund gäbe, sie würden einen erfinden. Diesmal hatten sie sogar einen Anlaß, bei dem sie sich so richtig austoben konnten, und der, ob gewollt oder nicht, ihr Seelenleben und ihre ganze Empfindsamkeit offenlegte.

Acht Minuten waren noch zu spielen.

len. Gummersbach führte klar mit 18:12 und sah wie der sichere Sieger aus. Die Familientreffen drohte langweilig zu werden. Da aber stellten die Schiedsrichter (vollkommen berechtigt) zwei Gummersbacher (Dammann und Rosendahl) wegen Fouls vom Platz. Die einmalige Chance, den Spiel noch herumzudrehen, nutzten die Großwallstädter in Profimanier. „Wir gerieten in ein psychologisches Loch“, sagte Gummersbachs Trainer Herbert Wittchen später, „der Gegner kam in ein Loch.“ Aus dem Loch herauszukommen, sei nun sehr schwer gewesen, meinte der Trainer. Sein eigenes Tief verschwiegr er. Er wechselte bei der zahlenmäßigen Unterlegenheit von Spielern plötzlich den kranken Claus Fey (Mandeloperation, Grippe) ein, der bislang nur auf der Bank gesessen hatte. Feys erster Ballkontakt war direkt ein Fehlwurf, der zu einem Gegentor führte.

Großwallstadt kam letztlich zum 17:17-Ausgleich und trieb den Scherbenack mit den guten Verwandten noch weiter. Acht Sekunden vor Schluß unterlief Ulrich Gnau ein Wechselfehler. Klare Sache, dafür mußte ein Spieler zwei Minuten auf die Bank. Die Schiedsrichter aber hatten nichts bemerkt. Dafür aber Eugen Haas, der Gummersbacher Handball-Chef, der sofort für Wirbel sorgte. Im allgemeinen Chaos mußte dann der Spieler Milde die Strafe absitzen. Zümpelrich gingen sie da nicht miteinander um. „Was wollt ihr denn“, fragte Heiner Brand ironisch, „der Schiedsrichter hat euch doch schon fünf Tore geschenkt.“

Man brauche sich doch nur auf den Eugen Haas verlassen, meinte Großwallstadts Trainer Karl-Heinz Bergsträsser. Haas wisse doch ohnehin immer alles besser. Die Ironie auch in seinen Worten war unüberhörbar. Ausgerechnet dieser Ulrich Gnau wurde dann nämlich noch zum Held des Familientreffens. Er schnappte sich den Ball nach einem Fehlwurf von Heiner Brand und erzielte sogar den Siegtreffer.

Damit waren fürs erste die Fronten geklärt. Nach dieser Standortbestimmung ist klar, sagte Heiner Brand, „daß Großwallstadt mit fünf Punkten Vorsprung Meister wird. Wir können nur noch Zweiter werden.“ Die Gummersbacher gaben zu, daß sie an ihrer eigenen Unzulänglichkeit gescheitert waren. Brand: „So ein Spiel darf man nicht mehr verlieren.“ Torwart Andreas Thiel: „Das war eigene Dummheit. Wir waren hilflos und haben dem Gegner die Bälle zum Torwurf gereicht.“

Die Großwallstädter betrachteten ihre Gummersbacher Freunde von oben herab. „Wir verlieren zu Hause bestimmt nicht, nicht einen Punkt geben wir ab“, tönte ihr Trainer großspurig. Und außerdem: Er habe es gewußt, daß seine Mannschaft noch gewinnen würde.

Beide Mannschaften haben sich so richtig ausgetobt, aber keiner hat es persönlich genommen. Beim nächsten Mal ist es wieder so: Wer gewinnt, ist die Nummer eins in Deutschland. Aber streiten, zanken und Bier trinken werden sie immer, wenn sie sich treffen.

## SKISPORT / Sechs Wochen vor Olympia

## Platz sechs und sieben für Gattermann, Renoth

DW, Bonn. Sechs Wochen vor den Olympischen Spielen in Sarajewo herrschte am Wochenende in den Wintersport-Disziplinen Hochbetrieb. Die erste Meldung aus deutscher Sicht kam diesmal aus dem Lager der alpinen Skiläufer. Beim Abfahrtslauf in Gröden (Italien) landeten mit Klaus Gattermann (Bayrischer Eisstein) und Herbert Renoth (Berchtesgaden) gleich zwei DSV-Fahrer auf den Rängen sechs und sieben vor Olympiasieger Franz Klammer und qualifizierten sich damit für Sarajewo. Gefördert waren vom Verband auch zwei No-minierungen in den Punkterängen (beste 15). Cheftrainer Klaus Mayr: „Schon im Training haben sie bewiesen, daß sie gut genug sind, um solche Bedingungen einmal nutzen zu können.“

Skiläufer: Im DSV-Team wurde lange nicht mehr so über einen Erfolg gejubelt. Lediglich Sepp Ferstl konnte sich 1978 besser platzieren als Renoth und Gattermann, als er das Hahnenkamm-Rennen in Kitzbühl gewann. Der Schweizer Urs Rieber feierte seinen ersten Weltcup-Erfolg und verwies die Kanadier Todd Brooker und Steve Podborski auf die nächsten Plätze.

Vor einem Jahr gewann Klaus Gattermann an gleicher Stelle mit einem 15. Rang seinen ersten Weltcup-Punkt. Weil seine Leistungskurve dennoch nach unten zeigte, wollte er schon aufgeben. Erst der neue Trainer Klaus Mayr machte ihm wieder Mut. Gattermann: „Bei ihm macht es wieder Spaß.“ Er gab aber zu: „Mit diesem Rang habe ich nicht gerechnet. Wir hatten Probleme mit der richtigen Skiwahl. Bevor ich mit der Seilbahn hinauf fuhr, hatte ich drei Paar Ski zur Auswahl. Wir entschieden uns für das gleiche Paar, das ich schon im Training gefahren hatte.“

Ebenso wie Renoth benutzte Gattermann einen neuen Abfahrtskier einer deutschen Firma mit einem antistatischen Belag, der sich während der Fahrt nicht auflädt und dadurch schneller ist. Auch Herbert Renoth strahlte: „Ich war im Training bereits Siebter und wußte, der Ski geht gut.“

Mit ihren hohen Startnummern 37 und 35 lagen beide lange Zeit sogar noch einen Platz besser, ehe der Italiener Ivan Marola in seinem zweiten Weltcuprennen auf Rang fünf fuhr.

Nordische Kombination: Uwe Dotzauer („DDR“) und Kerry Lynch (USA) teilten sich nach einer Panne mit der Zeitnahme den Sieg bei der Weltcup-Premiere in Seefeld und bestätigten ihre Favoritenrolle für

Olympia. Als Siebter schaffte der Oberstdorfer Thomas Müller auf Anhieb den Sprung ins Olympia-Team. Auch Dirk Kramer (Willingen) als Zwölfter und Hermann Weinbuch (Berchtesgaden) als 15. holten Weltcup-Punkte. Mit einer weiteren Platzierung der beiden unter den besten 15 kann das Nominierungskriterium vorzeitig erfüllt werden.

Skilanglauf: Karin Jäger (Hirschhorn) als Weltcup-Fünfte, Jochen Behle (Willingen) als Vierter der Zwischenwertung und Stefan Dotzler (München) nach seinem elften Platz in Beit im Winkl können sich gezielt auf die Wettkämpfe am Berg Igman in Sarajewo vorbereiten. Auch die Herren-Staffel rehabilitierte sich in Ramsau ohne Behle für die Disqualifikation von Beit im Winkl und hielt in der Besetzung Dotzler, Franz Schöbel, Peter Zipfel und Georg Schneider auf Platz fünf die Staffeln, die nicht aus Skandinavien kommen, in Schach. Durch Gunde Svan (Schweden) über 30 km der Herren in Ramsau und Maria-Liisa Hämmäläinen (Finnland) über 10 km der Damen in Autrans gab es am Wochenende skandinavische Weltcup-Sieger.

Skispringen: Doppelmeister Andreas Bauer blieb in Lake Placid beim dritten Weltcupspringen erstmals ohne Punkte. Mit dem Jugoslawen Primoz Ulaga gab es nach Horst Buleu (Kanada) und Vegard Opaas (Norwegen) in Thunberg Bay bereits den dritten Sieger. Im Weltcup führt Weltmeister Matti Nykänen (Finnland). Andreas Bauer liegt derzeit auf dem neunten Rang. Bei der Versuchsanstaltung zum Jahreswechsel besteht für die übrigen Schützlinge von Bundestrainer Ewald Roscher die Möglichkeit, doch noch ins Olympia-Team zu kommen.

Biathlon: Nach seinem Sturz in Antholz kam Weltcup-Sieger Peter Angerer (Hannover) bei irregulären Bedingungen auch beim Alpencup in Hochfilzen nicht über einen 13. Rang hinaus. Der Österreicher Alfred Hög als Sieger war in Ziel sogar um zwei Minuten besser als Peter Angerer. Bundestrainer Jürgen Seifert aber sagt: „Es besteht kein Anlaß zur Panik. Wir wissen doch ganz genau, daß Peter Angerer in Form ist. Ihm fehlt derzeit einfach nur ein Erfolgserlebnis.“

Das Gefühl, nichts verliert zu haben, konnte der Weltcup-Sieger nur einen Tag später in der Staffeln erleben. Das deutsche Quartett mit Stefan Höck, Walter Pichler, Angerer und Fritz Fischer belegte nämlich zwischen zwei Teams aus der UdSSR den zweiten Platz.

## HAMBURGER SV

## „Krisensitzung“ - heute Erklärung

sid/dpa, Hamburg. Um 14.15 Uhr verließ gestern Felix Magath, Mannschaftsführer des Europapokalsiegers Hamburger SV, die Krisensitzung. Nach der fast drei Stunden langen Diskussion im Trainingslager in Ochsenzoll, bei der die beschuldigten Stürmer Wolfram Wuttke und Dieter Schatzschneider ausgespart waren, sprach Magath aber nur drei Sätze: „Die Sitzung war überaus sinnvoll. Wir haben absolute Stillschaltung vereinbart. Die Geschäftsstelle wird am Montag eine Erklärung herausgeben.“

Vorher hatte es von Magath und Vorstopper Dittmar noch deutlicher geklungen: „Beide sind nicht mehr tragbar. Schatzschneider und Wuttke sind die Hauptschuldigen der Krise. In dieser Form ist keine weitere Zusammenarbeit möglich. Mit ihnen zerstören wir unseren guten Ruf und unsere Arbeit.“ Danach erschien vor dem morgigen Rückspiel um den Supercup gegen Aberdeen trotz aller gegenteiliger Beteuerungen von Manager Günter Netzer fraglich, ob beide beim HSV noch das neue Jahr erleben werden.

Trainer Ernst Happel und Manager Günter Netzer empfanden die Initiative der Mannschaft als positiv und spielten im HSV-Restaurant Karten. Nur Präsident Wolfgang Klein fand kritische Worte: „Diesen Stil halte ich für schlecht. Hier setzen sich die Spieler zumindest dem Verdacht aus, von den eigenen Fehlern nur abzulenken. Zum anderen wurden Dinge, die in der Öffentlichkeit ausgetragen, die dort absolut nicht hingehören.“

Nach dem gemeinsamen Vortrags- und Wuttke grollend verzogen. Wuttke meinte: „Ich bin sehr deprimiert. Das schlägt sich auch auf die Stimmung in der Familie nieder. Ich lasse mich aber nicht zum Stündenbock abstemmen. Wer war denn zuletzt bei uns überhaupt gut?“

Auch Schatzschneider äußerte sich noch, bevor er verschwand: „So geht das nicht. Es ist ja nicht so, daß ich überhaupt nichts gebracht habe. Ich lasse mich davon nicht unterkriegen. Ich gebe nicht auf. Ich komme doch mit der Mehrheit der Mannschaft klar. Die nörgeln, das sind nur wenige.“ Gerade mangelnde Selbstkritik wird den beiden neuen Spielern auch vorgeworfen, doch die anderen HSV-Spieler greifen sich offenbar zu wenig an die eigene Nase.

Nach dem Stand der Dinge aber dürfte klar sein, daß die Profis die baldige Kündigung für ihre Kollegen Wuttke und Schatzschneider fordern werden.

## STANDPUNKT / Deutsches Hallentennis in neuer Form, aber ein nachdenklicher Trainer

An sich ist das Rezept für das Gelingen einer deutschen Hallentennismeisterschaft schrecklich einfach. Man nehme einen Ort, der große Tennis-Veranstaltungen nur vom Hörensagen kennt. Dazu eine Halle mit Raum für Zuschauer, einen Turnierrichter, der aus dem Meter kommt, und Sponsoren mit dem notwendigen Kleingeld. Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) war jahrelang nicht in der Lage, geeignete Ausrichter zu finden. Er wäre es auch heute noch nicht, wenn nicht der ehemalige Spieler-Sprecher der deutschen Herren, Peter Dinkels (31), vor Monaten auf die Idee gekommen wäre, „ein Turnier für die Spieler auszurichten“.

Der Jurist wollte beweisen, daß es auch heute noch zu schaffen ist, Meisterschaften zu veranstalten. A mit den fixen Kosten. Sponsoren und Eintrittsgelder sollen sie decken, um die Meisterschaften auch in Zukunft in Mainz ausrichten zu können. Die lokalen Funktionen jedenfalls stützten mit geschwelter Brust durch die Halle.

Mit rund 200 000 Mark veranschlagte Dinkels neben dem vom DTB bezahlten Preisgeld (52 000 Mark) die fixen Kosten. Sponsoren und Eintrittsgelder sollen sie decken, um die Meisterschaften auch in Zukunft in Mainz ausrichten zu können. Die lokalen Funktionen jedenfalls stützten mit geschwelter Brust durch die Halle.

Lediglich Nikki Pilic schlich als Coach der Kings-Cup-Mannschaft mit nachdenklichem Gesicht herum. Ursprünglich sollten die Titelkämpfe als Ausscheidung für das Team gelten. Doch nun steht Pilic mit fast leeren Händen da. Damir Keretic,

den er so häufig gestützt hat, trat wegen einer Turnierverletzung in Hawaii erst gar nicht an. Michael Westphal unterlag einem Unbekannten in der ersten Runde. Hans-Dieter Beutel verlor gegen Jelen. Böse ist er über Andreas Maurer, der wegen Verhandlungen mit der Industrie und „Überspielen“ eine Turnierpause einlegt.

Gerade hier drängt sich der Verdacht auf, daß Popp und Maurer einer erneuten Auseinandersetzung mit den in der Halle starken Beutel und Zipf aus dem Weg gehen wollen. So mußte er sich an den Leistungen von Karl Meiler (34) erfreuen, der allen jungen Spielern wieder einmal ihre Grenzen aufgezeigt hat.

Meiler, 1971 zum ersten Mal Hallenmeister, ist der klassische Beweis dafür, wie man mit Fleiß auch als Mitteldreißiger noch erfolgreich spielen kann. Geradezu ein Lehrbeispiel sind seine klaren, trockenen Schläge für die nachfolgende Generation, die versucht, mit möglichst viel Drill-Variationen zum Erfolg zu kommen. Pilics-Team jedoch besteht aus Westphal, Beutel, Keretic, Maurer, Popp und Jelen. Ab Anfang Januar wird in Essen trainiert und vor allem um den zweiten Einzelspieler neben Westphal gepokert. Der, so scheint es, wird am Ende Hans-Dieter Beutel sein.

Die Damen-Konkurrenz war ange-

sichts der Überlegenheit von Eva Pfaff (22) fast langweilig. Dazu kam das fast provozierend arrogant wirkende Auftreten der pummeligen alten und neuen Meisterin. Bei 20 Grad Hallentemperatur spülte sie ihr Pennum im Finale nämlich wie ihre Gegenrinder Helga Lütten in langen Trainingshosen herunter. Schon allein diese Tatsache ist neben der mangelnden Bewegungsfreiheit angesichts der zahlenden Zuschauer eine Frechheit. Schade, daß es die technisch perfekte Königsmeisterin immer noch nicht geschafft hat, ihre Popularität den immer größer werdenden Erfolgen anzupassen.

E.-J. FOHMANN



Publikum

MOTORSPORT

Winkelhock doch bei ATS

sid, Paris  
Der Brasilianer Nelson Piquet, der einen Brabham-BMW fährt, bleibt Formel-1-Weltmeister. Das ist das Resultat einer Pressekonferenz in Paris mit Jean-Marie Balestre, dem Präsidenten des Internationalen Automobil-Sportverbandes (FISA).  
Hintergrund der Gerüchte um eine Aberkennung des Titels war das von BMW benutzte Superbenzin, das nach einer Meldung der französischen Sportzeitung „L'Equipe“ eine zu hohe Oktanzahl gehabt haben soll. Balestre: „Nach unseren Informationen kann davon keine Rede sein. Drei offizielle Laboratorien in Frankreich, England und Südafrika haben das Benzin untersucht und keine Unregelmäßigkeiten festgestellt.“ Auch der französische Automobilkonzern Renault, auf dessen Wagen der Franzose Alain Prost Zweiter wurde, erwägt keine weiteren Schritte. Renault-Presseprescher Eric Bhat: „Ein Protest bringt nichts und schadet dem Autorennsport.“  
Geklärt ist nun auch die Zukunft des deutschen Formel-1-Rennfahrers Manfred Winkelhock aus Walldingen. Der 30-Jährige wird in der Saison 1984 bei der deutschen Rennstall ATS fahren. Das hatte ATS-Chef Günter Schmid auf einer Pressekonferenz in München bestätigt.  
Günter Schmid hatte die Entscheidung über seine Fahrerbesetzung zuletzt immer weiter hinausgezögert. Vor zehn Tagen saß sogar der Formel-2-Europameister Jonathan Palmer (England) zu Testzwecken in einem ATS. Winkelhock, der in der vergangenen Saison keinen WM-Punkt gewinnen konnte, sah seine Chancen sinken. Schmid begründete seine Entscheidung: „Ich habe mich wieder für ihn entschieden, weil er ein Jahr Turboerfahrung hat und weil uns BMW für ihn auch mehr technische Unterstützung zugesichert hat.“ Bei den Münchenern hat Manfred Winkelhock einen Werksvertrag.  
Noch ungewiss dagegen ist die weitere sportliche Entwicklung von Stefan Bellof. Arrows-Chef Jackie Oliver, dessen Wagen ab Mitte der kommenden Saison ebenfalls mit BMW-Motoren ausgerüstet werden, hat mit Stefan Bellof verhandelt, den auch BMW gerne in der Formel 1 sehen würde. Doch offenbar erwartet Oliver von den Münchenern ein größeres Entgegenkommen, bevor er den Güter unter Vertrag nimmt.

SCHACH / Ende des Halbfinals - Kortschnoi unterlag überraschend deutlich mit 4:7

„Schrecklicher Viktor“ selbst erschreckt

CLAUS GEISSMAR/DW, London

In der Nacht vor dem alles entscheidenden Spiel des Schach-Kandidatenturniers wurde Viktor Kortschnoi mitten auf der Tower Bridge in London von zwei Jugendlichen überfallen. Sie drehten ihm einen Arm um, entriß ihm das Handtäschchen mit Geld und Schweizer Paß. Kortschnoi, den die Kollegen den „schrecklichen Viktor“ nennen (oder nannten?), hätte es sehr einfach gehabt, sein elftes Spiel gegen Garri Kasparow verlegen zu lassen. Er tat es nicht, es hätte auch nicht viel genutzt.

Vielleicht ist es jetzt so: Der „schreckliche Viktor“ wird nur noch erschreckt, er ist kein Schrecken für andere mehr. Für Kasparow jedenfalls nicht. Der 30 Jahre jüngere, in Baku geborene Sowjetrusse gewann auch diese elfte Partie, schraubte den Gesamtstand auf 7:4 und steht jetzt im Kandidatenfinale gegen den schon 62 Jahre alten Landsmann Wassili Smyslow, der ebenfalls nicht alle zwölf angesetzten Partien auszuschießen brauchte, um den Ungarn Ribli (6,5:4,5) zu besiegen.

Zweifelloso, Kortschnoi hat zu früh resigniert (siehe Kommentar von Ludek Pachman). Das Bild im viktorianischen Ballsaal des alten Londoner Great Eastern Hotels war fast immer gleich: Garri Kasparow stützt seinen Kopf in beide Hände, sein Blick ist so fest auf das Schachbrett fixiert, daß man vermuten könnte, gleich werde er auch auf die Muskeln seiner Hände verzichtet und die Figuren mit psychogenetischer Energie bewegen. Kortschnoi betrachtet diese Szene fast immer in seinen Stuhl zurückgelehnt. Die Stirn über der Goldrand-

Brille ist in Falten gelegt, die Mundwinkel fallen nach unten.  
Ist dieser weltbekannte Schachdenker ein beleidigter Skeptiker geworden? Oder nur ganz einfach in seiner Ehre getroffen, weil hier ein 20-jähriger besser spielt?

Kortschnoi, so scheint es, fehlte der innere Antrieb in diesem Wettkampf. Er hat Auseinandersetzungen gegen sowjetische Spieler stets auch als Kampf gegen den Kommunismus aufgefaßt, der nach seinen Worten „auch vor dem Sport nicht haltmachen darf“. Deshalb waren seine Kämpfe gegen Weltmeister Anatoli Karpow so emotionsgeladen (von beiden Seiten), deshalb waren sie ihm Ansporn, letzte Kräfte zu mobilisieren.

Kasparow aber steht da schon etwas außerhalb. Als Kortschnoi 1976 die Sowjetunion verließ, ausgebür-

gert und boykottiert wurde, war Kasparow gerade erst 13 Jahre alt. Da spielte das junge Talent zwar schon Schach, konnte aber nicht an den Intrigen gegen den in Moskau verhafteten Dissidenten Kortschnoi verstrickt sein. Ist es das, was Kortschnois Energien erst gar nicht so recht geweckt hat? Ein Londoner Fernsehkommentator sagte, er sei darauf angewiesen, „daß das Adrenalin während des Spiels das Blut durch seine Adern pumpen muß“, um sich richtig entfalten zu können.

Zu wenig Adrenalin im Blut? Die friedliche Atmosphäre war ein Nachteil für Kortschnoi. Als Verlierer erhält er jetzt noch einmal ungerechnet etwa 40 000 Mark (Kasparow das Doppelte). Es scheint, als sollte das vorläufig der letzte Zahlung gewesen sein, bei dem er soviel auf einmal kassiert.

Kasparow aber steht da schon etwas außerhalb. Als Kortschnoi 1976 die Sowjetunion verließ, ausgebür-

gert und boykottiert wurde, war Kasparow gerade erst 13 Jahre alt. Da spielte das junge Talent zwar schon Schach, konnte aber nicht an den Intrigen gegen den in Moskau verhafteten Dissidenten Kortschnoi verstrickt sein. Ist es das, was Kortschnois Energien erst gar nicht so recht geweckt hat? Ein Londoner Fernsehkommentator sagte, er sei darauf angewiesen, „daß das Adrenalin während des Spiels das Blut durch seine Adern pumpen muß“, um sich richtig entfalten zu können.

Zu wenig Adrenalin im Blut? Die friedliche Atmosphäre war ein Nachteil für Kortschnoi. Als Verlierer erhält er jetzt noch einmal ungerechnet etwa 40 000 Mark (Kasparow das Doppelte). Es scheint, als sollte das vorläufig der letzte Zahlung gewesen sein, bei dem er soviel auf einmal kassiert.

Keine Nerven, keine Konzentration . . .

Mit der elften Partie des Wettkampfes gegen Garri Kasparow endet mit großer Wahrscheinlichkeit der Kampf von Viktor Kortschnoi um die Weltmeisterschaft. Dreimal schiederte er am amtierenden Weltmeister Karpow. Dismal unterlag er - nach dem erfolgreichen Anfang unerwartet glatt - dem kraftvoll aufstrebenden Kasparow.

Gerade der Wettkampf von London zeigte deutlich, daß Kortschnois Schwächen weniger im Bereich der Schachstrategie und Taktik, sondern vielmehr im Bereich der Psychologie liegen. Ähnlich wie der deutsche Spitzenreiter Robert Hübner läßt auch er sich zu leicht aus der Fassung bringen.

Diesmal wurde - sicherlich zur Erleichterung der Schachwelt - in einer normalen sportlichen Atmosphäre gespielt, von Parapsychologen und Gurus war nichts zu sehen. Es gab keine der sonst schon üblichen persönlichen Empfindlichkeiten. Trotzdem genügte eine einzige Partie (die sechste), um Kortschnois Nerven zu zerstören. Da verspielte er auf schier unglaubliche Weise seine Vorteile. Von da an verlor der Wettkampf - um einen Ausdruck aus dem Fußball zu benutzen - wie ein Spiel auf ein Tor. Wenn ich zum Beispiel die Notation der neunten Partie erhalten hätte, ohne die Namen der Spieler zu

kennen, würde ich nie glauben, daß da Kortschnoi, einer der stärksten Großmeister der Welt, mit den schwarzen Steinen spielte.

Seit Jahren fehlt Kortschnoi die totale Konzentration, die bei Kämpfen um die Weltmeisterschaft unabdingbar ist. Leider fand er - ähnlich wie viele Russen, die im Exil leben müssen - in seiner neuen Heimat kein seelisches Gleichgewicht.

Nun verliert der weitere Kampf um den Welttitel zwar jene Spannung, die ihm nur eine Auseinandersetzung verschiedener Nationen oder auch verschiedener gesellschaftlicher Systeme gibt. Aber für Fachleute wird der jetzt wohl folgende Kampf von Kasparow und Karpow ein spannendes Duell verschiedener Strategien und auch ganz verschiedener Menschen sein. Ähnlich wie 1977 beim Wettkampf zwischen Aljechin und Capablanca kommt es auch diesmal zum Kampf zwischen schöpferischer Phantasie und perfekter Technik.

Gegen Kortschnoi brauchte Kasparow seine taktische Begabung gar nicht zu zeigen. Besser gesagt: Er wollte sie gar nicht zeigen. Er schlüpfte in die Rolle von Karpow und nahm seinen nüchtern-sicheren Stil an - eine gerade gegen Kortschnoi psychologisch tiefdurchdachte Taktik, die sich voll bewährte. Sein Trainer (N. W. Grogus) gilt nicht um-

sonst als Spezialist für die Probleme der Schachpsychologie. Gegen Karpow hat Kasparow nur dann eine Chance, wenn er in seinem Stil wieder er selbst wird, wenn er alles riskiert und seinem Gegner schwere taktische Probleme schafft. In komplizierten Stellungen orientiert sich Karpow nicht immer gut. Man kann schon die Vorhersage wagen, daß Karpows Titel im nächsten Jahr ernsthaft gefährdet ist.

Selbstverständlich darf nicht vergessen werden, daß auf Kasparows Weg zum Titelkampf noch ein Hindernis liegt. Zwar mag man dazu neigen, dem im nächsten Jahr schon 63 Jahre alten Großmeister Wassili Smyslow (bereits vor 27 Jahren war er Weltmeister) wenig Chancen zu geben. Immerhin hat er aber in diesem Kandidatenturnier Robert Hübner mit einer bemerkenswerten Zermürbungstaktik ausgeschaltet und nun in London seinen 30 Jahre jüngeren Gegner Zoltan Ribli (Ungarn) mit einer recht schöpferischen Leistung glatt besiegt.

Es bleiben also nur drei Vertreter eines Landes im Rennen, aber sie sind gleichzeitig würdige Vertreter drei verschiedener Generationen und drei unterschiedlicher strategischer Konzeptionen. Deshalb bleibt das Rennen spannend . . .

LUDEK PACHMAN

Notation der elften und letzten Partie

Die zwölfte Partie zwischen Kortschnoi und Kasparow wird nicht mehr gespielt. Hier die Notation der vierten Niederlage Kortschnois (Weiß Kasparow, Benoit-System):

1.d4 Sf6, 2.c4 e5, 3.g3 e5, 4.d5 exd5, 5.e4c5 f5, 6.f2 d6, 7.b4! Sf6, 8.bxc5 Sxc5, 9.Sd3 g5, 10.0-0 Lg7, 11.Sd4 0-0, 12.Sc3 a6, 13.Sc6 Dc7, 14.Lc3 Lb7, 15.Ld4 Tf8, 16.a4 bxa4, 17.Lxc5 dxc5, 18.Dxa4 Sd7, 19.Db3 Lxd3, 20.dxc6 Sb6, 21.Tab1 Tab8, 22.Da4 c4, 23.Tc1 Lxc3, 24.Dxc3 Txc2, 25.Dd4 a5, 26.Tb5 a4, 27.Lc3 Tc8, 28.Dc5? Dc7, 29.Tc7 Dxc5, 30.Txc5 Tbc8, 31.Lb7 Sd7, 32.T5xc4 aufgegeben.

Kortschnoi hat mit seinem 5. Zug (b5) ein fragwürdiges Manöver versucht. Kasparows 7. Zug bedeutet eine Neuerung. Danach versuchte Kortschnoi zu verhindern, daß der weiße Springer über d4 nach c5 eindringt, und geriet in taktische Schwierigkeiten, die ihn viel Zeit kosteten. Als er aufgab, hatte er für die restlichen acht Züge nur noch knapp 60 Sekunden Bedenkzeit in einer Stellung, die da schon als für ihn verloren gewertet werden muß.

Wassili Smyslow hatte klare Vorteile, als ihm Ribli in der letzten Partie nach dem 38. Zug ein Remis anbot. Smyslow nahm mit den Worten an: „Das reicht. Ich brauche keinen ganzen Punkt zum Sieg.“

FUSSBALL

DDR-Oberliga, 13. Spieltag: Jena-Schiff 3:0, Magdeburg - Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) 1:1, Union Berlin - Leipzig 4:2, Dresden - Frankfurt 2:1, Halle - Riesa 3:5, Lok Leipzig - Dynamo Berlin 0:4, Aue - Rostock 3:1, Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 36:17/18 P., 2. Magdeburg 30:14/18 P., 3. Dresden 26:13/18 P.

Erste englische Division: Arsenal - Watford 3:1, Aston - Ipswich 4:0, Liverpool - Nottingham 3:0, Norwich - Coventry 0:1, Nottingham - West Ham 3:0, Queens Park - Everton 2:0, Southampton - Birmingham 1:1, Wolverhampton - Stoke 0:0, Manchester United - Tottenham 4:2 - Tabellenspitze: 1. Liverpool 37 Punkte, 2. Manchester United 30, 3. West Ham 33.

Fremdschachspiele: Saarbrücken - Bayern München 1:1, Schalke - Bayern München 2:3, Homburg - Kaiserslautern 1:4.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 12. und letzter Spieltag: Bayern - Hagen 78:68, Chemnitz - Leverkusen 72:70, Wolfenbüttel - Osnabrück 94:78, Köln - Gießen 114:76, Göttingen - Heidelberg 74:70 - Bundesliga, Damen, 12. Spieltag: Köln - Porz/Rhein 78:35, Düsseldorf - München 95:58, Leizem - Leverkusen 53:65, Marburg - Nürnberg 81:49.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 12. Spieltag: Rosen - Schwabing 20:19, Gimmelsbach - Großwallstadt 17:18, Lemgo - Holteier 23:21, Göttingen - Nürnberg 23:19, Hüttenberg - Günzburg 32:21.

HOCKEY

Bundesliga, Halle, Herren, Gruppe Nord, 5. Spieltag: Braunschweig - Hannover 5:5, Leverkusen - SW Köln 7:7, Gladbach - RW Köln 8:11, Celle - Berlin 6:10 - Gruppe Süd, 6. Spieltag: Mülheim - Heidelberg 11:11, Frankfurt - Dürkheim 14:8, Rüsselsheim - Stuttgart 7:7 - Bundesliga, Damen, Gruppe Nord, 5. Spieltag: Braunschweig - Hamburg 15:7, vorzeitigem Spiel vom 8. Spieltag: Rastatt - BW Köln 2:2.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 11. Spieltag: Paderborn - Leverkusen 3:0, Hamburg - Nordstedt 3:1, SSF Bonn - Gießen 3:2 - Bundesliga, Damen, 10. Spieltag: Feuerbach - Berlin 3:0, Augsburg - Godesberg 3:1 - Nachholspiel vom 8. Spieltag: Lobos - Münster 3:1.

EISKUNSTLAUF

Deutsche Meisterschaften in Umu, Endstand Paarlauf: 1. Kassari/Azzola (Riessee/Stuttgart) 14 Punkte, 2. Becher/Frenzel (München) 32, 3. Kuss/Fischbeck (München) 34, Endstand Damen: 1. Ruben (München) 40 Punkte, 2. Tsch (Stuttgart) 54, 3. Gohbers (Düsseldorf) 74, 4. Bort (München) 122, 5. Wolf (Berlin) 132, 6. Bohring (Mannheim) 152 - Eistanz, Endstand: 1. Born/Schönborn (Witzburg) 20, 2. Becher/Becher (Konstanz) 40, 3. Kutter/Heydenreich (München) 54, 4. Keri/Keri (München) 62, 5. Kwiwet/Kwiwet (Zweibrücken) 64, 6. Salenz/Lucas (Essen/Hamburg) 120.

Endstand, Herren: 1. Schramm (Oberstdorf) 30, 2. Fischer (Stuttgart) 34, 3. Cerne (Wanne-Eickel) 48, 4. Ebmann (Stuttgart) 60, 5. Zaner (Wien) 118, 6. Wieser (München) 128.

SKI ALPIN

2. Weltcup-Rennen der Damen in Planavallo/Italien: 1. Steiner (Österreich) 1:34,05, 2. Al. Talica (Polen) 1:34,33, 3. Quario (Italien) 1:34,72, 4. Hess (Schweiz) 1:35,57, 5. Pelen (Frankreich) 1:35,53, 6. McKinney (USA) 1:35,69, 7. M. Eppler 1:37,38, 8. S. Stotz 1:38,97, 9. A. B. Stotz 1:41,26, 10. Gersch 1:41,98, 11. K. Stotz 1:41,99, 12. S. Halmayr 1:42,88, 13. H. Hurler (alle Deutschland). Weltcupabfahrt der Herren im Großglockner: 1. Robert Schwaiger 1:58,80, 2. Brooker (Kanada) 1:57,41, 3. Podborski (Kanada) 1:57,79, 4. Houtner (Schweiz) 1:58,11, 5. Morzola (Italien) 1:58,16, 6. Gattermann 1:58,39, 7. Henrich (beide Deutschland) 1:58,43, 8. Klammer (Österreich) 1:58,52.

NORDISCHE KOMBINATION

Weltcup in Seefeld/Tirol: 1. Sulzenbacher (Österreich) 232,0 Punkte (83,5+83,5+86), 2. Andersen (Norwegen) 213,1 (83,5+83,5+86), 3. Schwaiger (DDR) 212,6 (83,5+84,5+84,5), 4. Houtner 208,8 (80+82,5+84), 5. Müller 208,8 (81+83,5+84,5) beide 94,6 zur 10. Disziplin, 207,5 (80+80+84,5) 154,0 zur 11. Disziplin, 200,4 (78+79+82,5) 150,6 zur 12. Disziplin, 199,6 (81+79+78,5) 182,6 zur 13. Disziplin, 193,4 (78+79+78,5) (alle Deutschland) 117,3 zur 14. Disziplin.

SKI NORDISCH

Weltcup, 16 km-Langlauf der Damen in Auland/Finland: 1. Hämäläinen (Finland) 31:39,2, 2. Pasariova (CSSR) 31:42,1, 3. Juhonen (Norwegen) 31:44,4, 4. Pauli (CSSR) 32:01,2, 5. Aunla 32:07,4, 6. Nybraten (beide Norwegen) 32:14,6, 7. Jäger (Deutschland) 32:22, 8. Stand im Weltcup nach zwei Rennen: 1. Pasariova 44 Punkte, 2. Hämäläinen 41, 3. Jervola 40, 4. Pauli 31, 5. Jäger 25.

Staffel-Weltcup in Ramsau/Österreich: 4 x 10 km, Herren: 1. Finnland 2:06:37,5 Std., 2. Norwegen 2:01:14,9, 3. Schweden 2:01:49, 4. Norwegen 1:59:49,4, 5. Deutschland (Dotzler) 2:01:49,4, 6. Schöbel 30:04,2, P. Zippel 31:03,8, 7. Houtner 32:19,4, 8. Stand im Weltcup: 1. Finnland 29, 2. Schweden 20, 3. Norwegen 16, 4. Deutschland 14.

EISHOCKEY

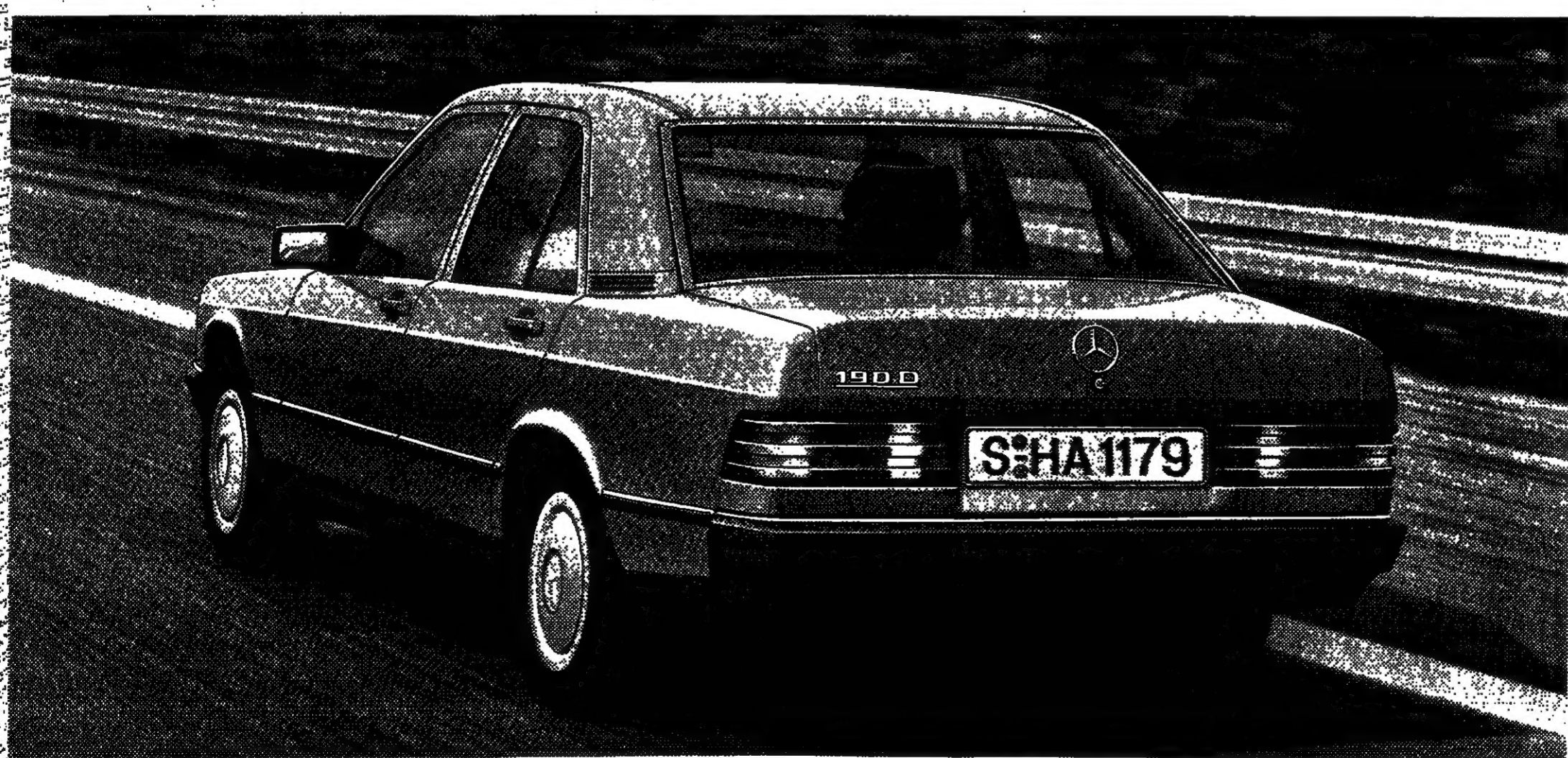
Investition-Turnier in Moskau, zweiter Spieltag: Schweden - Kanada 3:2, UdSSR - Finnland 11:3.

TENNIS

17. Deutsche Hallen-Meisterschaften in Mainz: Einzel, Finale: Flatz (Köln) gegen Lüttgen (Hamburg) 6:2, 6:2.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 7, 8, 11, 15, 36, Zusatzzahl: 25. Spiel 77: 9 5 7 6 8 0 - Glücksspirale: 1. 17, 634, 6037, 40 894, 459 529, 9 813 993, 2. Primärziehung, Endziffer: 414 006, 729 585, 615 700 - Schlussziehung, Endziffer: 465 898, 222 499, 834 454. (Ohne Gewähr)



Mercedes 190D. Ein Diesel, den es noch nicht gab.

Erstens ein Mercedes.  
Zweitens der wirtschaftlichste, den wir je gebaut haben.

Mit dem 190 D erleben Sie den neuesten Beweis dafür, was einen Mercedes von einem anderen Automobil unterscheidet. Und einen Mercedes-Diesel von einem anderen Diesel.

Der 190 D ist der einzige Serien-Pkw der Welt mit vollständiger Kapselung von Motor und Getriebe. Damit ist er leiser als andere Diesel und viele Benziner. „Nur noch der geübte Zuhörer vermag sofort den 190 D von einem normalen 190 zu unterscheiden“, schreibt die Süddeutsche Zeitung (Nr. 237/83).

Das Triebwerk ist von Grund auf neu entwickelt: Der 4-Zylinder-Vorkammermotor mit seiner unübertroffenen Reihen-Einspritzpumpe bringt 53 kW/72 PS auf die Straße - bei nur 1.110 kg Fahrzeuggewicht gut für 160 km/h.

Er besitzt durch eine Vielzahl technischer Innovationen: vom

wartungsfreien Einriementrieb der Nebenaggregate bis zur thermodynamisch gesteuerten Kraftstoffvorwärmung.

Die Abgaswerte sind derart günstig, wie sie bei Benzinmotoren nur durch Katalysator und bleifreien Kraftstoff erzielt werden könnten.

Das einzigartige Fahrwerk des 190 D - mit Dämpferbein-Vorderachse und Raumlager-Hinterachse - hat seine Bewährungsprobe mit Bravour bestanden. Es ist im Prinzip das gleiche, mit dem der Mercedes 190 E 2.3-16 seine Weltrekordfahrt über 50.000 km\* absolvierte.

Die Technik des neuen 190 D wird für viele Fahrer ein faszinierender Grund sein, erstmals einen Mercedes zu fahren. Sein Fahrtemperament und Fahrkomfort, seine aktive und passive Sicherheit sind größer als die mancher größerer Limousinen. Aber es ist nicht die technische

Innovation allein, die einen Mercedes von anderen Automobilen unterscheidet.

Der Mehrwert eines Mercedes. Das Minimum an Verbrauch.

Der Verbrauch ist nur ein Teil der Gesamtwirtschaftlichkeit des 190 D. Aber ein besonders spektakulärer. Er ist niedriger als der mancher Kleinwagen:

Stadtkyklus 7,5 l (7,5 l) bei 120 km/h 6,9 l (6,6 l) bei 90 km/h 5,3 l (5,0 l).

(Werte nach DIN 70 030, in Klammern mit dem auf Wunsch lieferbaren 5-Gang-Getriebe.)

Wirtschaftlichkeit mit Mercedes-Niveau.

Ein in der Anschaffung zunächst billigeres Fahrzeug kann mit der Zeit ganz schön teuer werden. Denn entscheidend ist letztendlich seine Gesamtwirtschaftlichkeit - und damit die Frage: Was kostet Ihr Wagen im Alltag? Wie hoch ist der Wartungsaufwand? Wie oft sind Reparaturen fällig, und wie teuer kommen sie? Wie steht es mit der Funktionszuverlässigkeit? Wie hoch ist der Wiederverkaufswert?

Es ist diese umfassende Wirtschaftlichkeit, die den 190 D zum kostengünstigsten Angebot macht.

\* vorbehaltlich der Anerkennung durch die FIA.

☐ Ja, ich bin an einer Probefahrt interessiert. Ich erwarte den Terminvorschlag einer Mercedes-Niederlassung oder -Vertretung in meiner Nähe.

☐ Senden Sie mir vorab Informationsmaterial über den 190 D.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

Telefon-Nr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Senden Sie diesen Coupon an:  
Daimler-Benz AG, Abteilung VOI/VP-F, Postf. 202,  
7000 Stuttgart 60.



Mercedes-Benz  
Ihr guter Stern auf allen Straßen.



## Sinkt Europa zur „Kolonie“ in Mikroelektronik ab?

Fortsetzung von Seite 1

Freude vernehmen - wen? nicht aus dem amerikanisch-japanischen Vorsprung für das ebenfalls wirt. zurückliegende Europa die akute Gefahr „mikroelektronischer Neokolonialisierung“ (Griffith) entsteht. Sie kann, wie zu hören war, indirekte Folgen haben, die weit über den Bereich der Industrie hinausreichen und beispielsweise zur Verlagerung von „vererbten“ Finanzplätzen oder zentralen Institutionen führen, wie dem Sitz von UNO-Behörden, GATT, OECD in Genf, Wien und Paris, Weltbank in London, Internationalen Zollarzt in Brüssel und ähnlichem.

Bereits in den vergangenen 20 Jahren war das wirtschaftliche Wachstum des pazifischen Raums - so konnte einem EG-Papier entnommen werden - doppelt so schnell wie der Weltdurchschnitt. Allein der Anteil Japans am Welt-Bruttosozialprodukt stieg von nur drei Prozent im Jahre 1969 auf rund elf Prozent in diesem Jahr. Im ersten Halbjahr 1983 gingen nur elf Prozent der Weltwirtschaftsaufträge in die EG, dagegen 18 Prozent an Korea und 48 Prozent an Japan.

Diese Zahlen ließen sich beliebig erweitern. Sie kulminieren allesamt in der nüchternen Tatsache: Europa kommt mit den Amerikanern und Asiaten, vor allem den Japanern, einfach nicht mehr mit. Was kann man dagegen tun? Ein Diskussionssteilnehmer im Bonner Königshof gab darauf die resignierte Antwort: Abschied! „Wir können doch nicht unser ganzes Gesellschaftssystem ändern, die Löhne senken und die Sozialleistungen abbauen, um die Konkurrenz zu bestehen“, meinte er. „Statt dessen sollten wir uns auf den europäischen Binnenmarkt werfen, uns abschotten und andere Staaten zur Respektierung unseres Preissystems veranlassen.“ Mit anderen Worten: Rettung durch Protektionismus.

### Rettung Europas durch Protektionismus?

Daß dies für ein Exportland wie die Bundesrepublik nicht geht, daß Europa nur offene Märkte am Leben erhalten, machte ein Bonner Fachbeurteiler klar. Aber damit war noch nicht viel gewonnen. Denn die Bundesrepublik Deutschland hat ja schon seit jeher für den Freihandel gefochten und ist dennoch gemeinsam mit ihren EG-Partnern in die Rolle eines technologischen Fußkranken zurückgefallen. So spürten die Debatanten des Bonner Kolloquiums bald, daß hier nur konsequentes und grundlegendes Umdenken weiterhelfen kann.

Ein von dem Brüsseler EG-Experten Eberhard Rhein formuliertes Diskussionspapier lieferte dafür klar formulierte Thesen: Zunächst einmal muß unser Kontinent weg vom über-

holten Euro-Zentrismus. Die Welt kommt nicht zu den Europäern, um ihnen zu helfen, sondern die Europäer müssen zur Welt gehen, um dort zu lernen. Das bedeutet Präsenz in Japan und Kalifornien. „Wer an der Spitze des technischen Fortschritts bleiben will, muß ihn aus nächster Nähe mitvollziehen oder wenigstens beobachten.“

Aber: Es gibt in der Bundesrepublik nicht einmal zehn Menschen mit wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung, die Japanisch lesen können. Das führt zur Frage der mangelhaften Ausbildung, zur Technologiefähigkeit oder zumindest -fremdheit an deutschen Schulen und Hochschulen und damit zu der von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vor einigen Tagen in exakter Kenntnis der Fakten erhobenen Forderung nach Elite-Universitäten.

### Die Rentner-Mentalität muß überwunden werden

Hinter der Ausbildung steht die Mentalität: Europas Gesellschaft muß die Phase der Resignation und Kleinmütigkeit, der bürgerlichen Rentner-Mentalität überwinden, ebenso wie den Geist des Klassenkampfes. Ohne mehr Mut zur eigenen Zukunft, ohne mehr Selbstvertrauen, ohne ein positiveres Verhältnis zur Technik wird Europa der pazifischen Herausforderung nicht gewachsen sein. So Eberhard Rhein. Nicht viel anders hatte es Helmut Kohl formuliert, als er sich Anfang November in Japan einer jeder Maschinenstürme abholden Befragung der Technik gegenüber sah. „Europäische Arbeitnehmer haben zu lange geglaubt (und tun es teils noch), in Alices Wunderland zu leben, wo man für immer weniger Arbeit immer mehr Lohn bekommt, den gleichen Arbeitsplatz am gleichen Ort mit der gleichen Fertigungstechnik 30 Jahre lang behalten kann.“ Dagegen konnte auf dem Kolloquium niemand ernsthaft argumentieren.

Die Schlußfolgerungen des EG-Berates: Europas Antwort muß europäisch sein. Notwendig sind weltweite europäische Vertriebssysteme, durchdringbare Großserienproduktionen, Ausrichtung auf den Weltmarkt und nicht auf Regionalmärkte, unternehmerischer Wagemut und aggressive Strategien, ein kooperatives Verhältnis zu den Arbeitnehmern, rasche und flexible Reaktionen auf neue Technologien, eine vorausschauende Strukturpolitik.

Dies alles klang für manche Zuhörer, der die gespenstischen Diskussionen in der deutschen Metallindustrie über die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich oder die Aussteiger-Parolen junger Leute im Ohr hatte, fast wie Science-fiction. Tatsächlich aber - daran kann nach diesem Kolloquium kein Zweifel bestehen - geht es für Europa um die schlichte Frage, ob es sich künftig mit dem niederen Leben einer wirtschaftlich-technologischen Kolonie abfinden will.

## Biedenkopf geht auf Distanz zu Dregger

Die CDU-Politiker Kurt Biedenkopf hält trotz Kritik aus der eigenen Partei an seiner These fest, daß die nukleare Abschreckung als „politische Grenzsicherung“ gesehen werden müsse. In einem „Spiegel“-Gespräch formulierte Biedenkopf: „Aus der Notwendigkeit, die nukleare Grenzsicherung zu überwinden, ergibt sich die Verpflichtung, nach Formen der Friedenssicherung zu suchen, die ohne nukleare Abschreckung auskommen. In dieser Pflicht sehe ich mich auch ganz persönlich.“

Der westfälische CDU-Vorsitzende bezog sich ausdrücklich auf die Berliner Erklärung der CDU vom Mai 1982. Darin heißt es: „Wir werden auf absehbare Zeit mit der nuklearen Grenzsicherung leben müssen. Sie verpflichtet uns, mit aller Kraft nach einer durchsetzbaren politischen Friedensordnung zu suchen, die die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung nach und nach ersetzen könnte.“

Biedenkopf ging auf Distanz zur Erklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger im Bundestag, die „sogenannte Friedensbewegung“ sei „objektiv eine Unterwerfungsbewegung“. Die außerordentlich schwierige Diskussion über die Bewältigung der nuklearen Grenzsicherung, warnte Biedenkopf, dürfe nicht mit „solchen Vereinfachungen“ geführt werden. „Aber ich glaube nicht, daß Alfred Dregger die katholische und die evangelische Kirche Deutschlands als eine Unterwerfungsbewegung bezeichnen wollte. Gerade von ihnen werden uns jedoch unbequeme Fragen gestellt“, fügte der westfälische CDU-Chef hinzu. Für Biedenkopf ist klar: Der Bundestagsbeschluss über die Nachrüstung bedeutet nicht „Schluß der Debatte“.

### Moskauer Rüge für Afghanistan-Truppe

AFF, Moskau

Die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ (Roter Stern) hat die in Afghanistan eingesetzten Sowjetsoldaten zu Disziplin auferlegen und ermahnt, ihre „internationalistische Pflicht“ zu erfüllen. Das Blatt schrieb in einer aus Kabul datierten Meldung, die Disziplin unter den Soldaten der in Afghanistan stationierten Einheit „N“ habe sich in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr „verbessert“.

„Krasnaja Swesda“ meinte, die sowjetischen Soldaten hätten es in Afghanistan mit einem „geschickten und hinterhältigen Feind“ zu tun. Deshalb müßten sie sich „in höchstem Maß“ mit der Technik des Gegners vertraut machen. Die Armeezeitung erklärte ferner, daß die Rote Armee Propagandaeinheiten in afghanische Dörfer mit dem Auftrag entsende, „konterrevolutionäre“ Rundfunksendungen und Veröffentlichungen der gegen das Karmal-Regime und gegen die sowjetischen Interventionstruppen kämpfenden afghanischen Widerstandskämpfer entgegenzuwirken.

## SED warnt Jugend vor „Egoismus“

Auch mit dem sozialistischen Wehrwillen ist der Partei-Ideologe Hager unzufrieden

hkt, Berlin

Die SED-Führung sorgt sich über Erscheinungen wie „kleinbürgerliche Mentalität, Egoismus, Leben auf Kosten anderer, Hagier und Asozialität“ im Land. Sie dürften „nicht hingenommen“ werden, forderte der SED-Chefideologe Kurt Hager jetzt auf der zu Ende gegangenen „Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz“ aller Mitglieder des SED-Zentralkomitees. Vor allem die Jugend müsse eine wirksamere „moralische Erziehung“ erhalten, mehr „sozialistische Wertvorstellungen“ vermittelt bekommen. Hager berührte damit Themen, wie sie die evangelischen Kirchen in der „DDR“, häufig zum Mißfallen der Partei, seit Jahren kritisch behandeln und aufarbeiten.

Neben seiner Propagierung der „sozialistischen deutschen Nation“ in Gestalt der „DDR“ widmete sich der 71jährige Hager intensiv auch dem Thema der „sozialistischen Lebensweise“. Dabei spricht er Erscheinungen an, die offenbar die SED-Führung immer häufiger irritieren. So vermerkt Hager kritisch, daß in der „DDR“ „noch längst nicht alle sozialen und kulturellen Folgen der jahrhundertlangen Herrschaft des Privateigentums der Ideologie und Kultur der Arbeiterklasse und der kleinbürgerlichen Mentalität und Psychologie überwunden sind“. Die Überwindung „dieser und anderer Erscheinungen - die auch heute noch einen Nährboden finden in überhöhten Ansprüchen oder egoistischen Gefühlsgeboten“ - erfordere einen „langen Zeitraum“.

Hager forderte deshalb „notwendige Wandlungen im Kulturleben, in der Weltanschauung und Moral der Menschen“. Notwendig sei auch eine „ständige und offene Auseinandersetzung mit gesellschaftsschädigenden Verhalten und egoistischer Lebensführung“. Was die Kirchen einfach mit „Rückkehr zum einfachen Leben“ und „Abkehr vom An-

spruchsdenken“ bezeichnen, nannte Hager in seiner nur vierstündigen Rede („Neues Deutschland“) brachte nur ausgewählte Ausszüge die „wirkungsvollere Erziehung zu bewusster persönlicher Lebensführung“.

Jungen und Mädchen sollten beispielsweise stärker als bisher „zur Erfüllung gesellschaftlicher und häuslicher Pflichten“ herangezogen werden. Dabei ließ Hager Unzufriedenheit mit den „DDR“-Lehrern durchblicken: „Hier hat die pädagogische Wissenschaft ein weites Betätigungsfeld.“

Nachdrücklich wandte sich Hager gegen den auch in der „DDR“ wachsenden Zukunftsmissismus: „Die bürgerliche Ideologie ist sehr bemüht, die Diskussion solcher Fragen wie nach der Rolle des Wirtschaftswachstums, ... der Beziehung zwischen Gesellschaft und natürlicher Umwelt, mit Emotionen zu belasten.“ So forderte Hager, „noch wirksamer“ mit wissenschaftlichen Argumenten gegen folgende Behauptungen vorzugehen: „... daß der technische Fortschritt den Vorrat der kalten, gefühllosen, finsternen rationalen Maschinerie verdrängt, ethische Werte, menschliche Gefühle, ästhetisches Empfinden unter sich begrabe oder daß wirtschaftliches Wachstum einfach unmoralisch, unethisch sei.“

Das von der SED angesichts von Krisenbildern im West-Fernsehen mit starker Wirkung auf die „DDR“-Bürger geprägte Schlagwort von der „sozialen Sicherheit“ hat nach Hager auch seine Kehrseite: „Soziale Sicherheit wirkt jedoch nicht automatisch als Triebkraft für das Streben nach hohen Leistungen zum Nutzen der Gesellschaft. Ihre Wirkung als Triebkraft muß durch die Einsicht vermittelt werden, daß sie kein Geschenk ist und unter den komplizierten Bedingungen der 80er Jahre nur gewährleistet werden kann, wenn die für die höhere Qualität und Effektivität der Arbeit die notwendig-

gen Voraussetzungen geschaffen werden und dazu jeder einzelne seinen Beitrag leistet.“

Unzufrieden mit dem sozialistischen Wehrwillen zeigte sich Hager ebenfalls. Er erinnerte daran: „Wie jede andere sozialistische Grundhaltung, so entwickelt sich auch die Verteidigungsbereitschaft nicht spontan. Sie bei jeder heranwachsenden Generation zu wecken und zu festigen, die Wehrerziehung als untrennbaren Bestandteil der kommunistischen Erziehung der jungen Generation zu verankern, ist eine Aufgabe aller Erziehungsträger in unserer Gesellschaft.“ Dabei rügte Hager SED-Kader, Journalisten und Künstler: „Wir brauchen mehr Mut und Angriffslust in diesen Auseinandersetzungen, Schärfe und Treffsicherheit in den geistigen Kämpfen.“

In Anspielung auf die West-Medien in den „DDR“-Wohnzimmern ging Hager vor den SED-Gesellschaftswissenschaftlern dann zur Vorwärtsstrategie über: „Wir werden selbstständig, zumal wir unter vorteilhaften Bedingungen leben, der ständigen Einwirkung gegnerischer Propaganda, der unausgesetzten Verleumdung des Sozialismus offensiv entgegenzutreten. Der 35. Jahrestag der DDR (am 7. Oktober 1984, d. Red.) gibt Gelegenheit, das gegnerische „Geschwätz“ über eine angebliche „Krise“ des Sozialismus wirksam zu widerlegen.“

Bei seinen Attacken gegen den „Gegner“ und die „Großbanken“ in der NATO und der Bundesrepublik hatte Hager offenbar übersehen, daß Erich Honecker nach seinem mit den Grünen am 31. Oktober geschlossenen „persönlichen Friedensvertrag“ am „Abbau von Feindbildern“ mitwirken will und eben jene Großbanken den Milliarden-Kredit an Ost-Berlin einräumen, der für die „DDR“ jährlich 60 bis 60 Millionen Mark Zinsersparnis bringt.

## Was Warschau vom Soldaten verlangt

DW/JGG, Warschau/Bonn

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa ist dem Eindruck entgangen, daß das geringe Echo auf den jüngsten Demonstrationenaufruf einer Niederlage der Gewerkschaft „Solidarność“ gleichkomme. Westlichen Korrespondenten in Warschau gegenüber sprach Walesa vielmehr von einem Beweis für den gesunden Menschenverstand der Arbeiter angesichts des massiven Polizeiaufgebots.

Die Demonstration der Stärke durch das Militärregime wurde von Beobachtern vor allem in Danzig und in der Umgebung des Stahlwerks Nowa Huta bei Krakau als die größte seit Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 beschrieben. Bei Ende der Frühschicht am vergangenen Freitag waren in der Nähe des Denkmals vor der Lenin-Statue in Danzig sogar Fallschirmjäger in kugelsicheren Westen aufmarschiert. Kleinere Zwischenfälle hatte

es - die offiziellen Medien schwiegen darüber - nach Gottesdiensten in Danzig, Warschau, Ursus bei Warschau und in einigen anderen Städten gegeben. Angesichts der totalen Nachrichtenensperre ist dieses Bild jedoch wahrscheinlich unvollständig. Das Material mehrerer westlicher Fernsehanstalten, darunter auch Filme des Deutschen Fernsehens, wurde nach gründlichen Durchsuchungen beschlagnahmt.

In Polen ist rückwirkend zum November ein verschärfter Ehrenkodex für Berufssoldaten in Kraft getreten. Die „ethischen und stiftlichen Grundsätze der Berufssoldaten der polnischen Volkarmee“ - so die offizielle Bezeichnung - sehen größere „Konsequenzen“ bei „Nichtbeachtung der stiftlichen Normen“ als bisher vor. Wie der erste stellvertretende Chef der politischen Hauptverwaltung, General Tadeusz Szalicki, erklärte, habe nun der Soldat „seine persönlichen

Pläne und Aspirationen den sozialistischen Idealen“ vollkommen unterordnen. Der Soldat müsse akzeptieren, „daß er (zwar) der Nation dient, aber durch Festigung der sozialen Staatlichkeit“, deren „Sprecher und Repräsentant“ er zu sein habe.

Während ein „Polde“ dem anderen Polen ein Bruder zu sein hat - wie dies das offizielle Warschau immer wieder den Auslandsjungen vorhält, um sie zur Loyalität anzuhaken - prägt nun Szalicki die Parole: „Der polnische Soldat hat dem polnischen Soldaten Waffenbrüder zu sein.“ Der Vize-Politchef der Armee gilt offen zu, daß die neuen „Grundsätze“ die von 1973 deshalb ablassen müßten, „weil die tiefe gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise sowie der darauffolgende Kriegszustand“ neue Erfahrungen gebracht hätten und es sich gezeigt habe, daß der alte Ehrenkodex sich als wenig brauchbar erwies.

## „DDR“ will die Armee noch mehr an Kreml binden

AP, Berlin

Die Militärführung in Ost-Berlin will nach einer Meldung des Berliner Informationsbüros West (IWE) die „internationalistische Erziehung“ der „DDR“-Soldaten verstärken und die „Waffenbrüderschaft“ mit den sowjetischen Streitkräften und den verbündeten Armeen festigen. IWE wies darauf hin, daß mit Beginn des Ausbildungsjahres 1983/84 in der „Nationalen Volksarmee“ eine neue „Waffenbrüderschaftsordnung“ in Kraft getreten ist. Außerdem sei ein gemeinsamer Plan zwischen der NVA und den in der „DDR“ stationierten sowjetischen Streitkräften unterzeichnet worden, der Maßnahmen zur Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen in allen Bereichen vorsehe.

Nach Ansicht des Informationsbüros stehen diese Schritte im Zusammenhang mit der Stationierung neuer sowjetischer Raketen in Mitteldeutschland, der viele Menschen mit gemischten Gefühlen oder gar ablehnend gegenüberstehen. Die Militärführung wolle unter allen Umständen verhindern, daß skeptische oder kritische Ansichten zur sowjetischen Rüstungspolitik in der „DDR“-Armee Nährboden finden, schrieb IWE. Sie setze deshalb auf „internationalistische Erziehung“, auf eine intensive politische Überzeugungsarbeit in der Truppe sowie auf enge Kontakte zu den sowjetischen Regimenter in der „DDR“.

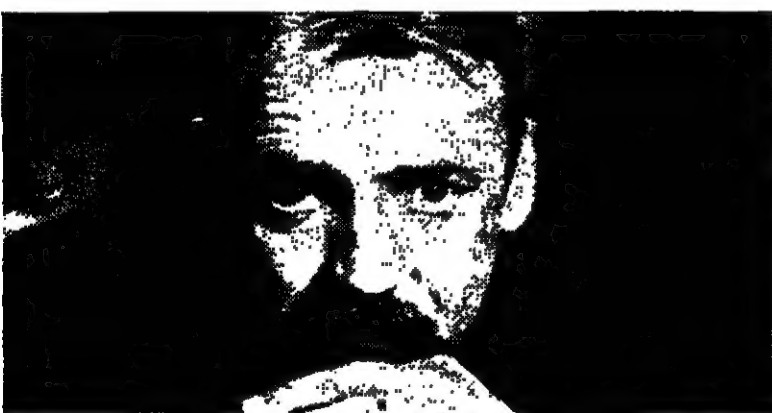
### Khomeini warnt vor inneren Gefahren

dpa, Teheran

Iran's Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini hat vor innerpolitischen Gefahren für den Bestand der Regierung gewarnt und „Feinde des Islam“ als „Manipulatoren des politischen Klimas“ bezeichnet. In einer von Radio Teheran übertragenen Rede sprach Khomeini davon, daß die Regierung zur Zeit im Parlament, in den Basaren und in Kreisen der Geistlichkeit angegriffen werde. Zu den „Manipulatoren“ zählte er die Monarchisten und die Volksmudjahedin, die er „Heuchler“ nannte.

Khomeini appellierte an die Geistlichkeit, wachsam zu sein und nicht die Regierung durch Kabinettsumbildungen und Streitigkeiten zu schwächen. Sie solle Solidarität bei der Lösung der Versorgungskrise und der Finanzierung des Krieges gegen Irak beweisen. „Wenn wir nicht zusammenhalten, werden wir gestürzt“, erklärte er.

Die Warnung Khomeinis dürfte als Reaktion auf die jüngsten Aktivitäten der Gruppe um den ehemaligen liberalen Ministerpräsidenten Mehdi Basargan zu verstehen sein. Basargan hatte am 27. November in einem von regierungsnahen Zeitungen veröffentlichten Brief die Regierung scharf kritisiert. Schon die Tatsache dieser Veröffentlichung läßt nach Meinung von Beobachtern auf eine gewisse Unterstützung der Geistlichkeit für diese Kritik schließen.



Bruno Ganz in der Rolle des Erfinders Jakob Nüssli

Wagen mit eigener Straße: K. Gloor, „Erfinder“

## Denkmal für Grübler

In einem abgelegenen Dorf des Zürcher Oberlands mitten im Ersten Weltkrieg: Der Fabrikarbeiter, Pazifist und Bastler Jakob Nüssli hat eine Idee; er erfindet einen Wagen, der nicht mehr im Dreck einsinken kann, einen Wagen mit künstlicher Straße. Denn, so meint er, auf dem Lande brauche es Fahrzeuge, die eine eigene Straße mit sich führen; nicht Autos, die auf gute Straßen angewiesen sind.

Als er sein Patent in der Stadt anmelden will, sieht er im Kino Bilder

Der Erfinder - ZDF, 21.20 Uhr

von der Schlacht an der Somme, vom ersten Angriff der Briten mit Raupenfahrzeugen. Was der Pazifist Nüssli ersann, um „mit Kraft und Gesundheit der Zugtiere haushälterischer umzugehen“, findet er entsteht zum Zwecke der wirksameren Kriegführung. Nicht allein die Erkenntnis, eine gute Idee für ein böses Ziel mißbraucht zu finden, bringt ihn um den Verstand, sondern ebenso die Reaktion einer Gesellschaft, der schöpferische Menschen eine Belastung sind. Jakob Nüssli wird in eine Irrenanstalt abgeschoben.

Der Schweizer Regisseur Kurt

Gloor („Die plötzliche Einsamkeit des Konrad Steiner“, 1975) wollte mit seinem „Erfinder“ (1981) ein filmisches Denkmal für „alle jene genialen Bastler, Grübler, Hirner und Phantasten setzen, die nicht ins Lexikon kamen, die einen guten Gedanken hatten, einen guten Gedanken hatten, und das sind nicht nur die Erfinder“. Die Rolle des Nüssli hat Gloor seinem Landsmann Bruno Ganz auf den Leib geschrieben und dabei - so empfanden es einige Kritiker - offensichtlich zu viel Freude gehabt, daß er die anderen kleinen Rollen etwas vernachlässigte. Bruno Ganz hingegen wird echte tragikomische Tiefe bescheinigt.

Über das Bühnenstück „Der Erfinder“ von Hansjörg Schneider war Gloor auf die Patentschrift eines Wilhelm Meier gestoßen, der 1909 einen „Wagen mit Geleise“ entworfen hatte. Doch den Filmemacher hat nie sonderlich interessiert, wer genau dieser Wilhelm Meier war. „Mich interessiert einzig seine Erfindung, sozusagen als Parabel.“

Mit 1,7 Millionen Schweizer Franken ist „Der Erfinder“ kein besonders teurer Film, aber dennoch konnte Gloor als Regisseur und Produzent diese Summe nur aufbringen, weil das Schweizer Fernsehen und das ZDF sich beteiligten.

### KRITIK

## Ein Vollprofi mit Selbstironie

Genau betrachtet ist Hans Joachim Kulenkampf nur so eine Art Eingreifreserve: Als Not am Mann war, holte man ihn, den showmüden Unterhalter, wieder vor die Kameras und in das veraltete Quizgeschäft. Nun aber: Kulis zweite Spielmeisterrunde ist zu einem festen Bestandteil der Abendunterhaltung geworden, und Kuli selbst macht nicht nur aus Profi-Disziplin seine Sache wie eh und je, sondern, weil es ihm Spaß macht, weil ihn der Schalk hinter den Ohren kitzelt, weil ihn sonst die Einfälle bersten ließen, jene Einfälle, die er nur mal so himurmelt, die aber die lustigen Dornen und Stacheln seiner Show ausmachen: Einer wird gewinnen (ARD).

Eben: Kuli ist ein Profi: er bekommt mehr und mehr Fakten, er

wird von Mal zu Mal vergesslicher, doch siehe, doch Vorbeitaucher des Meisters läßt hinter der Routine im Maßbegriff einen fröhlichen Menschen vermuten. Was ihn indes zum richtigen Meister macht, das ist sein Mut zur Selbstironie. Er hält sich zum besten und unterhält uns am besten. Er verkauft Fröhlichkeit und das kleine verschmitzte Lächeln, das da sagt: Kinders, nehmt Euch, nehmt mich, nehmt das muntere Treiben auf der Bühne nicht so ernst.

Jetzt, sagt er, spielt der Ivo Pogorelich, nun gut, aber dann singt der Heino, frisch aus der Garderobe. Oder umgekehrt. (Freilich sagt er das etwas geschwätzig, der Gute, aber sei's drum: Geschwätzigkeit ist ein Humorum. Tiere sind nicht geschwätzig.)

VALENTIN POLCUCHE



Mit dem Ausbau des vierten Hörfunkprogramms und der Erweiterung der WDR-1-Landesendungen „Echo West“ und „Zwischen Rhein und Weser“ will der Westdeutsche Rundfunk vom Januar an auch die „Musikarten“ auf die vier Programme neu aufteilen. Im vierten Programm sollen zwischen neun und 15.00 Uhr Hörer auf ihre Kosten kommen, die insbesondere deutsche Schlager, Operetten und Tanzmusik lieben. Neben Nachrichten und aktuellen Beiträgen will WDR 4 „gefühlvolle, sanfte Schlager“, deutsche Versionen ausländischer Erfolgstitel sowie Heimatlieder, Blas-, Marsch- und Salonmusik senden. Flotte deutsche Schlager, Liedersinger, Swing und Pop, traditioneller Jazz und leichte Klassik sind einige der Musikgenres des ersten Programms. Auf WDR 2 und WDR 3 bleibt alles beim alten.

Gute Erfahrungen hat das ZDF bei der Zusammenarbeit mit der ARD während der Internationalen Funkausstellung in Berlin gemacht. Auf der Kostenseite habe sich die Kooperation mit dem ersten Programm mit Einsparungen in Höhe von 1,7 Millionen Mark niederschlagen. ZDF-Intendant Stolte kündigte an, daß das ZDF auch für die nächste Ausstellung im Jahre 1985 eine Zusammenarbeit mit der ARD anstrebe.

Laut einer Umfrage der italienischen Rundfunk-Hörervereinigung ist das Italien-Programm des Deutschlandfunks im Jahr 1983 der beliebteste Auslandsender in Italien. An zweiter Stelle folgt Radio Schweiz-Internationale. Die italienischen Radiohörer schätzen am DLF-Italien-Programm besonders die Aktualität und den europäischen Zuschnitt der Sendungen. Der Deutschlandfunk sendet täglich von 23.00-23.30 Uhr auf Mittelwelle 1539 KHz ein Informationsprogramm in italienischer Sprache.

### ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

<p><b>10.00</b> heute 10.05 Das Traumschiff (4) 11.05 Professor Geizhals</p> <p><b>14.10</b> Tagesschau 14.15 Ich will ich will ... 17.30 Tagesschau</p> <p><b>20.00</b> Tagesschau 20.15 Die Welt der Vögel 21.05 Die Goldke in der Hand (3) 21.15 Proger Notizen</p> <p><b>21.00</b> heute 21.05 Tagesschau 21.10 Ich will ich will ... 21.15 Proger Notizen</p> <p><b>21.15</b> Proger Notizen Berichte aus der Tschechoslowakei Die „Proger Notizen“ schildern in ihrer Dezember-Ausgabe die Atmosphäre in Prag während der Vorweihnachtszeit. In jedem Jahr werden die Redaktionen der Gesellschaft mit Waren gefüllt, die sonst nur selten zu haben sind, z.B. mit den so begehrten Süßfrüchten. Viele stoffliche Unternehmungen nutzen auch die Gelegenheit, ihre Ladenhüter erneut auf den Markt zu werfen. Die Einwohner der CSSR geben sich in dieser Zeit einem Konsumrausch hin.</p> <p><b>21.45</b> Fast wie im richtigen Leben Der Bürgermeister von Moskau oder Wie bayerisches Freibleben nach Rubens kommt Humoristischer von Gerhard Pohl und Hanna Christian Müller, der auch Regie führt. Die ganze Geschichte ist eigentlich wahr und hat sich so oder zumindest ganz ähnlich vor einiger Zeit tatsächlich abgespielt. Nun ist sie in diesem Herbst die zehnte Folge der Reihe „Fast wie im richtigen Leben“ filmisch dokumentiert worden, und - wie das oft so geht - mancher, der sie jetzt sieht, wird sie für gut erfunden halten; denn ein bißchen unwahrscheinlich hört sich die Geschichte um eine bayrisch-russische Begegnung schon an.</p> <p><b>22.30</b> Tagesschau 22.35 Der Haseb der Familie Kobayagawa Japan, Spielfilm, 1961 (W. v. 1968) Regie: Yuzuru Ozu In der Familie Kobayagawa herrschen betrübliche Spannungen, weil der alte Vater nach dem Tod seiner Frau sein Verhältnis zu einer früheren Geliebten wieder aufgenommen hat. Auch die Bemühungen, zwei Töchter nach herkömmlicher Sitte zu verheiraten, schaffen Probleme.</p> <p><b>0.45</b> Tagesschau</p>	<p><b>11.55</b> So fing es an ... 12.55 Proger Notizen 13.00 heute</p> <p><b>15.30</b> heute 15.35 Tagesschau 15.40 Spielzeug 1930-1974 Film von Ivon Stäger Kommentar: Joachim Fuchberger Ein merkwürdiges Ereignis an einem Morgen zu Beginn des Abwehrkommers: In einem verlassenen Granitbruch irgendwo im Staate New York landete ein Raumschiff mit seiner Besatzung, die aus zwei Robotern bestand, solcher Wesen aus der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts. Die Mission dieser beiden Roboter war nicht einfach: Sie sollten die Entwicklungsgeschichte ihrer eigenen Vorfahren erforschen - von den ältesten Spielzeugen aus Blech bis zu den Blechrobotern. Die Fähigkeit dieser zwei Roboter, sich mit Hilfe einer Zeitmaschine in jedes beliebige Jahr der Vergangenheit und auf jeden beliebigen Ort der Welt zu versetzen, verurteilte einige technische Schwierigkeiten, doch schließlich gelang es, sie erfolgreich zu überwinden, und so konnte dieser Film entstehen.</p> <p><b>16.30</b> heute-Schlagzeilen Welchschicksal Zeichentrickfilm von Al Kouzel 17.00 heute / Am den Mäandern 17.15 Tagesschau Zu Gast: Musical Youth sowie Al Bano und Romina Power 17.30 Die Straßen von San Francisco Der Drogeninspektor Danz, heute-Schlagzeilen</p> <p><b>19.00</b> heute 19.05 Tagesschau 19.10 Mit Dieter Thomas Heck 20.15 Am Forschung und Technik Vorgeschene Beiträge: Indiens Weg zu den Sternen / China und die Raketen / Urlaub am Ozean / Baumsterben in den Tropen</p> <p><b>21.00</b> heute-Journal 21.20 Der Erfinder Film von Kurt Gloor nach einem Bühnenstück von Hansjörg Schneider Mit Bruno Ganz, Walo Lüß und u. a.</p> <p><b>22.55</b> heute 23.00 Tagesschau 23.05 Wilhelm Grawe im Gespräch mit Gerold Dambmann 23.00 heute</p>
--	--

### III.

<p><b>WEST/NORD</b> 20.00 Tagesschau 20.15 Der unbekannte Chaplin (2) Engl. Fernsehserie in drei Teilen von Kevin Brownlow und David Gill, 1965 Der große Regisseur Sprecher: Hans Joachim Kulenkampf</p> <p><b>21.00</b> heute 21.05 Tagesschau 21.10 Ich will ich will ... 21.15 Proger Notizen Film von Dieter Kehler Ein Würstchenstand-Besitzer philosophiert über Sitte und Moral in seinem Beruf, über seine Kollegen und Kunden.</p> <p><b>21.15</b> Augenzeugen Ein Spiel für Schachfische Von Viktor von Fleming</p> <p><b>22.15</b> heute 22.20 Tagesschau 22.25 Tagesschau 22.30 Tagesschau 22.35 Tagesschau 22.40 Tagesschau 22.45 Tagesschau 22.50 Tagesschau 22.55 Tagesschau 23.00 Tagesschau</p>	<p><b>HESSEN</b> 20.00 Tagesschau 20.15 Tagesschau 21.00 Tagesschau 21.15 Tagesschau 21.30 Tagesschau 21.45 Tagesschau 21.55 Tagesschau 22.00 Tagesschau 22.05 Tagesschau 22.10 Tagesschau 22.15 Tagesschau 22.20 Tagesschau 22.25 Tagesschau 22.30 Tagesschau 22.35 Tagesschau 22.40 Tagesschau 22.45 Tagesschau 22.50 Tagesschau 22.55 Tagesschau 23.00 Tagesschau</p>
---	--



Montag, 19. Dezember 1983  
Nr. 295

## Kabel und Gelbe Post

Bel. Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) wird nicht müde, seine Verkehlungspläne und die dazu erforderlichen Investitionen von rund einer Milliarde Mark pro Jahr zu verteidigen. Er muß dies offenbar tun, weil die Zahl der Skeptiker zunimmt angesichts des nur schleppenden Anlaufs des Kabelprojekts in Ludwigshafen. Die Akzeptanz durch die Bürger ist einweilen mager, was wohl nicht zuletzt auch an den technischen Schwierigkeiten liegt, mit denen vorher nicht zu rechnen war.

Die Einwände der Skeptiker, die auf eine mögliche Kostenwelle aufmerksam machen wollen, bescheiden sich in der Regel auf die gestiegenen Kosten für die Verlegung von Kabeln und die damit verbundenen Unterbrechungen des öffentlichen Verkehrs. Er tut dies im öffentlichen Auftrag, um die Kosten für die Verlegung von Kabeln zu senken. Er tut dies im öffentlichen Auftrag, um die Kosten für die Verlegung von Kabeln zu senken.

## Weihnachtspause

In London - In einigen Ländern mögen Weihnachten und der Jahreswechsel 1983 als besondere Arbeitsfreizeit gelten. Nicht so in Großbritannien. Nicht etwa, daß hier die Feiertage anders liegen als auf dem Kontinent, mit Ausnahme des 27. Dezembers. Doch Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist es gelungen, die gesamte britische Wirtschaft still zu legen. Darin soll sich nicht etwa ein spezielles Dankeschön der Arbeitgeber an die Arbeitnehmer für deren Leistung im vergangenen Jahr ausdrücken, sondern es ist eine Kombination aus Auftragsmangel, gewerkschaftlichem Druck und häufig nicht zu vertretenden Zusatzkosten für mehrmaliges Ab- und Anreisen von Produktionsanlagen innerhalb weniger Tage. Dennoch paßt es irgendwie nicht in die Szenarien, daß ausgerechnet Großbritannien, das etlichen Ländern im Wettbewerb unterlegen ist, so verschwenderisch mit wertvollen Arbeitstagen umgeht.

## Streit um Kammergrenzen

Von DOMINIK SCHMIDT

Was vor fünf Jahren aussah, als hätte die niedersächsische Landesregierung besonderes diplomatisches Geschick bewiesen, ist längst zu einem Ärgernis geworden: In einem mal mehr, mal weniger lautstark geführten Dauerstreit zwischen den Selbstverwaltungen der Wirtschaft speziell in Braunschweig und Lüneburg. Ausgangspunkt der Differenzen ist die im Februar 1978 vollzogene Bezirksreform in Niedersachsen.

Das Kabinett Albrecht, erleichtert darüber, daß die Neuordnung der Regierungsbezirke relativ reibungslos verwirklicht wurde, war zufrieden. Anstatt nun auch die Grenzen der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern zu justieren, sie denen der Regierungsbezirke anzuschließen, überließ man es den Kammern, notwendig werdende Neugliederungen ihrer Gebiete selbst vorzuschlagen.

Vorschläge dieser Art liefert seitdem aber nur eine Kammer, nämlich die in Braunschweig. Als einzige der sieben niedersächsischen Kammern vorlegten die Braunschweiger bereits Ende 1978 dafür, "Deckungsgleichheit mit dem Regierungsbezirk" herzustellen. Das hätte bedeutet, daß die Kreise Osterode, Northeim und Göttingen - sie gehören zu Hannover - sowie die von Lüneburg betreute Stadt Wolfsburg und der Kreis Gifhorn dem Braunschweiger Kammerbezirk zuzuordnen sind.

Schon damals, vor fünf Jahren, wußten die Kammer-Oberen in Braunschweig das Beharrungsvermögen ihrer Nachbarn recht einzuschätzen. Gewiß, so schrieb ihr Ehrenpräsident ironisierend, stünde es der Selbstverwaltung der Wirtschaft an, wenn die Freiwilligkeit an der Stelle staatlicher Dekrete setzen würde. "Aber selbst wir erwarten nicht, daß die Einsicht in das Notwendige zum Selbstverzicht führt."

Die Hartnäckigkeit, mit der die Braunschweiger über die Zeit hinweg ihr Ziel dennoch verfolgten, schien jetzt zumindest von einem Erfolg gekrönt zu werden. Die lauernden Vorstöße veranlaßte die Landesregierung im Spätsommer dieses Jahres, ihren Kabinettschluß herbeizuführen, der die Neuordnung der kreisfreien Stadt Wolfsburg und des Landkreises Gifhorn

## REGIONALE ENTWICKLUNG / Zwei Untersuchungen stellen klar:

# Die These vom Nord-Süd-Gefälle ist nur sehr bedingt zutreffend

JAN BRECH, Hamburg  
Die These vom Nord-Süd-Gefälle, die von Politikern in zunehmendem Maße bemüht wird, um die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung im Norden der Bundesrepublik zu erklären, ist ins Wanken geraten. In Hamburg haben zwei unabhängig voneinander veröffentlichte Untersuchungen mit dem Pauschalurteil aufgeräumt, daß Norddeutschland im Vergleich zum Süden generell benachteiligt sei. Auch der Norden verfügt nach diesen Analysen über günstige Entwicklungsfaktoren, die allerdings besser genutzt werden müßten.

In einer Untersuchung über das Arbeitsplatzangebot im Großraum Hamburg kommt einmal die Hamburgische Landesbank zu dem Schluß, daß das Nord-Süd-Gefälle längst nicht die Rolle spielt, wie Politiker glauben. Der ungewöhnlich starke Verlust von Arbeitsplätzen in der Hamburger Industrie sei nicht etwa das Resultat von Wettbewerbsnachteilen gegenüber dem Süden, sondern aus überwiegend Teil des Ergebnisses einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in das angrenzende Umland.

Noch mehr Gewicht dürften die Ergebnisse einer Untersuchung einer Arbeitsgemeinschaft der Akademie für Raumordnung und Landesplanung haben, die sich intensiv mit den Entwicklungsbedingungen im Norden beschäftigt hat. In Hamburg urteilt der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft für Raumordnung und Landesplanung, daß die These vom Nord-Süd-Gefälle bewiesen werden könne, wenn die Untersuchung an diesem Schlagwort aber nicht mehr in vollem Umfang festhalten.

Dabei verkennt die Arbeitsgemeinschaft nicht, daß Norddeutschland in

die in Süddeutschland vorhandenen Wirtschafts- und Infrastrukturen für die auch dort notwendigen Strukturveränderungen vergleichsweise bessere Voraussetzungen als in Norddeutschland zu bieten.

Dieser Anpassungsdruck eröffne aber auch für Norddeutschland neue Entwicklungsmöglichkeiten, sofern die Unternehmen und die Träger der Wirtschaftspolitik flexibel, dynamisch und zielgerichtet den Herausforderungen gegenüberstehen. Konkrete Vorschläge macht die Arbeitsgemeinschaft in der Verkehr-, Energie- sowie Forschungs- und Technologiepolitik. Zudem schlägt sie eine Neuorientierung in der Subventionspolitik vor. Eine solche Politik müßte Subventionen zeitlich begrenzen und einer Erfolgskontrolle unterziehen.

Den vermutlich größten Nachholbedarf sehen die Wissenschaftler jedoch im politisch-administrativen Bereich. Die politische Leistungsfähigkeit müsse man daran messen, inwieweit es gelinge, länderübergreifende, an den Problemen ausgerichtete gemeinsame Konzepte zu entwickeln und auch gemeinsam zu realisieren. Kennzeichnend für die heutige Situation sei, daß der Norden mit 15 Stimmen im Bundesrat und damit überproportional gemessen an der Bevölkerungszahl vertreten sei, mit diesem Stimmengewicht aber bislang kaum etwas bewirkt habe. Auch wird vorgeschlagen, für die Küstenländer bei der EG in Brüssel eine gemeinsame Geschäftsstelle einzurichten.

## GRUNDIG

# Philips übernimmt Führung bei dem Elektronik-Konzern

Der niederländische Philips-Konzern wird im nächsten Jahr bei dem deutschen Unterhaltungselektronik-Konzern Grundig in Fürt als selbstständiges Unternehmen fortzuführen. Diese Mitteilung verband Grundig-Präsident Karl-Heinz Schmidt am Samstag mit der Ankündigung, daß sich Firmengründer Max Grundig zum 1. April 1984 aus der industriellen Führung der Grundig AG zurückziehen werde.

Die Struktur des Konzerns wird nach Angaben Schmidts verändert. Im Unternehmen Grundig EMV Elektro-Mechanische Versuchsanstalt Max Grundig und Co KG wird anstelle der Max-Grundig-Stiftung eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung die Führungsrolle als Konzernunternehmen übernehmen. Bei den Gesellschaftern der GmbH handelt es sich um ein Konsortium, das neben europäischen Banken von Philips getragen wird.

In der Mitteilung heißt es: "Philips wird die unternehmerische Verantwortung tragen." Mit dieser Lösung werde beabsichtigt, "die erfolgreiche Tätigkeit der Grundig AG als selbstständiges Unternehmen fortzuführen". Max Grundig werde den Vorsitz im Aufsichtsrat der Grundig AG übernehmen und dem Unternehmen für die Entwicklung der Produktionen mit seiner Erfahrung zur Verfügung stehen.

Die Verhandlungen zwischen dem Konzern N. V. Philips Gloelampfabrieken, Eindhoven, und der Max Grundig AG sind der Mitteilung zufolge noch nicht abgeschlossen. Die Genehmigung der zuständigen Behörden wird beantragt werden, sobald Einigkeit über die Einzelheiten erzielt ist. Die beteiligten Unternehmen rechnen hier nicht mit Schwierigkeiten.

## TEXTILHANDEL

# Präsident Reagan verfügt strengere Importkontrollen

H.A. SIEBERT, Washington  
Präsident Ronald Reagan hat gegen den Rat der Mehrheit in seinem Kabinett strengere Textil-Importkontrollen verfügt, die sich gegen Lieferungen aus 36 Ländern richten. Besonders betroffen sind Billigwaren aus der Dritten Welt, darunter China, Indien und die Karibik. Auf einen stärkeren Einfuhrschutz gedrängt haben US-Handelsminister Malcolm Baldrige und die amerikanische Textilindustrie, die seit 20 Jahren mit Washington vor Präsidentenwahlen protektionistische Hilfe erhält.

Nach den neuen Regeln können Importe gestoppt werden, wenn die Lieferungen eines bestimmten Produktes um 30 Prozent über dem Vorjahr liegen oder sein Anteil im Verhältnis von Gesamteinfuhren zu heimischen Erzeugung 20 Prozent und

mehr erreicht. Der Lieferumfang eines einzelnen Landes darf in einer Warengruppe ein Prozent nicht übersteigen. Im vergangenen Jahr nahmen die US-Importe insgesamt um 23 Prozent zu, während sich die eigene Produktion nur um sechs Prozent erhöhte.

Für nicht kontrollierte ausländische Textilien gilt in Zukunft die Regel, daß die Einfuhren einzelner Waren eingeführt werden, wenn es zu einer "Importexplosion" kommt. In einer Konsultationsperiode von 90 Tagen darf eine Quote, die sich aus dem Lieferdurchschnitt des vorausgegangenen zwölf Monats ergibt, nicht überschritten werden. Wird keine Einigung erzielt, bleibt diese Beschränkung wirksam. Mittels dieses "Call"-Verfahrens hat die Administration in diesem Jahr die Einfuhren bereits um mehrere Milliarden Dollar gedrosselt.

## US-AKTIENMÄRKTE

# Zinstrend wiegt schwerer als vorläufige Preisruhe

H.A. SIEBERT, Washington

Unsicherheit bestimmt auch weiterhin das Klima an den US-Aktienmärkten, obwohl sich zum Wochenschluß wichtige Kurse wie IBM, General Motors oder Digital Equipment aus der Technologiegruppe erholten. Hiern trugen aber in der Hauptsache technische Faktoren und die Nachrichten des Arbeitsministeriums in Washington bei, daß in Amerika die Herstellerpreise im November um 0,2 Prozent gesunken sind. Es war der erste Rückgang seit dem Frühjahr, und der Index der 3400 Waren erlitt, liegt nur um 0,7 Prozent über dem Vorjahresniveau und um 0,3 Prozent über dem Niveau zum Jahresbeginn.

Das ist auf den ersten Blick eine stolze Leistung. Problematisch ist jedoch, daß sich Dienstleistungen schneller erholen. Deshalb wird die Inflationsrate, gemessen an den Verbraucherpreisen, in diesem Jahr eher vier Prozent betragen. Für 1984 und 1985 sind die Prognosen gemischt, ernstzunehmende Institute sagen ein Anziehen auf 7 und 8,5 Prozent voraus. Das Weiße Haus hält an jeweils 4 bis 5 Prozent fest.

Neue Statistiken des Federal Reserve Board über die Kapazitätsauslastung bestätigen die Gefahren. Die Rate hat in den vergangenen zwölf Monaten ohne Unterbrechung zugenommen; im November erreichte sie 79,2 Prozent - rund zehn Prozent mehr als kurz vor dem Ende der Rezession vor einem Jahr. In den USA ist die durchschnittliche Voll-

auslastung bei etwa 86 Prozent gegeben. Gegenüber Oktober erhöhte sich der Auslastungsgrad in der Verarbeitung von 78,9 auf 79,4, bei langfristigen Verbrauchsgütern von 76,5 auf 77,1 und im Bergbau von 71,7 auf 72,8 Prozent. Gedrückt wurden die Herstellerpreise durch billigere Nahrungsmittel und Heizöl.

Verunsichert wird die Börse durch den deutlich nach oben gerichteten Zinstrend - eine Folge der Rekordhaushaltsdefizite. Groß im Raum steht Henry Kaufmans Voraussage, wonach die Prime Rate 1984 auf 12 bis 12,5 (zur Zeit 11) steigen wird, mit höheren Sprüngen danach. Laut Kaufman ist der Zusammenprall von staatlicher und privater Kreditnachfrage einfach nicht zu vermeiden. Freitag kosteten Tagesgeld 9,73 (Vorjahr: 8,78), dreimonatige Treasury Bills 9,09 (7,88), siebenjährige Treasury Notes 11,82 (10,72) und 30jährige Treasury Bonds 11,94 (10,71) Prozent.

Wie es weitergeht, wird sich am Dienstag zeigen, wenn das Offener-Markt-Komitee des "Fed" tagt. Vermutlich wird in den USA Geld knapp gehalten, zumal M1 in der letzten Berichtswoche um 5,5 Milliarden Dollar in die Höhe schnellte. Alle Aggregate liegen aber noch in den Zielkorridoren. Heute nimmt das US-Schatzamt kurzfristig wieder 12,8 (12,4) Milliarden Dollar auf. Im Wochenverlauf sackte der Dow-Jones-Industrie-Index um 17,89 (Freitag: plus 5,38) auf 1242,17, der breiter gestreute Nyse-Index um 1,54 (0,33) auf 93,86 Punkte.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Gaststättengewerbe gegen Arbeitszeitverkürzungen

Beim (re) - Der Deutsche Hotel- und Gaststättengewerbeverband (Dehoga) lehnt eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit ab und fordert stattdessen die Förderung flexibler Arbeitszeiteinrichtungen und eine praktikable Regelung für die kurzfristige Beschäftigung. In einer Stellungnahme verweist der Verband auf die Vielzahl von Möglichkeiten, die Arbeitszeit den branchen- und betriebsspezifischen Anforderungen anzupassen. Die geltende Arbeitszeitordnung dürfe nicht geändert, Mehrarbeit in keiner Weise beschränkt werden. Das Gaststättengewerbe weist darauf hin, daß von seinen rund 800 000 Beschäftigten etwa ein Drittel Teilzeitarbeiter sind. Das Gewerbe sei geprägt von starken Frequenzschwankungen durch Wetter, Saison, Messen etc. und einem von der Allgemeinheit abweichenden Arbeitsrhythmus.

### Weg der Kurse

	16. 12. 83	9. 12. 83
Boeing	44,625	45,825
Chrysler	26,625	26,50
Citicorp	35,75	35,375
Coca-Cola	54,75	56,75
Exxon	37,625	38,625
Ford Motors	40,75	41,50
IBM	120,625	121,75
PanAm	8,50	8,75
US Steel	28,50	29,125
Woolworth	36,125	36,625

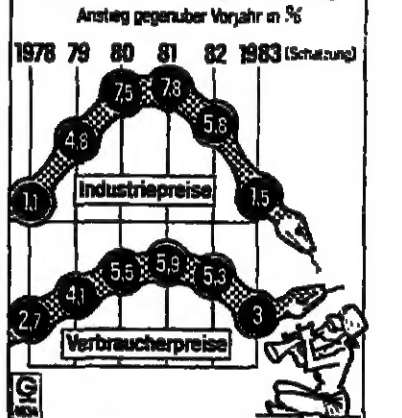
### Personalarbeit geplant

Köln (dpa/WVD) - Die Union Rheinische Braunkohle Kraftstoff, Köln-Wesseling, will einen Personalarbeit um rund 2000 Mitarbeiter vornehmen. Außerdem seien Investitionen von mehr als 400 Millionen Mark vorgesehen. Nach einer gemeinsamen Presseerklärung der Hoechst AG und der Rheinischen Braunkohlenwerke muß das Konzept noch mit der Belegschaftsvertretung abgestimmt werden. Durch Ausnutzung von Frühpensumierungen bleibe die Zahl der Entlassungen jedoch begrenzt.

### EG-Darlehen für Italien

Brüssel (AP) - Die Europäische Gemeinschaft wird Italien für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wiederaufbau für Gebiete, die 1980 von einem Erdbeben betroffen wurden, ein Darlehen in Höhe von 57 Milliarden Lire (rund 94 Millionen Mark) gewähren. Wie die EG letzte Woche in Brüssel mitteilte, wird das Darlehen eine Laufzeit von zehn Jahren haben. 30 Milliarden Lire werden als Investitionshilfe an Klein- und Mittelbetriebe vergeben. Die noch verbleibenden 27 Milliarden Lire dienen der Beseitigung der Erdbebenschäden. Das Geld stellt die Europäische Investitionsbank zur Verfügung.

### Preisaufruf gebändigt



Der Preisaufruf Anfang der achtziger Jahre scheint gebändigt. Mit einem Anstieg der Lebenshaltungskosten von drei Prozent brachte 1983 das beste Ergebnis seit fünf Jahren. Nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute und des Sachverständigenrats sind auch die Preisschübe für 1984 günstig.

Quelle: ICIUS

### Londoner Kassapreise

	16. 12. 83	9. 12. 83
Kupfer (t/a)	985,5	980,5
Alu (t/a)	272,5	282,125
Zinn (t/a)	597,5	591,75
Zinn (t/a)	887,5	879,0

Gold (5/Unse)	373,875	388,875
Silber (5/Unse)	824,40	844,40
Kakao 1 (t/a)	1884,5	1787
Kaffee 1 (t/a)	203,5	1897,5

Zucker (t/a)	134	134,5
Kautschuk (p/kg)	84,25	84,5
Wolle (p/kg)	421	411
Baumwolle 1 (t/a)	89,60	89,80

1) Abhandlung März; 2) A-Index-Preis Liverpool

## DEUTSCHE LUFTHANSA

# Auch in Zukunft keine Business-Class in Europa

BEINZ STÖWE, Seeborn  
Ein "ausgesprochen Boom" erlebt die Deutsche Lufthansa derzeit bei den Frachtaufträgen. Allein im November lag das Verkaufsergebnis verhältnismäßig um 27 Prozent über dem Vorjahresmonat. Das erklärte Professor Günter Eser, im Lufthansa-Vorstand für den Verkauf verantwortlich, anlässlich des zehnjährigen Bestehens des zentralen Schulungszentrums der Fluggesellschaft in Seeborn/Bergstraße. Da auch in der Passagier-Umsatzsteigerung erzielt wurden, zeigte sich Eser "insgesamt sehr zufrieden".

Zu dieser Entwicklung, die nach Angaben Eser für 1983 ein positives Jahresergebnis gewährleistet, hat nach seiner Ansicht die zurückgehende, maßvolle Tarifpolitik beigetragen. Sie zielt darauf ab, vom Image eines Hochpreis-Carriers herabzukommen. Trotz des weltweit

ten Trends zum Billigtarif wolle die Lufthansa weiterhin "in der Qualität konkurrieren".

In diesem Zusammenhang erzielte er Vermutungen, auf den europäischen Strecken solle die First Class abgeschafft werden, eine eindeutige Absage. In Europa würden 50 Prozent der Erste-Klasse-Tickets für Zubringerdienste zu Fernflügen verkauft, argumentierte Eser.

Auf die Entscheidung der Swissair, für ihr gesamtes Streckennetz eine Business Class einzuführen, will die Lufthansa nicht reagieren. Das Dreiklassen-System habe man auf den langen Strecken schon lange, in Europa "brauchen wir das nicht", erklärte Eser. Er verwies auf Markuntersuchungen, denen zufolge bei Verbindungen innerhalb Europas der punktierte Abflug für die Passagiere das wichtigste Kriterium sei.

## WEIHNACHTSGESCHÄFT / Der vierte lange Samstag bestätigt Aufwärtstrend

# Erwartungen der Händler sind erfüllt

J. GEELHOFF, Düsseldorf

Die mit einigen Schwankungen 1983 zu beobachtende Besserungstendenz des Konsumklimas der Bundesbürger, bislang noch die verlässlichste Stütze der Konjunkturerwartungen, hält weiter an. Voll im Trend der bisherigen, allerdings auch nicht sonderlich hoch gespannten Erwartungen der Händler ist der Umsatz des deutschen Einzelhandels am vierten verkaufsoffenen Samstag geblieben. Mindestens die zeitlichen Jahresrekorde wurden an diesem letzten großen Tag des Weihnachtsgeschäfts weitgehend erreicht; zuweilen wurden die Vorjahresergebnisse sogar mit zweistelliger Zuwachsrate übertroffen.

Genaues dazu meldet als erster in der Warenhausbranche die Herten AG aus ihren 57 Häusern: Umsatz an diesem vierten langen Samstag mit 30,3 Millionen Mark um 4,2 Prozent über Vorjahresniveau, Gesamtum-

satz des Weihnachtsgeschäfts (seit 1. November) nun bei 553 Millionen Mark oder 4,4 Prozent höher als vor Jahresfrist. Ähnlich die Tendenzmeldung aus dem mit diesem vierten langen Samstag "nicht unzufriedenen" Kaufhof-Konzern: Umsatzplus in den 86 Warenhäusern im bisherigen Verlauf des Weihnachtsgeschäfts bei drei Prozent.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels sieht mit dem Umsatz am vierten langen Samstag erneut und nun schon abschließend ihre Prognose bestätigt, daß das diesjährige Weihnachtsgeschäft den Einzelhändlern einen Zusatzumsatz von 19 Milliarden Mark oder 4,3 Prozent des gesamten Jahresumsatzes bringen werde. Dieser wird für 1983 mit einer Steigerung von bis zu drei Prozent bei 445 Milliarden Mark erwartet, was auch real ein kleines Plus bedeutet. Auch dies ein Wendesignal, nachdem der 1982er Einzelhan-

delumsatz trotz relativ befriedigendem Weihnachtsgeschäft auch nominal nur ein dünnes Plus von 0,4 Prozent aufwies.

Am vierten langen Samstag, von manchem Händler etwas voreilig schon als "Tag der Geschenke in letzter Minute" bezeichnet, reichte die "zufriedenstellende" Kundennachfrage praktisch über alle Warengruppen hinweg. Mit einiger Überraschung wurde von etlichen Händlern ein deutlicher Umsatzanstieg in der lange auf der Schattenseite liegenden Möbelbranche registriert. Ohne Überraschung hingegen, daß sich Home-Computer weiterhin als Renner der diesjährigen Weihnachtssaison erwiesen.

Wetterbedingtes Kuriosum: In Damen- und Herrenoberbekleidung richtet sich das Käuferinteresse nun bereits vielerorts deutlich auf die Frühjahrsmode.

**„Auf Ihrem Wunschzettel sollte Harveys Bristol Cream stehen.“**

Harvey's Bristol Cream



## FRANKREICH / Umsatzplus im Einzelhandel

# Konzentration flacht ab

blieb allerdings weiter zurückge-  
stellt, da die Hypermarktwelle auch  
aus anderen Gründen erlosche. So  
sind die für solche Objekte gezeig-  
ten Grundstücke am Rand der Städte  
zwischen sehr knapp und teuer ge-  
worden. Außerdem verschlechterte  
sich seit Mitte dieses Jahres die Ver-  
brauchskonjunktur.

In Frankreich bestehen gegenwärtig  
513 Hypermärkte, deren Ver-  
kaufsfläche insgesamt fast 3 Millio-  
nen Quadratmeter erreicht. Ihren  
diesjährigen Umsatz veranschlagte  
das Institut für die Selbstbedienung  
(IFLS) auf 131 Milliarden Franc, was  
etwa 13,5 Prozent des gesamten Ein-  
zelhandelsumsatzes wären.

Noch günstiger entwickelten sich  
allerdings die Supermärkte (Ver-  
kaufsfläche zwischen 400 und 2500  
Quadratmeter). Ihr Umsatz stieg mit  
139 Milliarden Franc 14,2 (i. V. 12,7)  
Prozent des Einzelhandelsumsatzes,  
dabei 25,5 (33,4) Prozent bei den  
Lebensmitteln.



TALBOT / Grünes Licht für Massenentlassungen

## Kompromiß der Regierung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris  
Die französische Regierung hat am Wochenende den Antrag der zum Peugeot-Konzern gehörenden Automobilgesellschaft Talbot, 2905 Arbeiter ihres Werks von Poissy bei Paris zu entlassen, zu zwei Dritteln genehmigt. Die 1950 Betroffenen sollen Abfindungsprämien erhalten und möglichst auf andere Berufe umgeschult werden. Damit scheint der Weg zur Beendigung des inzwischen zehntägigen Streiks der Talbot-Belegschaft von Poissy (17 000 Personen) gefunden zu sein.

Die Talbot-Verwaltung, die wegen dieses Streiks für heute die Einstellung aller Zahlungen an die Belegschaft angeordnet hatte, erklärte sich ausdrücklich mit dem Regierungsentscheid einverstanden. Die bei Talbot führende kommunistische CGT-Gewerkschaft, die als erste zu dem Streik aufgerufen hatte, legte sich bisher noch nicht fest. Sie forderte ursprünglich den Verzicht auf jede Entlassung.

Premierminister Mauroy, der einen Kompromiß zwischen seinem kommunistischen Koalitionspartner - vertreten durch Arbeitsminister Ral-

te - und seinem liberalen Industrieminister Fabius finden wollte, erklärte im Fernsehen, daß künftig "nach dem Vorbild von Talbot" verfahren werden soll. Dies ist das erste Mal, daß in Frankreich von der Regierung grünes Licht für Massenentlassungen gegeben wird.

Auf der Warteliste stehen insbesondere die Eisen- und Stahlindustrie, der Schiffbau und der Steinkohlenbergbau. Die Automobilindustrie selbst plant einschließlich der staatlichen Renaultwerke noch etwa 5000 Entlassungen. Die französische Industrie hatte in diesem Jahr bereits an die 140 000 Arbeitsplätze stillgelegt, allerdings weitgehend durch vorzeitige Pensionierungen und die Rekonzession in den Dienstleistungssektor.

Damit konnte die Zahl der Arbeitslosen seit über einem Jahr bei etwas über zwei Millionen stabil gehalten werden. Im November hat sie sich aber um saisonbedingt 3,1 Prozent auf 2,1 Millionen erhöht und ist damit im Jahresvergleich um 2,9 Prozent gestiegen. Gleichzeitig schrumpfte die Zahl der Stellenangebote (gegenüber November 1982) um 35,2 Prozent auf 64 500.

KATHOLISCHE UNTERNEHMER

## Wende im Ruhrgebiet fällig

LEO SCHÜTZKE, Essen  
Führende Unternehmen der Ruhrwirtschaft sehen die Zukunft des Reviers keineswegs pessimistisch. Auf einer Arbeitskonferenz des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) in Essen legte der BKU-Präsident Thesen und Perspektiven zu einer gemeinsamen Großveranstaltung mit den übrigen katholischen Sozialverbänden vor. Diese Veranstaltung findet am 17./18. März 1984 in der Merkur-Halle in Duisburg unter dem Motto "Gemeinsam für das Ruhrgebiet" statt.

Nach der politischen Wende in Bonn ist nach Auffassung des BKU eine geistige und wirtschaftliche Wende für das Ruhrgebiet fällig. Schwarzmalerei helfe nicht weiter. Die Misere klime wesentlich aus einem Politikversagen. Dr. Reinhard Bräuer, Vorstandsvorsitzender der Thyssen-Niederlande AG, sieht eine positive Zukunft für die Stahlindustrie an der Ruhr, wenn wieder normale Marktverhältnisse für Stahl in Europa eingeführt werden.

Die Verzögerung des Ausbaus der Kernenergie habe sich belastend für die deutsche Stahlindustrie ausge-

wirkt. Die erhöhten Energiekosten haben zu einem Rückgang der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen geführt, was ihre Investitionskraft gemindert habe. In einem Verbund von Kernwärme und Kohle, Stahl und Chemie sieht Hermann Josef Wehahn eine große Chance für das Ruhrgebiet.

Für die Industrie des Ruhrgebietes erwartet Dr. Bräuer, Sprecher des Vorstandes der Ruhrchemie AG, für das kommende Jahr eine reale Zuwachsrate von 2 Prozent. Dafür seien aber maßvolle Tarifabschlüsse in der kommenden Lohnrunde erforderlich. Der Bundesvorsitzende der BKU, Cornelius G. Fetsch, forderte eine Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen, insbesondere der mittelständischen, um sich am Markt zu behaupten und Arbeitsplätze erhalten zu können. In Gebieten mit extrem hoher Arbeitslosigkeit solle die Bundesanstalt für Arbeit ihr Vermittlungsmittel verlagern. Ferner müsse die Probezeit bei Neueinstellung verlängert, die Möglichkeit zeitlich begrenzter Arbeitsverträge gegeben und der Abbau überbetrieblicher freiwilliger Leistungen überprüft werden.

GERLING / Die Holding-Erträge sind gesunken

## Konzern-Verlust abgebaut

BARALD POSNY, Düsseldorf  
Die Gerling Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG (GKB), Köln, die Holding der Gerling-Versicherungsgruppe, weist für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) einen Jahresüberschuss von 21,4 (24,5) Mill. DM aus, von denen nur erneut 4,5 Mill. DM Rücklagendotierung 18 Mill. DM auf 140 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet werden. Aktionäre sind zu 51 Prozent die Versicherungs-Holding der Deutschen Industrie GmbH, darunter mehrheitlich die Plick-Gruppe, zu 49 Prozent Hans Gerling.

Das Ergebnis wird vor allem aus den Gesamterträgen von 63,6 (69,9) Mill. DM, darunter 15,3 (14) Mill. DM Zinserträge, den Beteiligungserträgen von 28,5 (38,6) Mill. DM aus der Mehrzahl der Konzern-Erst- und Rückversicherungsstöcher und aus den Gewinnabführungen von 6,6 (7,3) Mill. DM der in der Gerling-Konzern Welt-Versicherungs-Pool AG als Zwischenholding vereinigten Auslandsstöcher gespeist. Dazu kamen 1982/83 noch Erträge aus anderen Finanzanlagen von 7,2 (7,2) Mill. DM und 6 (2,7) Mill. DM an sonstigen Erträgen.

Dem stehen vor allem Personalaufwendungen von 29,1 (25,4) Mill. DM und Steuerausgaben von 7 (14,7) Mill. DM gegenüber, die angesichts des Rückgangs der Beteiligungserträge auf die Hälfte zurückfielen.

Die Bilanz des GKB-Welt-Konzerns per Ende 1982 spiegelt die Ergebnisse des Kompositversicherers, der 1982 sein schlechtestes Jahr hatte, und - zeitversetzt - das verschlechterte Ergebnis des Haupt-Rückversicherers wider. Hier wird bei Brutto-Prämieinnahmen von 4,4 Mrd. DM (plus 7,3 Prozent) und einem Nettoprämienaufkommen von 3,3 Mrd. DM (plus 6,5 Prozent) nach Zuführung von 8,3 (1) Mill. DM zur Schwankungrückstellung ein versicherungstechnischer Verlust von 188,4 (117,8) Mill. DM ausgewiesen. Die Verluste werden jedoch durch Erträge aus Kapitalanlagen und sonstigen Erträgen mehr als ausgeglichen, so daß der Jahresüberschuss auf 14,9 (0,6) Mill. DM gestiegen ist, die den Verlustvortrag auf 17,6 Mill. DM abbauen. Durch Rücklagendotierung von 6 Mill. DM ergibt sich ein Konzernverlust von 24 (16,7) Mill. DM.

HORNSCHUCH / Nach erfolgreicher Sanierung Schritt an die Börse

## 1984 zehn Prozent Dividende erwartet

WERNER NEITZEL, Stuttgart  
Ein weiteres Mal leistet die Deutsche Bank Schritt nach vorne, um ein Unternehmen an die Börse heranzuführen: Angeboten werden ab heute Montag 15 Mill. DM Stammaktien der Konrad Hornschuch AG, Weibach/Würt., Hersteller so bekannter Kunststoff- und Kunstleder-Erzeugnisse wie „d-c-fix“, „skai“, „laif“ sowie von Bett- und Tischwäsche (Marke „small“). Der Preis beträgt 105 DM je 50-DM-Aktie mit voller Dividendenberechtigung für 1984.

Die zum Kauf angebotenen Aktien werden in den regulären Freiverkehr der Börsen in Frankfurt und Stuttgart eingeführt. Die Aktien, die fast die Hälfte des Hornschuch-Grundkapitals darstellen, sollen in weiteren zwei bis drei Jahren in den amtlichen Verkehr einbezogen werden. Großaktionär bei Hornschuch ist seit einem Jahr die Kunz-Gruppe, Gschwend/Würt., einer der größten Spanplatten-Hersteller. Kunz, der sich von diesem Engagement eine gegenseitige Befruchtung durch gemeinsame Forschung und weitere Synergieeffekte verspricht, reduziert im Zuge der Börsenplatzierung seine bisherige rund 90prozentige Beteili-

gung am Hornschuch-Aktienkapital (30,8 Mill. DM) auf 51 Prozent. Dieser Anteil werde als Dauerbesitz betrachtet. Man habe sich darüber hinaus verpflichtet, die Aktien fünf Jahre lang nicht zu veräußern.

Hellmut Ballé, Direktor der Stuttgarter Filiale der Deutschen Bank, unterstrich vor der Presse, daß die Aktion zu einem Zeitpunkt stattfindet, an dem Hornschuch seine Ausschüttungsfähigkeit in der Zukunft noch unter Beweis stellen müsse. Nach gründlicher Prüfung sei man auf Grund der wieder geordneten Bilanzverhältnisse und der günstigen Perspektiven zu einem positiven Votum gekommen. Beginnend mit 1984 könnten Dividendenausschüttungen in der Größenordnung von mindestens 10 Prozent erwartet werden.

Das Weibacher Unternehmen hatte zuletzt für 1974 eine Dividende von 8 Prozent gezahlt. In den Folgejahren war Hornschuch in tiefste Zahlen geraten, wofür hohe Steuernachforderungen und eine Reihe anderer durch Management ausgelagerte Fehlentwicklungen ursächlich gewesen sind. In einer vierjährigen Sanierungsphase gelang es dem seinerzeitigen Vorstandsvorsitzenden Rein-

MINERALÖLSTUDIE / Die Reihen der Raffineure lichten sich, aber keine Gefahr eines reduzierten Wettbewerbs

## Das Öl nicht länger staatlich diskriminieren

HANS BAUMANN, Essen  
Ein energiepolitischer Handlungsdruck, das Mineralöl durch zusätzliche staatliche Diskriminierungen direkter oder indirekter Art forciert zurückzudrängen, läßt sich angesichts der nachhaltig entspannten Versorgung auf den Weltmärkten zumindest für die achtziger Jahre bis weit in die neunziger nicht mehr rechtfertigen. Zu diesem Ergebnis kommt unter anderem eine umfassende Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln, die Heinz Jürgen Schürmann für das Bundeswirtschaftsministerium angefertigt hat.

Schürmann macht darauf aufmerksam, daß die über die Marktkräfte hinausgehenden Überdrückungsstrategien mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sind. Solche Strategien würden zudem dazu führen, daß ein international wettbewerbsfähiges Energiepreisniveau nachhaltig gestört würde. Der Substitutionswettbewerb bliebe auch dann erhalten, wenn sich die Ölpreise wie erwartet weiter entwickelten und wenn die Einsparprozesse fortwirkten. Angesichts dieser Tendenzen schätzt die Studie die künftigen Rohölversorgungsbedingungen verhältnismäßig positiv ein.

Die Wiedergewinnung der Wirtschaftlichkeit der Rohölverarbeitung im Inland hat nach Schürmann hohe ökonomische Priorität. Nur so lasse sich ein weiteres Ansteigen von Fertigprodukten aus dem Ausland vermeiden. Da viele inländische Raffineure aber nicht über gewinnbringende Rohölförderung (Upstream-Aktivitäten) verfügen, müsse die Strategie der vertikalen Integration verfolgt werden. Alle einheimischen Raffineure ließen erkennen, daß sie Kooperationsformen mit einzelnen Opec-Gesellschaften begrüßen würden. Die Studie stellt zwar fest, daß solche Joint ventures die Eigentümerstrukturen auf den deutschen Ölmärkten noch stärker zugunsten des Auslands verändern würden. Einen bedeutenden Anfluß nationaler Entscheidungsmacht stellten sie jedoch nicht dar.

Die Gesundung der deutschen Raffineriestrukturen hängt weitgehend auch davon ab, in welchem Tempo die anderen EG-Staaten ihre Raffinerieparken durch Stilllegungen dem gesunkenen Bedarf anpassen. Die Bundesregierung müsse hier darauf dringen, daß die inzwischen erreichten Leistungsvorteile der inländischen Raffinerien nicht durch staatliche

oder EG-Subventionen im Ausland aufgesogen würden. Auch die Umweltschutzpolitiken müßten harmonisiert werden, um die Belastungen für alle Raffineriestandorte wettbewerbsneutral zu halten.

Zum Inlandmarkt meint Schürmann, daß der Kreis der Raffinerien sich zu lichten beginne. Es drohe ein enger werdendes Oligopol von Raffineuren. Da aber die Bezugsmöglichkeiten auf den internationalen Produktmärkten günstig seien, bedeuete eine solche Entwicklung noch keineswegs einen reduzierten Wettbewerb auf den einzelnen Vertriebsmärkten. Einige Raffineriegesellschaften hätten ihr inländisches Verarbeitungsrisiko überproportional senken müssen (Veba und BP), dadurch aber an Flexibilität gewonnen. Kurz- bis mittelfristig würden daher keine größeren Raffineriegesellschaften ihr Geschäft aufgeben.

Die Bezugsmöglichkeiten für die unabhängigen Importeure und Händler werden angesichts der internationalen entspannten Versorgungslage als verhältnismäßig günstig beurteilt. Bei einer Fortsetzung der liberalen Ölpolitik dürfte die raffinierenunabhängige Versorgungsguppe ihren (relativen) Marktanteil auch in Zu-

kunft behaupten, meint die Studie. Aus der vorgelegten Analyse bisheriger Anpassungsvorgänge könne keine besondere Schutzbedürftigkeit dieser Anbietergruppe abgeleitet werden.

Schürmanns Therapie auf einen Blick: Fortsetzung des notwendigen Kapazitätsabbaus in privatwirtschaftlicher Verantwortung; Abbau von Öldiskriminierungen; Integration der EG-Ölmärkte, also ohne Marktzugangsbarrieren sowie mit marktorientierten Preisbildungen und harmonisierten Umweltkostenbelastungen; Joint ventures mit Öproduzentenstaaten. Diese einzelnen Stufen der Therapie seien eng miteinander verzahnt, und sie befürchteten sich in dem Maße wechselseitig positiv.

Als Grundfrage bleibe, ob sich das liberale Ölsystem in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der internationalen Bedingungen als stabil erweisen wird, oder ob es instabil werde. Die Notwendigkeit, weitere 20 Mill. Tonnen Raffineriekapazität auf rund 90 Mill. Tonnen (nach 156 Mill. Tonnen in der Spitze) abzubauen, ließe zwar Optimismus zu. Dennoch warnt Schürmann davor, die Strukturkrisis beim Öl als quasi-automatisch gelöst zu betrachten.

MÜNCHNER MESSE

## Zufrieden auf der ganzen Linie

DANKWARD SEITZ, München  
Sehr zufrieden mit dem Verlauf des Messejahres 1983 ist die Unternehmensgruppe Messe München International (MMI). Trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, so Hauptgeschäftsführer Werner Marzin, habe man sich im Einklang mit der Entwicklung der deutschen Messewirtschaft "gut behaupten" können. In doppelter Hinsicht seien "deutliche Fortschritte" erzielt worden: Als Dienstleistungsunternehmen habe die MMI bei ihrer Kundschaft die erreichte Vertrauensposition festigen und weitere Kundenkreise gewinnen können. Aber auch unter betriebswirtschaftlichen Aspekten seien die Erwartungen erfüllt worden.

Insgesamt konnte die Unternehmensgruppe 1983 ihren Umsatz um 22,7 Prozent auf 161,9 Mill. DM ausweiten. Nach Angaben von Marzin entfielen davon rund 93,4 (70,9) Mill. DM auf die MMG Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH, 28 Mill. DM auf die Imago Internationaler Messe- und Ausstellungsdienst GmbH, rund 17 Mill. DM auf die Mode-Woche-München GmbH und 23,5 Mill. DM auf die GDM Gesellschaft für Handwerksausstellungen und -messen mbH. Erzielt wurde dieses Ergebnis mit 179 Veranstaltungen. Auf den Messeplatz München entfielen davon 20 Veranstaltungen, an denen sich 20 645 (21 640) Unternehmen direkt und 2363 (3603) indirekt aus insgesamt 76 (88) Ländern beteiligten. Beansprucht wurde eine Brutto-Ausstellungsfläche von rund 1,5 (1,3) Mill. qm, wovon 1,2 (1,1) Mill. qm belegt waren. Das bedeutet einen Umschlag von fast 11,5 (13) mal der gesamten Hallenkapazität, die seit Februar 1950 (82 500) qm beträgt. Insgesamt kamen zu den Veranstaltungen rund 1,9 (1,7) Mill. Besucher aus 102 (82) Ländern. Die Erweiterung des Hallenareals bezeichnete Marzin als absolut notwendig. Bei dem seit vielen Jahren zu kleinen Flächenangebot hätte nicht mehr lange ordnungsgemäß eine Messe durchgeführt werden können.

RENTENMARKT / Zum Wochenschluß Anzeichen für Stabilisierung der Renditen

## Der Zinsanstieg hat sich fortgesetzt

Der Zinsanstieg hat sich bis zum Freitag fortgesetzt. Im Emissionsgeschäft haben die Renditen wieder ihren Höchststand vom September erreicht. Motor war die Aufwärtsbewegung der Zinsen in den USA, die sich auch in dem am Rentenmarkt mit Aufmerksamkeit verfolgten Anstieg des Dollarkurses niederschlug. Zum Schluß machten sich zwar Anzeichen für eine Stabilisierung der Renditen am deutschen Markt bemerkbar; aber darauf gaben die Experten nicht allzuviel. Sie reagierte wohl nur aus dem Nachlassen des Angebots von Daueremittenten. (cd.)

Emissionen	9.12.	16.12.	30.12.	30.12.	30.12.
	83	83	82	81	80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	8,02	7,90	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunverbände	7,97	7,89	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,07	7,85	7,81	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,29	8,35	8,24	11,52	8,35
Kreditanstalten u. Körperschaften	8,09	8,01	7,86	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,84	7,77	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,49	8,41	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	8,09	8,00	7,63	10,18	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,20	8,14	8,45	10,32	8,32

## Die WGZ-Bank ist eine Bank für Banken.



Fast 700 Volksbanken, Raiffeisenbanken, Spar- und Darlehnskassen arbeiten im Rheinland und in Westfalen mit ihrer regionalen Zentralbank, der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank (WGZ-Bank) zusammen.

Sie ist eine Tochter mit vielen Müttern, und jede hat gleichviel zu sagen. Denn bei dieser eingetragenen Genossenschaftsbank (eG) hat jedes Mitglied eine Stimme.

In erster Linie orientieren sich die Dienstleistungen der WGZ-Bank an der tagtäglichen Inanspruchnahme

ihrer Mitgliedsbanken. Darüber hinaus ist sie Innovationsbörse für die Bankgeschäfte von morgen. Diese Bank für Banken verfügt über eine Vielzahl von Fachabteilungen und Spezialisten. Ein Repräsentant der WGZ-Bank sehen ihre Hauptaufgabe in der Beratung der Geschäftsführung der Mitgliedsbanken. Der direkte Kontakt zur Basis.

Damit der Kundenservice jeder Genossenschaftsbank gleich gut ist.



WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTS-ZENTRALBANK eG

DÜSSELDORF · KÖLN · KÖLN · MÜNSTER





## KATALONIEN

Als die wirtschaftliche Vorzeigeregion Katalonien im Jahre 1975 ihre Autonomie erhielt, wählten sich viele am Ziel ihrer Träume. Inzwischen ist die Euphorie verflogen, weil Madrid im Alltag wieder einzusammeln versucht, was man feierlich

und vertraglich konzidierte. Der Streit um das Ausmaß der Selbstverwaltung beschäftigt jetzt sogar das Verfassungsgericht. Wirtschaftlich bleiben indes größere Probleme aus. Katalonien rüstet sich, Spanien auf EG-Niveau zu ziehen.

## Nimmt die LOAPA der Region historische Privilegien?

Von MANUEL NUÑEZ

Jahrhunderte hindurch haben die Katalanen um ihre Autonomie kämpfen müssen. Die Sonderregierung in den dreißiger Jahren, nach dem Sturz der Monarchie und bis zum spanischen Bürgerkrieg, blieb nur eine kurze Episode. Erst nach dem Ende des Franco-Regimes im Jahre 1975 ging der Wunsch nach Eigenständigkeit in Erfüllung.

Die Euphorie der Anfangsphase hat sich inzwischen wieder gelegt. Es lassen sich nicht alle Vorstellungen von der Autonomie verwirklichen, weil Madrid durch sein Nachgeben Präzedenzfälle für die Bestrebungen anderer, nicht durch die historische Entwicklung legitimer Regionen schaffen würde.

Heute regt sich in Katalonien sogar Argwohn über eine schlechende Beschränkung der Autonomie, durch die Zentralgewalt. „Der Prozess der Autonomie kommt nicht voran, sondern er ist rückläufig“, erklärte Carlos Gasolha. Er ist Abgeordneter der Nationalisten-Partei „Convergencia i Unió“ (CIU) im spanischen Parlament, den Cortes.

Es geht um die Auslegung der Verfassung

„Die Regierung läßt den Regionen nicht genug Spielraum“, befand auch der konservative Oppositionsführer Pedro Schwarz. Madrid leidet an der Zwangsvorstellung, daß ohne seine Aufsicht schlimme Dinge in der Provinz geschehen würden. „Das sei schon möglich, räumte der Parlamentarier ein, aber die Regionalpolitiker müßten auch aus ihren Fehlern lernen.“

Für die Zentralregierung reagiert der Unterstaatssekretär im Ministerium für Gebietsverwaltung, Andrés García de la Riva, mit der Feststellung: „Wir haben es mit einem Problem der Prioritäten zu tun. Dabei geht es um die Auslegung der Verfassung und der Autonomie-Statuten.“

Das Schreckensbild für die Katalanen und andere nach Autonomie strebende Spanier lautet LOAPA. Dahinter verbirgt sich das „Gesetz zur Regelung und Harmonisierung des Autonomie-Prozesses“. Es wurde von den Sozialisten und dem Zentrum ausgearbeitet und im Juni 1982 vom Parlament in Madrid verabschiedet.

Der Konflikt liegt auf der Hand: Während die Autonomie-Statute im Kern politische Vereinbarungen sind, die auf einem Konsensus der

Parteien beruhen und für deren Anwendung guter Wille erforderlich ist, werden mit dem LOAPA legalistische Fesseln für eine restriktive Praxis der Autonomie angelegt.

Die Zentralregierung will auf diesem Wege die „eigenständigen Rechte“ der regionalen Regierungen kassieren und die Vollmachten der Regionalparlamente beschneiden. Alle Gesetzgebung soll letztlich von den Cortes in Madrid ausgehen, auch wenn untergeordnete Parlamente in den Regionen diese betreffende Fragen entscheiden.

Verständlicherweise brachte das LOAPA die Nationalisten im Lande in Harnisch. Sie zogen vor das Verfassungsgericht und führten an, es stelle eine Verfassungsreform durch die Hintertür dar, und zwar mit der durchsichtigen Absicht, die Autonomie-Statute auszuhebeln.

Daß ausgerechnet der Rechtsanwalt Tomás de la Quadra, der für die Sozialisten am Entwurf des LOAPA mitgearbeitet hatte, zum Minister für die Gebietsverwaltung ernannt wurde, hat die Nationalisten ebenso vor den Kopf gestoßen wie dessen Wahl einer Stellvertreterin, nämlich Maria Izquierdo, nach deren Meinung die Katalanen einen zu hohen Anteil an den Steuern für autonome Aufgaben erhielten.

Bisher hat das Verfassungsgericht in 18 von 19 anhängigen Verfahren wegen Autonomie-Disputen zugunsten der Zentralgewalt entschieden. In Sachen LOAPA hieß es nach Erhebung der Klage, die Richter seien unterschiedlicher Auffassung. Deshalb wurde nach einem Ausweg gesucht, der beiden Parteien in dem Verfahren die Möglichkeit zu einer Einigung eröffnete.

Der Tag, an dem die Katalanen im Spanischen Erbfolgekrieg ihre Sonderrechte verloren, der 11. September 1714, wird zur Mahnung für spätere Generationen als Gedenktag in Katalonien begangen. Mit dem Referendum vom 25. Oktober 1979 gewannen sie einen Teil der alten Autonomie zurück.

Catalunya – so die Gebietsbezeichnung in katalonischer Sprache – hatte die Römer und die Westgoten über sich ergehen lassen müssen, ehe es die Spanische Mark des Frankenreiches von Karl dem Großen wurde. Durch Heirat wurde Katalonien 1137 mit Aragon vereinigt. Als dann Aragon mit Kastilien zusammengeschlossen wurde, brachen in Katalonien (1640-59) Aufstände gegen die Zentralherrschaft aus.

Aus diesem Gegensatz nahmen die Katalanen im Spanischen Erbfolge-

krieg für die österreichischen Habsburger Partei, was den siegreichen Bourbonen Philipp V. veranlaßte, die alten Privilegien abzuschaffen. In der Folgezeit blieb die katalonische Frage virulent.

Bevor 1932 die Generalidad de Catalunya geschaffen werden konnte, hatte sich die katalonische Bewegung in eine konservative Richtung, die Verwaltungsautonomie in einem starken Spanien wünschte, und einen radikalen Flügel mit separatistischen Bestrebungen gespalten. Dieser Separatismus wurde von Franco nach seinem Sieg im Bürgerkrieg unterdrückt.

Die Sprache: Kernstück kultureller Identität

Als Katalonisch nicht mehr als offizielle Sprache dieser Region verboten war, war es für Spanier aus anderen Landesteilen ein leichter Schock, in Barcelona in einer abweichenden Zunge angesprochen zu werden. Für die Katalanen war ihre Sprache über alle Widrigkeiten der Geschichte hinweg das Kernstück ihrer kulturellen Identität und ihres eigenen Volkscharakters.

Katalonien macht zwar nur einen kleinen Teil des spanischen Territoriums aus (und ist etwa so groß wie Belgien), aber es zählt mehr als sechs Millionen Einwohner; das sind 16 Prozent der Bevölkerung Spaniens. Katalonien hat einen Anteil von 20 Prozent am gesamten Handel Spaniens und von 25 Prozent an seiner industriellen Produktion.

Während andere Regionen in sich selbst ruhen oder nach Madrid blicken, schaut Katalonien nach Europa und möchte ein Bindeglied zur EG sein. Nicht nur im Fußball existiert eine scharfe Rivalität zwischen Barcelona und Madrid. Die größten Reibungspunkte gibt es zwischen der Generalidad und der Zentralregierung.

Als die Katalonisierung der Behörden und des Unterrichtes vorantrieben wurde, protestierten 2000 Intellektuelle in einem Manifest gegen diese Schulpolitik. Sie erinnerten daran, daß jeder vierte Bewohner Kataloniens in den vergangenen 25 Jahren dorthin – zumeist aus Andalusien – gekommen sei und nur wenig Katalonisch spreche.

Darauf reagierte die Regionalregierung mit der Einschätzung, daß noch etwa zwanzig Jahre vergingen, bis das Sprachen-Problem gelöst sein werde.

## Stadt nationalistischer Avantgarde

Von PASQUAL MARAGALL

Es gibt Städte, die rund um die Macht entstanden sind, die sich bildeten als Antwort auf ihre Ansprüche. Und es gibt Städte, die rund um den Handelsaustausch entstanden und lebten, die wuchsen, nach außen hin offen, dank der konstanten Bereicherung, die der Kontakt über den Handel mit sich bringt.

Barcelona ist eine Stadt, die im Schutze der Transaktionen wuchs, welche ihr das Mittelmeer und seine Grenzlage zum restlichen Europa einbrachte. Es war daher die soziale Klasse, die sich um den Handel kümmerte, die Bourgeoisie, die der Stadt ihren Charakter auftrug. Aber nicht eine Bourgeoisie, die unbeweglich, konservierend auf Kosten von Pfänden lebte, sondern eine Bourgeoisie mit Erneuerungsdrang, Offenheit, Unternehmungsgeist; eine soziale Klasse, die auf Grund ihrer Arbeit reich wurde und die sich um eine kulturelle Umwelt bemühte, als sie sich ihrer wachsenden Macht bewußt wurde.

Persönlichkeit der Stadt

Ein weiteres Merkmal, das sich dieser Beschreibung der Persönlichkeit der Stadt anschließt: Barcelona ist die Hauptstadt Kataloniens, eines Volkes, das im Verlaufe seiner Geschichte größte Schwierigkeiten durchmachen

mußte, um seine nationale Identität zum Ausdruck zu bringen; und die Hauptstadt ist der Schmelztiegel in dem die jahrhundertalten kulturellen und politischen Ansprüche geschmiedet wurden, welche die gemeinsamen Elemente des historischen Werdeganges dieser Stadt darstellen.

Diese beiden Faktoren waren entscheidend im Aufkommen und Entwicklung einer künstlerischen, sehr charakteristischen Bewegung, die an der kulturellen und politischen Entfaltung teilnahm und teilnimmt. In der Tat, der Modernismus entstand in Katalonien – fast ausschließlich in Barcelona – wie eine Bewegung der Avantgarde, nationalistischen Gepräges, angespornt von der gelehrten Bourgeoisie.

Und all dies innerhalb eines globalen Gefüges der kulturellen Rückeroberung – der „Renaixença“, einbezogen in einen umfassenderen Rahmen wohl differenzierter politisch-kultureller Züge – der „Noucentisme“.

Aber obwohl es sich um eine künstlerische Bewegung handelte, angetrieben von einer Gruppe, die sich als Elite bezeichnen konnte, hatte die Verwendung der geschaffenen Werke markant praktischen Charakter; dies war einer der Existenzgründe der Bau- oder die Anlage von Raum für öffentlichen Nutzen, mit eigener Persönlichkeit, die zudem eine Neuerung darstel-

len mußte und klassische Schemata durchbrechen sollte.

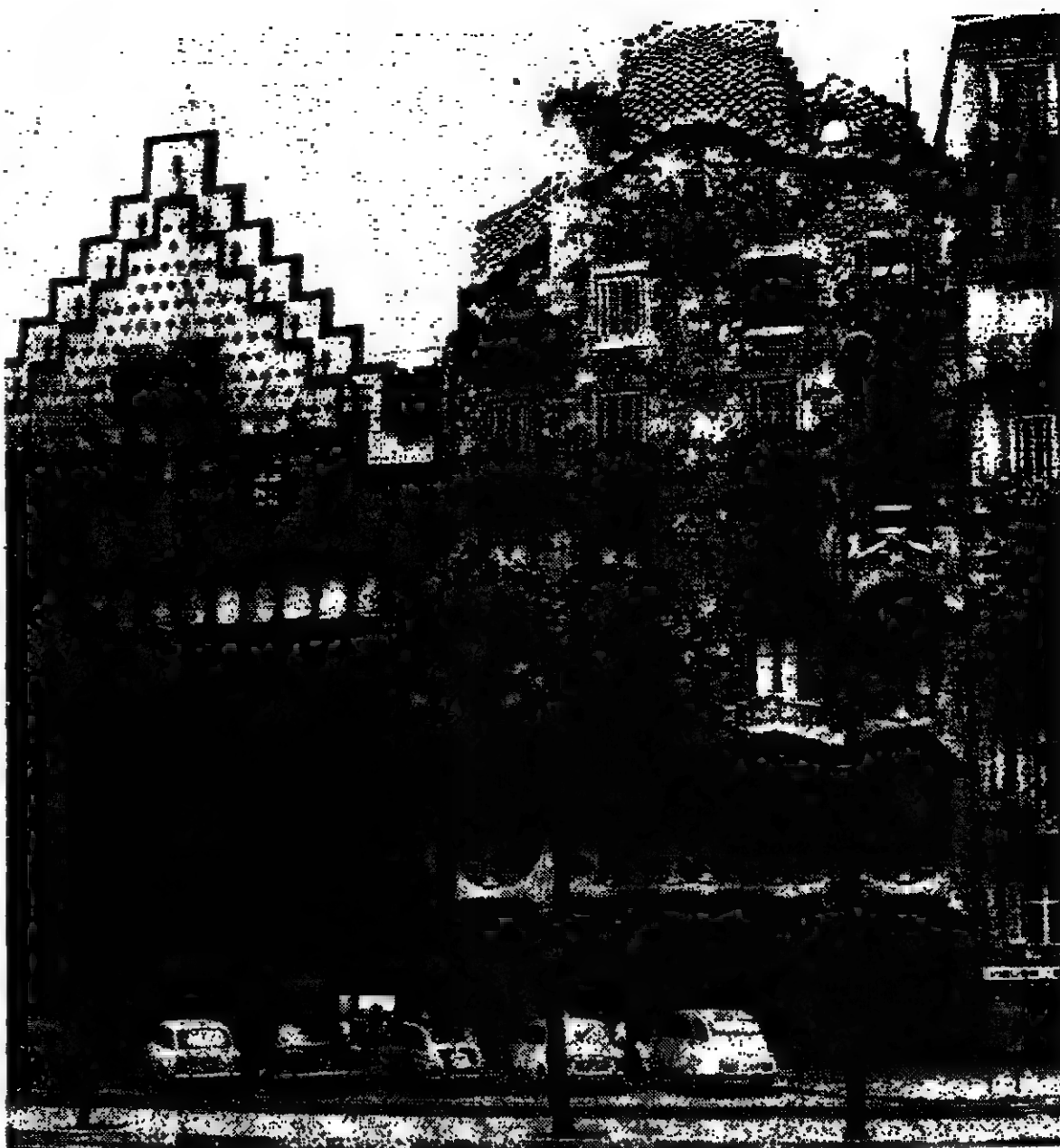
So hinterließ ein Architekt, ein Künstler wie Antonio Gaudí, jenen herrlichen Güell-Park, die Natur in all ihren Formen beanspruchend, sie an einen Funktionalismus anpassend, wie ihn eine Stätte, die der öffentlichen Muße dienen soll, haben muß. Oder die Sagrada Família, erhabener, noch unvollendeter Tempel, oftmals repräsentativ für den katalonischen Nationalismus.

Modern gesinnter Geist

Und ein anderer großer Architekt, Domènec i Montaner, Autor des Palau de la Música Catalana, wo sich oftmals über den Chorgesang die Ansprüche des Volkes, das einer Diktatur unterworfen war, artikuliert haben. Oder die öffentlichen Märkte, denen man in Barcelona den Namen „Plazas“ gibt, vielleicht weil sie einen ganz besonderen Treffpunkt neben ihrer Geschäftsfunktion darstellen.

Der Modernismus hat auf die Ästhetik und auf das Empfinden von Barcelona so viel Einfluß ausgeübt, wie es die Bourgeoisie getan hat, die ihm den Anstoß gab. Der Charakter dieser Stadt, so offen, läßt sich recht gut zusammenfassen in seinem modern gesinnten Geist, einem gastfreundlichen, kosmopolitischen und progressistischen Geist.

PASQUAL MARAGALL ist Bürgermeister von Barcelona.



Im Modernismus setzte sich das Bürgertum Barcelonas ein ewiges Denkmal

FOTO: GERTRAUT BRACHAT - LUMIER

NARCIS SERRA / Ziviler Katalane als spanischer Verteidigungsminister

## Der Beifall stärkte seine Autorität

Die Ernennung des Katalanen Narcis Serra (38) zum spanischen Verteidigungsminister schien die heißeste Entscheidung von Ministerpräsident Felipe Gonzales bei der Zusammenstellung seines Kabinetts gewesen zu sein.

Auf die Militärs mußte Serra in doppelter Hinsicht wie ein rotes Tuch wirken: zum einen als Sozialist und dazu noch ohne geleisteten Wehrdienst, zum anderen als Katalane, da Leute jener Region bisweilen wegen ihres Autonomie-Strebens als Totengräber der Nation angesehen werden.

Für Serra kam es darauf an, mit großem Fingerspitzengefühl diese Aversionen zu überwinden, zumal seine Aufgabe darin besteht, die Armee als mögliche Bedrohung der jungen Demokratie zu neutralisieren. Das soll durch die Betrauung loyaler Offiziere mit Kommandogewalt an strategisch wichtigen Plätzen geschehen.

Aus Katalonien gebürtig, studierte er dort an der Universität Barcelona. Unter dem Franco-Regime wurde Serra wegen verbotener politischer Betätigung relegiert. Danach schloß er sein Studium der Volkswirtschaft an der London School of Economics ab. Sein erstes bedeutendes öffent-

liches Amt übernahm Serra als Bürgermeister von Barcelona. Er rettete die Stadt vor dem bevorstehenden finanziellen Zusammenbruch, setzte trotz heftiger Auseinandersetzungen mit zwei örtlichen Gewerkschaften einschneidende Verwaltungsreformen durch und führte eine kompromißlose Kampagne gegen die Korruption in Barcelona.

Die Hauptstadt-Zeitung „El País“ würdigte Serra als „einen Bürgermeister von Barcelona, der vom Bürgertum anerkannt und von den unteren Schichten bewundert wird.“ Obwohl er im Rathaus auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen war, die in vielen Gemeinden Spaniens die Sozialisten zum Regieren brachten, hielt er sie auf Distanz.

Den Ausschlag für seine Berufung zum spanischen Verteidigungsminister dürfte sein unverkennbares Auftreten in einer delikaten Situation gegeben haben: An den pompösen Paraden zum „Tag der Streitkräfte“ in Barcelona – wenige Wochen nach dem gescheiterten Putsch einiger Militärs im Februar 1981 – nahm er teil, ohne sich zu nationalistischen Tönen hinreißen zu lassen.

Der vollbürtige Minister mit dem starken Akzent seiner katalonischen Heimat besaß keinerlei militärische

Erfahrung, als er das Verteidigungsressort übernahm. Inzwischen wird ihm bescheinigt, daß er sich gut hineingearbeitet habe und daß ein besseres Verhältnis zur Armeeführung bestehe als unter seinem Vorgänger der bürgerlichen Regierung.

Mit zwei Gesetzesvorlagen, die noch vor Jahresende in den Cortes beraten werden sollen, will Serra sowohl das Verteidigungsministerium reorganisieren als auch die Armee modernisieren. Spanien hat zu viele und zu gering bezahlte Soldaten. Die Verringerung des Mannschaftsbestandes soll mit einer Erhöhung der militärischen Schlagkraft einhergehen.

Als im Sommer rechtsextreme Manifeste zirkulierten und hochrangige Offiziere in der Zeitung „El Alcazar“ eine Amnestie für die Putschisten von 1981 forderten, handelte Serra schnell und entschlossen. Ein Unterzeichner, Generalleutnant Fernando de Santiago, früher stellvertretender Ministerpräsident und heute ein führender Kopf weit rechtsstehender Militärs, wurde auf Anordnung Serras unter Hausarrest gestellt.

Der Beifall aus fast allen politischen Lagern stärkte die Autorität des sozialistischen Verteidigungsministers aus Katalonien.

G.K.

## GESCHICHTE

### Zwei Sprachen und zwei Flaggen

Seit einigen Jahren wehen in Barcelona, dem geistigen, politischen und wirtschaftlichen Zentrum in Katalonien, wieder zwei Flaggen, die spanische (National-)Flagge und die Flagge von Katalonien.

Von 1839 bis 1975 war sie verboten. Erst die Nach-Franco-Politik gab den autonomen Regionen in Katalonien wieder eine Bedeutung. Denn was heute die spanischen Provinzen Gerona, Barcelona, Lerida und Tarragona bilden, war bis 1714 und von 1832 bis 1939 die autonome Region Katalonien. Der Status ging 1714 verloren, als kastilische Truppen Barcelona eroberten. Katalonien verlor seine eigene Sprache, Kultur und politische Eigenständigkeit.

In der Nach-Franco-Zeit erhielt die Autonomie-Bewegung neue Triebkraft und konnte sich auch politisch durchsetzen. Das Autonomie-Gesetz ist sichtbares Zeichen dafür.

Historischer Anknüpfungspunkt für die katalonische Bewegung ist die mittelalterliche Blütezeit der unabhängigen katalano-aragonesischen Konföderation, die bis ins 15. Jahrhundert politisch, kulturell und wirtschaftlich das ganze westliche Mittelmeer dominierte. Dazu gehörten auch die katalonischen Königreiche Valencia und Mallorca, die sich zwar eigene Regenten hielten, aber sich kulturell und ethnisch als Einheit verstanden. Katalanen trieben in dieser Zeit Handel in Gent, Brügge, London und anderswo.

Das „Consolat del Mar“ bestimmte die Handelsströme und herrschte von Tunis bis nach Sizilien. Der Niedergang setzte dann durch soziale Konflikte im 15. Jahrhundert ein. Katalonien verlor nach und nach seine beherrschende Stellung, wurde dann 1714 selbst als autonome Macht aufgelöst.

Katalonien hatte den Fehler begangen, sich auf die Seite der Engländer und Österreicher zu schlagen, während Kastilien mit dem (siegreichen) Frankreich im Spanischen Erbfolgekrieg verbündet war. Diese Bündnispolitik hatte bis in die Gegenwart Folgen und hat nicht unerheblich zur Krisenpolitik um Katalonien beigetragen. Erst die Nach-Franco-Zeit gab den Katalanen wieder etwas von ihrer alten Selbstständigkeit.

Sichtbares Zeichen für diese Entwicklung sind die eigene Fahne und die Lehre der eigenen Sprache.

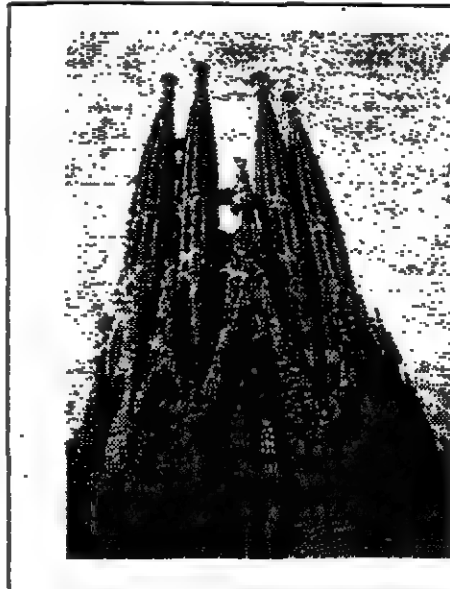
Das historische Territorium umfaßt rund 80 000 km² und umfaßt Andorra, Valencia, Balearn und die südfranzösische Provinz Roussillon. Mit Ausnahme von Andorra ist Katalanisch, eine romanische Sprache, irgendwo offiziell anerkannt. Daher wird in Katalonien neben Katalanisch Spanisch gesprochen und gelehrt.

Nach einer Regierungsbefragung in Katalonien gaben rund 94 Prozent der Einwohner an, recht gut ihre alte Sprache verstehen zu können. Aber nur ein Drittel aller Einwohner können es auch schreiben. JAN WILD

## Ajuntament de Barcelona

BARCELONA: EINE KULTUR, DIE ALLEN OFFENSTEHT

Barcelona ist eine Stadt, die sich allen öffnet: Besucher finden hier Gastfreundschaft, Lebenswürdigkeit und eine Kultur, die allen offensteht.



Informieren Sie sich bei Ihrem Reisebüro. Zusätzliche Auskünfte erhalten Sie bei: Oficinas de Información del Ayuntamiento de Barcelona (Auskunftsstelle des Rathauses von Barcelona) – Telefon: 3 01 96 94



WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG / Das Fehlen der Schwerindustrie erwies sich als Glücksfall

## Mit Mittelbetrieben flexibel geblieben

Katalonien ist die spanische Provinz, die wirtschaftlich am weitesten vorangekommen und dieses bezieht sich nicht nur auf das Entwicklungstempo in den vergangenen beiden Jahrzehnten, sondern auch auf die industrielle Breite. Aber auch der Dienstleistungssektor hat in den vergangenen zwanzig Jahren immer mehr an Gewicht gewonnen. „In Katalonien gibt es nichts, was es nicht gibt.“ Dieses ist sicherlich übertrieben. Aber dieses Wort eines spanischen Händlers, der sein Büro in Madrid hat, spiegelt doch etwas von der Bedeutung Kataloniens für Spanien wider.

Dabei spielt auch eine Rolle, daß sich die Firmen dieser Region traditionell auch nach Norden orientieren. Daher wurde hier der bevorstehende Beitritt zur Gemeinschaft stets befürwortet. Zwar wird dieses Ereignis, für das der endgültige Termin nach dem Scheitern des Athener EG-Gipfels immer noch nicht genau feststeht, wobei nach wie vor der 1. Januar 1986 angepeilt wird, auch nicht ohne Folgen für die Betriebe bleiben können. Aber Sachkenner in Barcelona versprechen sich von diesem Stahlbad einiges. Sie glauben, daß schließlich die Wirtschaft daraus gehärtet hervorgehen wird.

### Was wird nach Athen?

Sie sprechen von einer weiteren heilsamen Anpassung. Und gewandelt hat sich die Wirtschaft Kataloniens in den vergangenen Jahren bereits in erheblichen Maße. Eine Zahlenreihe verdeutlicht auch die wirtschaftliche Stärke Kataloniens im spanischen Verbund: Auf sechs Prozent der Fläche mit rund 16 Prozent der Bevölkerung entfiel hier mehr als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Selbst die Landwirtschaft wurde in den vergangenen Jahren schon mit dem Blick auf einen späteren Beitritt zur EG modernisiert und wettbewerbsfähiger gemacht.

Dabei spielt zu Beginn der achtziger Jahre die Landwirtschaft eigentlich nur noch eine untergeordnete Rolle in dieser Region. 1962 waren noch 15,4 Prozent der Beschäftigten in Katalonien in der Landwirtschaft tätig, während es damals im Durchschnitt Spaniens noch 37,2 Prozent waren. Bis 1971 war diese Quote in Katalonien auf 10,6 und im spani-

schen Durchschnitt auf 27,4 Prozent gesunken. Zu Beginn der achtziger Jahre waren es in Katalonien sogar nur noch 6,7 Prozent. Im gesamten Land lag die Quote mit 18,6 Prozent nahezu dreimal so hoch.

Dabei hat sich während dieser Zeitspanne das Gewicht der Industrie nicht mehr verändert, gemessen an dem Anteil der Beschäftigtenzahlen ist es sogar leicht gesunken. Zwischen 1962 und 1981 ist der Anteil derjenigen, die einen Arbeitsplatz in der Industrie haben, an der Gesamtbeschäftigung leicht von 40,6 auf 39,2 Prozent gesunken. Die überdurchschnittliche Industrialisierung Kataloniens zeigt sich auch daran, daß während dieser Zeit die entsprechende Quote für Gesamt-Spanien nur von 24,5 auf 27,3 Prozent zugenommen hat. Kaum aus der Reihe fällt bei dieser Betrachtung die Bauwirtschaft. Vor zwanzig Jahren waren bei ihr in Katalonien 8,3 Prozent, jetzt 9,2 Prozent der Beschäftigten registriert. Im gesamten Land stieg die Quote von 7,4 Prozent auf neun Prozent.

Erhebliche Gewichtsverluste konnte der Dienstleistungssektor sowohl in Katalonien als auch im Durchschnitt des Landes erreichen. Gemessen an den Beschäftigtenzahlen spielt er heute bereits eine größere Rolle als die Industrie, wobei sich hier der Einfluß und die stete Zunahme des Tourismus widerspiegelt. Heute finden in Katalonien 44,7 Prozent der Beschäftigten in Dienstleistungsbetrieben ihr Brot. 1962 waren es erst 35,1 Prozent. Im Landesdurchschnitt wurde sogar eine Zunahme von 30,7 auf 45 Prozent registriert.

Rund ein Viertel der spanischen Industrieproduktion kommt aus Katalonien. Vor dem zweiten Ölpreisschock hat sie in erheblichem Umfang von der guten wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Landes profitiert. Die Hauptindustriestruktur in dieser Region sind die chemische und petrochemische Industrie, die Zementproduktion, Maschinen- und Fahrzeugbau, Druckindustrie und die Herstellung von Textilien und Schuhen. Die Textilindustrie ist der älteste Zweig, die Autoindustrie ist relativ neu, am modernsten ist die Elektronikindustrie, die auch in dieser Region vertreten ist.

Rund 70 Prozent der spanischen Textilproduktion stammt aus Katalonien. Abgesehen von der Bauwirtschaft sind diese Betriebe die wich-

tigsten Arbeitgeber. Aber hier sind bis zum Beitritt noch erhebliche Anpassungen notwendig, wenn die Betriebe in dem dann härter werdenden Wettbewerb bestehen wollen. Die Pläne zur Verbesserung der Produktivität sind trotz der weltweiten Krise in diesem Bereich in den vergangenen Jahren bereits angelaufen.

### Stark mit Chemie

Die Textilindustrie war auch der Grund, daß sich in dieser Region eine chemische Industrie angesiedelt hat. Rund ein Drittel der spanischen Chemie hat ihren Sitz in Katalonien. Dieses hat auch zum Aufbau einer gewissen pharmazeutischen Industrie im Umfeld der internationalen Chemiekonzerne geführt, die sich nach dem zweiten Weltkrieg hier angesiedelt haben. Die petrochemische Industrie, die vor allem in der Umgebung von Tarragona zu Hause ist, hat dort bereits zu erheblichen Umweltproblemen geführt. Aber auch damit hoffen die Katalanen fertig zu werden.

Im Maschinenbau ragt die Automobilindustrie hervor. In Barcelona ist der älteste SEAT-Betrieb, der auch international einen guten Ruf hat. Hierherum haben sich eine große Zahl von Zulieferunternehmen angesiedelt. Diese arbeiten aber auch für den größten katalanischen Konzern, Motor Iberica. Dieser stellt Lastwagen, Traktoren, Jeeps und Dieselmotoren her.

Hoch entwickelt sind in Barcelona aber auch die Druckindustrie und das Verlagswesen. Nahezu ein Drittel aller spanischen Publikationen werden hier gedruckt und verlegt. Dieser Bereich ist sehr exportorientiert, wobei traditionell Lateinamerika im Mittelpunkt des Interesses steht.

Aber selbst die Spitzentechnologie soll hier in den nächsten Jahren noch an Bedeutung gewinnen. Mit der Elektronik wurde der Anfang gemacht. Weitere Bereiche sollen hinzukommen.

Was zunächst als Hemmnis angesehen wurde, hat sich in den letzten Jahren als ein Glücksfall erwiesen, nämlich das Fehlen einer nennenswerten Schwerindustrie. Die Stahlkrise konnte daher auch nicht auf Katalonien übergreifen. Die Stahlindustrie findet sich im Baskenland und in Asturien. Dazu haben die Kohle- und Erzkvorkommen neben dem Angebot an Elektrizität aus Wasserkraftwerken beigetragen. Die baski-

schen Häfen sind für den Umschlag von Rohstoffen auch geeigneter als die Kataloniens. Daher verfügt diese Provinz auch über keine nennenswerten Werften.

Überhaupt: Die katalanische Wirtschaft wird nicht durch einige wenige Großbetriebe geprägt, sondern durch die Vielzahl kleinerer und mittlerer Firmen. Angesichts der angeborenen Flexibilität der Katalanen liegt hier ein Grund für die Stärke und Widerstandskraft der Unternehmen.

Ein Problem ergibt sich allerdings dadurch, daß viele Betriebe sehr arbeitsintensiv sind und gegründet wurden, als die Löhne noch vergleichsweise sehr niedrig waren. Einigen fehlen jetzt die Mittel, um die notwendigen Anpassungen vornehmen zu können. Trotzdem: Die katalanische Wirtschaft wurde von der Rezession der vergangenen Jahre auch hart getroffen, aber es hätte schlimmer kommen können, wie der Blick auf andere Provinzen zeigt.

Zwar gilt Katalonien als reiche Provinz. Aber innerhalb gibt es erhebliche Unterschiede. Das Gefälle von der Küste zum Landesinneren ist erheblich. Der Küstenstrich profitiert nicht nur vom Tourismus, sondern hier liegen auch Barcelona und Tarragona mit ihren Häfen und dem industriellen Umland.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Fast der gesamte Landverkehr zwischen Frankreich und Spanien läuft an der Küste entlang. Von den vier Provinzen Barcelona, Gerona, Llerida und Tarragona schneidet daher Llerida am schlechtesten ab. Hier dominieren der Getreideanbau und die Olivenproduktion.

In Barcelona und seinen Vororten leben allein rund 70 Prozent der Bevölkerung Kataloniens. Die stürmische Entwicklung hat hier zu den bekanntesten weltweiten Problemen geführt - angefangen von einer ungeplanten Besiedlung über die Umweltprobleme bis hin zum unzureichenden Verkehrsfluß. Daraus folgt, daß eine der Hauptaufgaben in den nächsten Jahren in einem weiteren Ausbau der Infrastruktur liegen wird. Dieses wurde erkannt, und es wurde auch bereits damit begonnen.

Gerade wenn der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft vollzogen sein wird, dürfte sich der Warenaustausch und damit auch die Belastung des Straßennetzes noch weiter erhöhen.

HANS DACHS

## Auf einen Blick

### FLÄCHE

31 900 km<sup>2</sup>

### GEBIET

Teilgebiet des spanischen Staates, das zwischen den Pyrenäen, dem Mittelmeer und dem Unterlauf des Ebro ein annäherndes Dreieck bildet, territorial in die vier Provinzen Gerona, Barcelona, Tarragona und Llerida aufgeteilt ist. Seit Sommer 1979 Autonomiestatut, das der regionalen Administration erhebliche Kompetenzen zugesteht.

### BEVÖLKERUNG

Die Katalanen bilden eine eigenständige homogene Rassen- und Sprachengruppe. WIRTSCHAFT ALLGEMEIN Wirtschaftliche Pararegion Spaniens. Die Industrie konzentriert sich im wesentlichen auf das Küstengebiet um die Zentren Barcelona und Tarragona. Die Textilindustrie verarbeitet hauptsächlich Baumwolle; Wollspinnerei und -weberei finden sich vor allem in Barcelona. Infolge der Ansiedlung ausländischer Betriebe in Katalonien entwickelte sich eine bedeutende eisenverarbeitende und -verarbeitende Industrie (Verarbeitung nordspanischer und importierter Erze, u. a. Automobil-, Lokomotiv- und Maschinenbau). Daneben Papier-, Möbel- und chemische Industrie, Lederverarbeitung sowie Nahrungsmittelindustrie. Wirtschaftlich von immer größerer Bedeutung ist der Fremdenverkehr, der an der katalanischen Küste (Costa Brava und Costa Dorada) konstanten Zuwachs verzeichnet.

### WICHTIGE ADRESSEN

#### IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Königlich Spanische Botschaft, Schloßstraße 4, 5300 Bonn, Tel.: 02 28 / 21 70 94.

#### Spanische Generalkonsulate in:

1000 Berlin 30, Lichtensteinallee 1, Tel.: 0 30 / 2 61 60 81.

2800 Bremen, Schwachhauser Ring 124, Tel. 04 21 / 34 40 90.

4000 Düsseldorf, Homberger Straße 16, Tel.: 02 11 / 43 47 77.

6000 Frankfurt 1, Gutleustraße 45, Tel.: 06 11 / 25 10 13.

2000 Hamburg 13, Mittelweg 37, Tel.: 0 40 / 44 38 20.

3000 Hannover, Wedekindstraße 32, Tel.: 05 11 / 31 59 17.

8000 München 81, Oberföhringer Straße 45, Tel.: 0 89 / 98 76 72.

7000 Stuttgart, Lenzstraße 61, Tel.: 07 11 / 22 50 91.

Spanisches Fremdenverkehrsamt:

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 81, Tel.: 02 11 / 37 04 67.

6000 Frankfurt, Steinweg 5, Tel.: 06 11 / 28 27 82.

2000 Hamburg 1, Ferdinandstraße 64-68, Tel.: 0 40 / 33 07 87.

8000 München 2, Oberanger 6, Tel.: 0 89 / 26 75 84.

Ämtliche Spanische Handelskammer für Deutschland, Schaumainkai 83, 6000 Frankfurt 70, Tel.: 06 11 / 63 80 31.

Spanische Eisenbahnen, Generalvertretung, Gersonstraße 25-29, 5000 Köln 1, Tel.: 02 21 / 13 56 07.

IBERIA, Westendstraße 12, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 72 82 54.



Monotone Silobebauung für den Tourismus ist kein Muß, Castello Circo Rosas/Gerona. Foto: Wolf Tillmanns

IN SPANIEN  
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Calle de Fortuny 8, Madrid 4, Tel.: 0 03 41 / 4 19 91 00.  
Generalkonsulat in Barcelona, Paseo de Gracia 111, Barcelona 8, Tel.: 0 03 / 43 / 2 18 47 50.  
Deutsche Handelskammer für Spanien, Hauptgeschäftsstelle, Paseo de la Castellana 18, Madrid 1, Tel.: 0 03 41 / 2 75 40 00.  
Deutsche Handelskammer für Spanien, Geschäftsstelle Barcelona, Calle Correaga 301-303, Barcelona 8, Tel.: 0 03 43 / 2 18 82 82.

## Fragen Sie, Fragen Sie,...

Fragen Sie die Touristen, die an der Costa Brava gewesen sind, im El Maresme, an der Costa Dorada, in Madrid, auf Mallorca und in Valencia.

Fragen Sie diejenigen, die Überweisungen vorgenommen haben oder Devisenkonten bei der Banco de Sabadell unterhalten.

Sie antworten Ihnen: Bravo! Pünktlich und präzise.

Fragen Sie die Industrie- und Handelsbetriebe, die normalerweise mit dem Spanischen Markt arbeiten.

Fragen Sie die, wie die Zusammenarbeit mit der Banco de Sabadell funktioniert.

Sie antworten Ihnen: Bravo! Pünktlich, präzise, schnell und zuverlässig.

Fragen Sie doch mal die Banken, die mit Spanien arbeiten oder hier Korrespondenten haben.

Fragen Sie sie über die Solvenz, Kapazität, Präzision und Pünktlichkeit der Banco de Sabadell.

Die Antwort wird wohl einstimmig sein:

**BRAVO!**



**BANCO DE SABADELL**

Über ein Jahrhundert Bankerfahrung  
Die Antwort auf einen guten Dienst

## COSTA DORADA

21 Jahre Erfahrung in der Region

Wiederverkauf eines Studios mit Strandfront DM 32 000,-  
Bungalows mit 2 Schlafzimmern DM 69 000,-  
Große Villa mit 3 Schlafzimmern DM 140 000,-

Neue günstige Objekte, nur 30 m vom Strand: Luxus-Bungalows (Duplex) mit Keller und priv. Garten, 2, 3 Schlafzimmern, DM 123 000,- und DM 130 000,-

Kreditmöglichkeiten von 12 und 21 Jahren. Vermietungsdienst für Ihren nächsten Urlaub.  
Sichern Sie sich Ihren Bungalow schon jetzt!

Auskünfte erteilt:

**CALIDOSOL**  
Miami Playa  
Tarragona / Spanien

Perfekt  
spanisch lernen in  
Barcelona!



eurolingua  
Europäische, Prof. de Inglés y Francés  
und andere  
multimedialen Sprachkurse in Spanien  
mit Sprachspielen  
Name \_\_\_\_\_  
Vorname \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
Postleitzahl \_\_\_\_\_  
e  
Spanisch in Spanien lernen.  
Perfekt, rasch, effektiv  
eurolingua  
Europäische, Prof. de Inglés y Francés  
und andere  
multimedialen Sprachkurse in Spanien  
mit Sprachspielen  
21 werden nur  
Herrn HUBERT, Apollonstraße 14  
2000 Hamburg 72  
Tel. 0 40 / 6 77 31 12



**CORDON NEGRO**  
BOUQUET FREIXENET

San Sadurni de Noya - España



Spaniens größtes Automobilunternehmen, die Seat-Werke, schicken dieser Tage ihren ersten eigenen Wagen, einen Seat-Seat, wie Präsident Juan Miguel Antonanzas in einem Gespräch mit der WELT sagte, auf den internationalen Automobilmarkt. „Der Wagen wird Ibiza heißen, das verbindet gerade viele Deutsche mit Erinnerungen an einen hoffentlich glücklichen Urlaub der Balearen-Insel.“ Und das entspricht auch den Charakteristiken dieses schnellen, modernen Wagens, der mit den letzten Raffinessen der Automobilindustrie ausgestattet ist.

Neuer Seat-Partner (nach Fiat) ist seit 1982 das deutsche Volkswagenwerk. Nach einem Jahr der Zusammenarbeit sagte Antonanzas: „Wir suchten uns einen guten Sozios, der uns Technologie und Märkte auch für unsere eigene Produktion erschließt und sichert. Mit Volkswagen haben wir in beiden Richtungen Erfolg. Nach einem Jahr der Zusammenarbeit mit VW stellen wir fest, daß wir kommerziell und industriell gut vorankommen: VW konnte seinen Verkauf in Spanien mit Hilfe unserer Verkaufsorganisation verdoppeln.“

GESPRÄCH MIT SEAT-PRÄSIDENT JUAN MIGUEL ANTONANZAS

## Nach Leidenszeit zum Break-even-Point

Dies ist die kommerzielle Seite unseres Vertrages, bei der wir das größte Verkaufsnetz im Lande bieten und bei dem nunmehr Seat in ganz Spanien mit dem Namen Volkswagen und Audi verbunden bleibt. Die industrielle Zusammenarbeit sieht die Produktion von Passat, Santana und Polo im Seat-Werk Landaben bei Pamplona vor. Zuerst bauen wir einen in allen Teilen deutschen Wagen auf einer der modernsten, vielleicht überhaupt der modernsten Montagestraße Europas; sie gehört uns. Später rollt der Wagen mit 45 Prozent in Spanien fabrizierten Einzelteilen aus der Halle.“

Der Seat-eigene Wagen Ibiza, dessen Motor in Zusammenarbeit mit Porsche entwickelt wurde, wie wird der produziert? Präsident Antonanzas: „Auch hierbei nutzt uns die Zusammenarbeit mit VW, und zwar auf technologischem Gebiet. Wir werden die Produktion rationalisieren in der Weise, daß zum Beispiel die gleichen

Farbkabinen für den Passat und für den Ibiza genutzt werden. So können wir unsere Kapazität voll nutzen.“

Drei der vier Seat-Fabriken befinden sich in Katalonien. Im Superlaboratorium, dem technischen Forschungs- und Entwicklungszentrum



Zufrieden mit Partner VW  
Seat-Chef Antonanzas  
Foto: DW

von Seat in der Nähe von Martorell, wurde der künftige Ibiza entwickelt. Gebaut wird dieser Wagen vor allem in Barcelona selbst in direkter Nähe neben vielen Zuliefererfabriken. „In alten Hallen gewiß, aber mit den neuesten Autobot-Maschinen, die es auf dem Markt gibt. In Prat entstehen Getriebe, die Motoren werden in Martorell gebaut.“

Wenn jetzt die spanische Schwerindustrie einem streng restriktiven Sanierungsplan unterworfen wird, dann kann Seat-Präsident Antonanzas voller Genugtuung feststellen: „Wir haben diesen Prozeß bereits hinter uns. Während einer Leidenszeit von drei Jahren reduzierten wir den Stand der Beschäftigten von 32 500 Menschen auf heute 24 800 Personen. Gewiß ein sehr schmerzhafter Prozeß, bei dem wir fast 30 Prozent der Mitarbeiter entlassen mußten, und zwar auf allen Ebenen – auch auf der obersten.“

Wir können jetzt jedoch unsere Kapazitäten voll nutzen und werden

vielleicht schon Ende 1984 bei einer Produktion von 400 000 Wagen insgesamt – also VW und Seat – den Break-even-Point erreichen. Und dann werden auch die Zeiten der roten Zahlen für unsere Gesellschaft abgeschlossen sein.“

Die vernünftig angesetzten Verkaufserwartungen lassen die gestreckten Ziele auch erreichbar erscheinen, wenn Seat einen noch fälligen Überbrückungskredit von der staatlichen Holding INI erhält. Andererseits deutet gerade die Verbindung mit der ehrgeizigen Regierung, die Erfolge vorzeigen muß, eine Garantie für die letzten Hilfestellungen.

In Deutschland verkauft Alfred G. Kutschner unseren Ibiza – und zwar ausschließlich – mit einem eigenen Verkaufsnetz und eigenen Ersatzteillagern in 170 Städten. Wir wollen aber ein Kleiner in Deutschland bleiben, so daß die enge Zusammenarbeit mit VW nicht gestört werden kann. Ich denke deshalb, daß Volkswagen und Seat schon in den nächsten Jahren einer zweiten Etappe der noch engeren Zusammenarbeit entgegengehen. Mehr will und kann ich noch nicht sagen.“ ROLF GOERTZ

SEKT / Nach der Champagner-Methode

## Zu Unrecht unbekannt

Spanien ist mit 25 Millionen Hektar Wein pro Jahr nach Frankreich und Italien der drittgrößte Weinerzeuger der Welt. Die Anbaufläche ist mit 1,5 Millionen Hektar sogar die größte der Welt. Einen erheblichen Anteil hat Katalonien. Dennoch sind die Weine und Sekt aus Katalonien weit weniger bekannt als zum Beispiel Sherry (aus Andalusien) und Rioja (im Norden Spaniens). „Ganz zu Unrecht“, meint Weinkenner und Weinimporteur Enrique Kasten vom „Vino Club“ in Hamburg (2 Hamburg 50, Schützenstraße 89).

Da ist Penades oder wie die Spanier sagen, Panades. Dieses Gebiet südlich von Barcelona erzeugt Massen von Weißweinen, der in den Sektkellereien von San Sadurn de Noya und Codorniu geht.

Der Weinbau in Penades hat eine lange Tradition. Schon die Phönizier brachten rund 700 Jahrhunderte vor Christi Geburt die ersten Rebstöcke mit ihren Schiffen an das Land, deren Küsten vom Mittelmeer begrenzt

werden. Heute ist El Penades eine üppige Realität mit über 50 000 Hektar, von denen rund 20 000 Hektar nur für den Anbau einer Rebsorte bestimmt wurden. Der unterschiedliche Anbau verschiedener Rebsorten in den übrigen Gebieten hat eine Variation von lieblichen Weinen ergeben.

Besonders berühmt sind die „Cavas“. Sekt (Cava = Criado en Cava, im Keller geboren) nach der Champagner-Methode. Der Hamburger Importeur Enrique Kasten empfiehlt Sekt aus Katalonien: „Der Schaumwein aus Katalonien zeichnet sich durch ein hochfeines Aroma, durch die innige Verbindung der Hefe mit dem Wein und besonders zarte Perlung aus. Nicht zu vergessen der Preis pro Flasche. Bei gleicher Qualität liegt er etwa bei einem Drittel eines französischen Champagners.“

JAN MEHRER

KATALONIEN  
Redaktion: H.-H. Holzner, Bonn  
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

# SEAT, FREIE FAHRT FÜR EUROPA

## Außennetz in 11 Ländern mit 700 Vertriebsfirmen

Es gibt ein spanisches Sprichwort, das getreu den natürlichen Optimismus jener Zone am Mittelmeer, gebadet von warmen Strandplätzen und überzogen von einem herausfordernd blauen Himmel wiedergibt: „Es gibt kein Übel, das nicht auch gelegen kommt.“

Wenn wir von SEAT sprechen, gerade jetzt in diesen letzten Momenten des Jahres, liegt es auf der Hand, den kürzlichen Schiedsspruch zu erwähnen, den der Internationale Hof in Paris zugunsten von SEAT erlassen hat in dem Rechtsstreit, der von Fiat erhoben wurde, angesichts des Exportes des Modells Ronda.

Wenn wir objektiv die Lage analysieren, ist es jetzt ein Jahr her, daß die Sociedad Española de Automóviles de Turismo (SEAT) ihr



SEAT auf dem Internationalen Automobilsalon in Frankfurt/Main

ehrgelobtes Programm oder Projekt in Gang setzte, in Europa und anderen Erdteilen ihr eigenes Netz an Vertragshändlern einzurichten, um den Export ihrer Produkte zu kanalisieren. Das erste Modell, das die spanische Grenze überschritt, gehörte zur Familie Ronda in seinen verschiedenen Varianten. Es handelt sich um ein weiß restilitiertes Auto auf der Grundlage des alten Ritmo der Firma Fiat, gemäß der zwischen beiden Unternehmen im Moment ihres Auseinandergehens eingegangenen Verträge.

Dennoch kam wie eine kalte Dusche für das spanische Unternehmen die von Fiat erhobene Klage in der Absicht, dieses Modell Ronda in die vier Wände des nationalen Marktes einschließen zu wollen, ohne ein Durchdringen nach außen zu gestatten. Trotz dieser Streitsache, die bis zum vergangenen 24. November anstand, hatte SEAT den Mut, ein ausgedehntes europäisches Netz von Vertragshändlern einzurichten und „gegen Wind und Wellengang“ in weniger als sechs Monaten über 30 000 Wagen auszuführen.

Niemand bleibt die enorme Dosis an Risiko verborgen, die die Ungewißheit über das Urteil während des ganzen Jahres 1983 das Auslandsprojekt von SEAT begleitete, sowohl gegenüber etwaiger Importeure als auch bei den Käufern. Wäre es nicht die Redlichkeit und das Fachkönnen der leitenden Direktoren von SEAT gewesen sowie die Qualität/Preis des angebotenen Produktes, hätten sich sehr wenige Importeure darauf eingelassen, sich geschäftlich an das spanische Unternehmen zu binden und sehr wenige Käufer hätten ihr Vertrauen einem Artikel entgegengebracht, das beim Internationalen Hof in Paris anhängig war. Vor allem, wo der europäische Markt doch eine so enorme Sättigung im Angebot nationaler und multinationaler, solide seit vielen Jahren etablierter Unternehmen erreicht hat.

Diese entfremdete Atmosphäre des Mißtrauens ist oft noch von einer gewissen Presse verschärft worden, die anhand großer Überschriften Interesse daran zu haben schien, daß die öffentliche Meinung in Europa des gefährlichen Zwischenzustandes von SEAT und seiner Rondas gewahr werde. Aber die Botschaften der Massenmittel enthalten auf Grund ihrer eigenen Natur immer Unvorhersehbares, und in diesem Falle – wie in anderen – erzeugte die negative Werbung, die häufig die Kommentare einhüllte, eine Bumerangwirkung, und sie richtete sich gegen die Verursachenden selbst. Das heißt, das Publikum verstand den Streich und zog die Konsequenz, daß niemand einen schwachen Konkurrenten bekämpft und nie-

mand Speichel oder Tinte vergeudet, um etwas zu vernichten, was der Mühe nicht wert ist.

Jemand hat biblisch in diesem Duell Fiat mit dem Giganten Goliath und SEAT mit dem kleinen Schächer David verglichen. Aber auch wenn wir bewußter Bezugnahmen entbehren, hat auch in diesem Fall das Ergebnis der Fabel den Irrtum gezeigt, den entscheidenden Wert der Körperstatur zu unterschätzen.

In erster Linie war SEAT nicht jener Neuling, wie einige SEAT vorstellen wollten. Ein Unternehmen mit dreißig Jahren Geschichte auf dem Rücken und mit einer kumulativen Produktion von über 5 000 000 Fahrzeugen. Selbst auf dem Gebiet des Exportes hat das spanische Unternehmen auf seiner Habenseite mehr als eine Million Wagen, die Europa unter dem Namen von Fiat durchfahren haben und noch durchfahren.

Die gegenwärtige Etappe der Autonomie beginnt daher nach einer langen Einfahrzeit, und der wesentliche Unterschied liegt darin, daß man nunmehr nach außen mit offenem Antlitz konkurriert. Der von der Leitung SEAT „für Europa aufgezeichnete Plan“ setzt sich aus drei Abschnitten zusammen: Eindringen, Ausdehnung, Konsolidierung. Diese drei Etappen der europäischen Strategie stimmen genau mit den Vorhaben neuer Produkte, ihrer Geschäftskapitalisierung und den Programmen für den Kundendienst überein.

Im Verlauf der ersten Etappe, die mit Beginn des Jahres 1983 anließ, war das Ziel von SEAT, Fuß zu fassen in den hauptsächlichsten Märkten Europas. Ein Beweis der blitzartigen Bemühungen sind die elf Importeure, die in den ersten Monaten dieses Jahres das Außennetz der SEAT-Vertragshändler bereicherten (Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Österreich, Griechenland, Portugal usw.).

Von Null ausgehend im Monat Januar, besitzt SEAT gegenwärtig, Ende 1983, über mehr als 700 Vertriebe, strategisch verteilt in ganz Europa mit ihren entsprechenden Kundendienststellen. Wenn man nun die zuvor erwähnten Umweltbedingungen berücksichtigt, sind diese Zahlen, die professionelle Qualität und Solvenz der auserlesenen Importeure der beste Beweis der Zukunft für SEAT.

Der zweite Abschnitt wird 1984 beginnen, mit der Erweiterung des Außennetzes auf die skandinavischen Länder, Großbritannien und Irland. Ziel dieser zweiten Etappe ist, die Kapazität des Handels- und Kundenservices von SEAT in Europa zu kräftigen, um aufs äußerste den Stapellauf neuer Produkte, die für dieses Jahr vorgesehen sind,



Das SEAT-Werk in Barcelona

auszunutzen. Gemäß der Pläne von SEAT für den Außenmarkt ist vorgesehen, die Anzahl Verkaufs-Kundenstellen auf 1300 auszuweiten und wird gestattet, rationell die Verkaufskapazität auszubilden und den SEAT-Kunden einen tatkräftigen und kompetenten Service in Europa zur Verfügung zu stellen.

Schließlich ergänzt der Abschnitt der Konsolidierung die netzförmige Ausweitung der Vertriebsstellen bis zu den insgesamt vorgesehenen 1500, und alle Anstrengung gilt der Vorbereitung der Vorstellung neuer Produkte, die für 1986 vorgesehen sind. Von jetzt bis zu diesem Zeitpunkt lautet das Target, das man sich vorgenommen hat, in Europa eine Marktdurchdringung von etwa 1,5% zu erreichen.

All diese Außenpolitik, die SEAT gestattet wird, etwa 50% seiner Produktion auszuführen, wird gestützt von einem strategischen Plan, den SEAT sorgfältig einhält. Was seinen industriellen Hintergrund angeht, begann im Jahre 1981 die Neustrukturierung der Fertigungsmethoden; die Arbeitskräfte wurden auf 25% ermäßigt. Mit einer derzeitigen Belegschaft von 25 000 Personen erwartet man eine Produktionsziffer von 400 000 Stück/Jahr zu erreichen, inbegriffen die Modelle mit SEAT-Technologie und die Erzeugnisse unter Lizenz von Volkswagen, sowohl im Werk Barcelona als auch Pamplona. Die für den neuen Plan 1983–1987 vorgesehenen Investitionen betragen 5000 Millionen Dollar.

Ohne Zweifel – was einen außenstehenden Beobachter am meisten beeindruckt, ist der Realismus, mit dem sich SEAT entschlossen hat, sich in den achtziger Jahren zu bewegen. Früchte dieses Pragmatismus sind die Vereinbarungen über technologische und geschäftliche Zusammenarbeit mit der Gruppe VW/Audi, die von beiden Seiten ergriffen wurden nach einer tiefgehenden Analyse des Automobilsektors und seiner Zukunft. Dank dieser Abkommen, die im vergangenen Jahr unterzeichnet wurden, kommt sowohl die technologische Kapazität als auch die des Marketings in den Genuß einer Ökonomie in Skala, die kurzfristig ihren Niederschlag finden wird in der Qualität und in den Kostenpreisen der gemeinsamen Erzeugnisse.

Der wesentliche Inhalt der Vereinbarungen betrifft die Fertigung in Spanien von 120 000 Wagen/Jahr der Modelle VW, von denen etwa



Export des „Ronda“-Modells nach Griechenland

90 000 Polo und Classic sein werden und 30 000 Stück Modelle Passat und Santana. Von dieser Produktion wird SEAT über das Netz von VW 50 000 Stück/Jahr exportieren. SEAT hat seinerseits den Exklusivvertrieb in Spanien aller Modelle von VW/Audi. In diesem Sinne erreichte SEAT allein im ersten Jahr eine weitgehende Verdoppelung des Umsatzes von VW/Audi im Vergleich zum Jahre 1982, als VW seine Wagen nach Spanien über die Filiale VAG España importierte.

Neben den quantifizierbaren Aspekten dieser Verschwägerung bedeutet die Verbindung von SEAT zum prestigereichen deutschen Unternehmen einen Akt der Anerkennung des technologischen Niveaus der spanischen Gesellschaft und ihrer Garantien für die Zukunft. Gerade die überwiegende Zahl dieser Modelle wird im Werk, das SEAT in Pamplona unterhält, gefertigt werden; das als eines der modernsten und aktuellsten in ganz Europa gilt.

Auf der anderen Seite mindert diese Zusammenarbeit mit VW nicht die eigentliche Autonomie von SEAT als Inhaberin der Mehrheit des Geschäftskapitals und der bodenständigen Produktion ihrer eigenen Modelle. So werden im Forschungszentrum von SEAT in Martorell gerade zwei weitere Modelle auf Schiffe gebracht, der S-1 in der unteren Klasse, dessen Name im Handel wahrscheinlich Ibiza lauten wird, und S-3, ein Pkw dreiteilig, beide entworfen von SEAT in Zusammenarbeit mit spezialisierten Firmen wie Giugiaro, Karmann und Porsche. Der Stapellauf ist für Mitte 1984 vorgesehen.

Auf diese Art und Weise, ohne seine eigene Identität, seine Technologie und eigene Marketing-Politik aufgeben zu müssen, öffnet sich SEAT zum Außenmarkt hin wie viele andere multinationalen Unternehmen des Motors und läßt sich die Vorteile einer internationalen Zusammenarbeit zugute kommen, die SEAT die Abkommen mit VW/Audi verschaffen.



...unbekannt  
...sfirmen

## Pankraz, Darwin und das Ende eines Dogmas

Im Frühjahr erst war das englische Original erschienen, jetzt liegt schon eine vorzügliche deutsche Übersetzung und Bearbeitung vor (im S. Fischer Verlag in Frankfurt). Die Sache muß wichtig sein, und sie ist es tatsächlich. Es handelt sich um Gordon Rattray Taylors Buch „The Great Evolution Mystery“, das den Theorien des Darwinismus und Neodarwinismus endgültig den Garaus zu machen scheint. In der angelsächsischen Kritik jedenfalls herrscht Begeisterung. Ein gewaltiges Wissenschaftsdogma, das die Naturwissenschaft fast so exklusiv beherrscht hat wie einst der Marxismus die Soziologie, wird zu Grabe getragen, und die Angehörigen, sprich: die Biologen und Philosophen, sind sich der Feierlichkeit des Augenblicks durchaus bewußt.

Nun ist es bellerbe nicht so, als habe Taylor als erster seine antidarwinistische Zweifel angemeldet, im Gegenteil, er hat sich viel Zeit gelassen, ist über die Abfassung des Manuskripts gestorben. Sein Werk erscheint aus dem Nachlaß, und es enthält die ganz allmähliche Bekehrung eines ursprünglichen Darwinisten, der – als guter Wissenschaftler, der Taylor war – die lawinenartige anwachsende Fülle der Einwände gegen die Theorie aufmerksam registriert und schließlich vor ihr kapituliert. Gerade der Duktus der Bekehrung angesichts einer Fülle unwiderlegbarer Beweise macht das Buch so eindrucksvoll. Taylor zählt im wesentlichen nur auf, schildert in luzidester Weise Experimente, Fakten und Einsichten, aber alle diese Einsichten laufen darauf hinaus, daß Darwin gar nicht recht gehabt haben kann und daß es höchste Zeit wäre, seine Theorie zu verabschieden.

Darwin und noch mehr die in seinem Gefolge schwimmenden Darwinisten und Neodarwinisten gingen davon aus, daß die Evolution des Lebens und die Entfaltung der Arten sich ganz allmählich und in winzigen Schritten vollziehe, und zwar durch den Mechanismus von Mutation und Selektion. Zufällige Mutationen des Genoms, des Vererbungsapparats, würden im Hinblick auf die Überlebensfähigkeit und bessere Anpassung einer Art entweder ausgemerzt oder weitervererbt, so daß sich das Genom und mit ihm der Phänotyp, das Erscheinungsbild des lebendigen Einzellebens, verändere und „nach oben“ weiterentwickelte. Einen Einfluß des Verhaltens des Individuums auf die Mutationen gebe es nicht; diese seien, wie gesagt, „ganz und gar zufällig“, und auch die diversen Formen des Lebendigen seien im Grunde zufällig, von niemandem gewollt und von niemandem gesteuert.

Das von Taylor zusammengetragene Material belegt nun, daß keine einzige der darwinistischen Grundannahmen im Lichte der neuen Forschungen mehr haltbar ist. Die Evolution geht nicht allmählich vor sich, sondern sie macht riesige Sprünge, wobei die bessere Anpassung an sogenannte „ökologische Nischen“ sehr oft oder sogar meistens nicht die dominierende Rolle spielt. Arten, die in lebensgefeierten Nischen wie Gott in Frankreich leben könnten, machen sich

auf, um äußerst lebensfeindliche Biotope zu besetzen, die von ihnen ein Höchstmaß von „gewollter“ Veränderung erfordern. Einmal erreichte Anpassungen werden immer wieder preisgegeben, und andererseits kommt es vor, daß bestens angepaßte Populationen, ganze Artengruppen, gleichsam über Nacht zusammenbrechen und vom Erdboden verschwinden.

Im Genom selbst herrscht keineswegs jene schöne Informationslogik, die man von einer exakt funktionierenden Codierungsmaschine erwarten dürfte. Je weiter die Genforschung fortschreitet, desto überraschendere, verwirrendere Erkenntnisse gewinnt man. Es gibt Gene im Gen und sogenannte „springende Gene“, die ihre DNS an den verschiedensten Orten einschieben, ganze Mutationspuls als so bewirken, ohne daß der Phänotyp etwas davon merkt. Es gibt „Gen-Repressoren“, die die ihnen unterstellten Gen-Kompanien über lange Zeiträume ausschalten, um sie dann um so eifriger zur Aktivität freizugeben, die auch Millionen und Abermillionen von Informationen zurückzuhalten scheinen, so daß von einer biedereren „Selektion“ à la Darwin nicht die Rede sein kann.

Man fragt sich bei alledem, wieso es den Darwinisten gelingen konnte, ihr Dogma so lange aufrechtzuerhalten. Gewiß, der Darwinismus war – wie der Marxismus – kein gewöhnliches wissenschaftliches Paradigma, er galt bei vielen als Wissenschaftsparadigma schlechthin, als Bollwerk gegen ungeprüfte Metaphysik und Pfafferei. Auch stimmt es, was Taylor in seinem Buch zur Erklärung anführt: Der Triumph der Pfaffen angesichts der neuen Fakten war so laut und schallend, daß viele Biologen nun aus Trotz keine Zugeständnisse machen wollten, die ihren Zweifel lieber hinunterschluckten. Als Erklärung genügt das jedoch nicht. Wäre ein neues, die neuen Erkenntnisse plausibel deutendes Paradigma vorhanden, würden sich auch die trotzigsten Zweifler früher oder später unter seine Fahne stellen.

Aber gerade das ist die Katastrophe: Es gibt kein neues, dem Darwinismus in seiner Abgrenztheit vergleichbares Paradigma. Die Biologen sehen sich in der gleichen Lage wie die Teilchenphysiker und die Gesellschaftswissenschaftler: Die alten, mechanistischen, auf Totalität ausgerichteten Weltbilder sind zerbrochen, und an ihre Stelle ist kein neues Weltbild getreten, sondern es werden nur immer neue Teilchen entdeckt, immer neue, sich teilweise widersprechende Evolutionsfaktoren, immer neue menschliche und tierische Verhaltensweisen, immer neue Geheimnisse des Kosmos und des Lebens.

Sollten wir deshalb vielleicht von vornherein auf die Suche nach „Weltformeln“ verzichten? Pankraz hielte das nicht für richtig. Der Mensch ist ein Ganzheitswesen, er will sich immer Vers auf Ganze machen. Nur sollte er sich dabei Zeit lassen und sich der Zeitlichkeit seiner Weltbilder stets bewußt bleiben.

Pankraz

Hamburg: Th. Braschs „Mercedes“ im Malersaal

## Hänger für Oi und Sakko

Deutsche Erstaufführung von Thomas Braschs „Mercedes“ im Hamburger Malersaal. Vor sechs Wochen hatte die Zürcher Uraufführung so unbefriedigt gelassen, daß ein Beobachter resümierte, dieses jüngste Stück des 1976 aus der „DDR“ exilierten Schriftstellers habe seine eigentliche Uraufführung noch vor sich (vgl. WELT vom 7. November). Jetzt in Hamburg zeigt sich das wahre Dilemma. Der beim zügigen Lesen durchaus charmant-chaotisch wirkende Text offenbart auf dem Theaterboden unter beidseitigem Scheinwerferlicht unüberwindbare Schwächen. Die gekonnt hingehauenen, kaltschnäuzigen Stakkato-Dialoge der beiden jugendlichen Streuner Oi und Sakko, die – Mercedes vernarrt – einander an der Autobahn aufzuziehen, werden von lähmenden Monologen, die irgendwo zwischen Hölderlin und Heiner Müller vagieren, immer wieder fatal zur Strecke gebracht.

Gesamtergebnis des Versuchs, wie es im Stück selbst heißt: Unscharfe. Urs Troller, der die inhomogene Szenenfolge fürs Hamburger Schauspielhaus im Malersaal der Kampnagel herausbrachte, suchte vergeblich, auf Gegenkurs zu gehen. Er siegelte das aggressive Renkontre der Gelegenheitsdiebe Oi mit dem Arbeitslosen Sakko nicht in einem nachprüfbar Ort, einer Autobahnausfahrt auf der Autobahn Hamburg-Flensburg an, die dem Betrachter durch eine Fensterscheibe als Fixpunkt bis zum tödlichen Finale erhalten bleibt. Das eröffnet dem Publikum natürlich gute Identifizierungs-

möglichkeiten, ebenso wie die im schwarzen Dornier der Straße gehaltenen Kostüme der Protagonisten. „Time is a stranger“ dröhnt es aus dem Cassette-Recorder zu diesen „Variationen über Zeit und Regello-sigkeit“.

Solch scharfes Fixieren auf Hier und Jetzt vermag in den besten Augenblicken des Abends dem ins Leerlaufenden Dialogspiel einigen Halt zu geben. Oi und Sakko im Clinch: Das hat in vielen Passagen Tempo und Biß und kann streckenweise Brechtische Zwischenfälle und die aufgesetzte Experimentierallüre des Stückerle vergessen machen. Aber eben nur streckenweise. Immer dort, wo die Regie die Typen menschlicher machen will, gibt's sofort Hänger, da die Dialoge das einfach nicht hergeben. Das sollen bei Brasch die kommentierenden Monologe leisten, die über Einstein und die Arbeitswelt, über Zeit und Regeln so tiefgründig verschwommen sinnieren, daß ihre Gedankenfracht nur nervös macht. Szenisch läßt sich das so wenig überzeugend integrieren wie die Auftritte des „Alten Mannes“ (Kees Camp-fens), der mal als Selbstmörder, mal als gekidnappter Firmenboß, mal als Christus fungiert.

Andrea Bürgin hat sich der Rolle der vagabundierenden Oi mit einer kalten, präzisen Verve verschrieben. Ihr sucht Klaus Fischer als „Held“ Sakko mit Eigenwilligkeit zu parieren. Der wohlwollend herliche Premierenpublikum konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses „Mercedes“-Stück bei Mercedes zur Überarbeitung noch einmal auf die Werkbank zurückgeschickt werden wäre. KLAUS WARNBCKE

Phönikische Raritäten im Rheinischen Landesmuseum Bonn: Deutsche Archäologen in Libanon

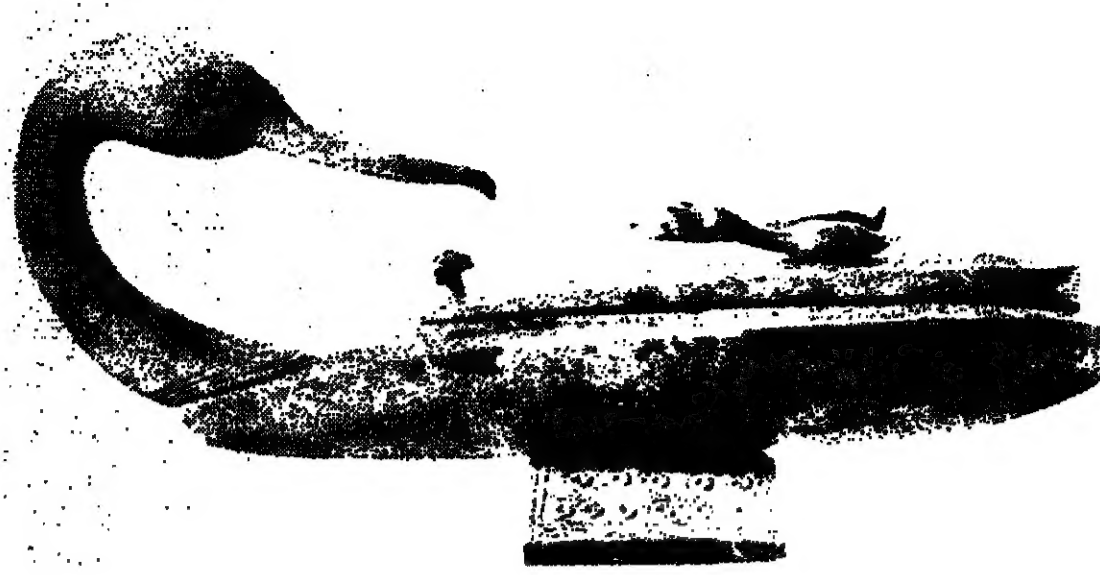
## Die Notizzettel des Königs von Kumidi

Frühjahr 1983. Das deutsche Archäologen-Team unter der Führung Rolf Hachmanns arbeitet sich mühsam von Beirut aus auf vielen Umwegen zum südlichen Ostrand der Bekaa-Ebene durch. Als man schließlich am Ziel ist – der Tell (Hügel) Kamid el-Loz, wo man seit 20 Jahren einen über 3500 Jahre alten phönikischen Stadtstaat ausgräbt – findet man die „Stellung“ besetzt. Aufgeschüttete Wälle, Sandsäcke, Schutzgräben. In 300 Meter Entfernung ein syrisches MG-Nest. Wer denkt da noch an archäologische Grabung?

Aber so unerfreulich der Anlaß für das solchermassen erzwungene Ende der Grabungskampagne auch sein mag, historisch hat er Symbolcharakter für die Region. Schon in der Bronzezeit konnte sich ein einheitlicher Staat zwischen Ägypten und Mesopotamien nicht halten. Die mächtigen Nachbarn ließen Konkurrenz nicht zu. Die Phöniker, in denen man heute gern die Väter Libanons sieht, mochten ein noch so erfolgreiches Seefahrer- und Händlervolk sein, kulturell noch entwickelt – politisch waren sie aufgesplittet in eine Vielzahl von Stadtstaaten und regionalen Fürstentümern, Vassallen zumeist und untereinander zerstritten.

Diese politische Struktur, die elementaren Flückentücken gleich, erschwert die historische Kenntnisnahme. Über das phönikische Wirken im ersten vorchristlichen Jahrtausend ist man noch relativ gut informiert. Die Gründung von Kolonien im gesamten Mittelmeerraum hat Zeugnisse hinterlassen. Und die berühmte phönikische Gründung, Karthago, hat schließlich Geschichte gemacht. Aber davor? Die materielle Hinterlassenschaft der Phöniker des zweiten vorchristlichen Jahrtausends liegt unter den Trümmern von Beirut, unter den Hochhäusern von Sidon oder sonst unter modernen Überbauungen. Lediglich in der Küstengegend Byblos grüben die Franzosen Früheres aus. Aber es blieb ohne Vergleich, ohne den sicheren Kontext.

Da war es denn schon ein Glücksfall, daß der deutsche Archäologe A. Kuschke ausgerechnet im libanesischen Hochland, der Bekaa-Ebene zwischen den Gebirgszügen Libanons und Antilibanons, zwei Tagesmärsche von der Küste entfernt, im Jahr 1954 unweit des unbedeutenden Dörchens Kamid el-Loz frühphö-



Die Schönheit des Augenblicks: Phönikische Pyxis aus Elfenbein in Form einer Ente, aus der Bonner Ausstellung

lische Siedlungsspuren entdeckte. Seit 1963 hat dann Rolf Hachmann von der Universität Saarbrücken hier gegraben.

Der Zufall wollte es, daß man schon bald einen Königspalast und eine Tempelanlage entdeckte. Und ein historisches Unglück vervollständigte noch das Glück der Saarbrücker Archäologen: Ein Erdbeben hatte um 1300 v. Chr. den Königspalast zerstört, die Bewohner heimgesucht mitten im Alltag. Eine der drei gefundenen Leichen trug noch die kostbare goldene Kette am Hals.

Schon der Ort selbst überraschte die Forscher, galt doch das Hinterland des libanesischen Küstenstreifens bislang eher als kulturelles Niemandsland. Dennoch hat der Fundort – zur Freude der Forscher nicht überbaut und kaum geglättet – natürlich seine verkehrsgeschichtliche Logik. Das Stadtkönigreich, das in zwischen mit einiger Sicherheit als Kumidi (aus altägyptischen Quellen bekannt) identifiziert wurde, lag am Kreuzungspunkt zweier alter Straßen. Die eine führte von Sidon aus nach Damaskus, die andere von Ägypten nach Syrien. Es war der Sitz ägyptischer Statthalter, die sich gleichwohl nicht immer uneingeschränkt Loyalität zu den ferneren Pharaonen beifügten. Wider alle Einflüsse setzte man sich in Phönicien mit eigenen Kulturleistungen durch.

Die Funde von Kamid el-Loz erhöhen zweifellos die Revision, die das Phöniker-Bild in letzter Zeit erfahren hat, auch wenn sie nicht wieder zurückführen zur Phönikien-Euphorie des 19. Jahrhunderts. Die Kostbarkeiten von Elfenbein-Schmuck über Schrifttafeln bis zu Kinderspielzeug, die zur Zeit als Zwischenbilanz der Grabungen im Rheinischen Landesmuseum Bonn ausgestellt sind (als Ausstellungsorte folgen noch München, Hamburg, Berlin, Tübingen und schließlich Saarbrücken), sind nicht durch ihre Quantität, wohl aber durch ihre Qualität und Seltenheit außergewöhnlich.

Fremde Einflüsse und Eigenleistung lassen sich etwa an den zahlreichen Elfenbeinschnitzereien ablesen. Da ist zum Beispiel die Figur eines sitzenden Mannes (?). Der Hockertyp stammt aus Mesopotamien, die Sitzhaltung mit auf die Knie gelegten Händen sowie die Gestaltung der Haare sind eindeutig ägyptisch. Aber auch ein Leben strahlt diese Figur aus: Sie lächelt. Sie ist von runderlicher Fülle. Die Hände sind völlig entspannt. Die Füße krümmen sich haltend in den Boden. Das ist nicht die entrückte Hebel- und Idealität des alten Ägypten, sondern heitere Diesseitigkeit.

Sogar bei einer Ente, deren Leib als Schmuckschale gedient hat, ist bei aller Stilisierung beschwingte Dies-

seitigkeit das Ziel. Der Hals und der Schnabel sind in geschwungenen Wellenlinien zurückgebogen zum Rücken, auf dem mit aufgerissenen Schnäbeln zwei Entenküken sitzen, als würden sie über die Jahrtausende hinweg noch hungrig nach Futter schreien. Die Augenblickssituation ist das Charakteristikum dieser Kunst.

Weitaus entscheidender als Beweis kultureller Eigenleistung der Phöniker zwischen Mesopotamien und Ägypten aber ist die Weiterentwicklung der Schrift. Zwischen Keilschrift und Hieroglyphen, die sich nicht auf die Lautzeichen reduzierten, entstand im phönikischen Raum zwischen Byblos und Tyros ein Linear-Alphabet aus geometrischen Zeichen. Diese altphönikischen Buchstaben fand man nun auch in Kamid el-Loz, kurze Aufzeichnungen, Notizzettel, Registervermerke. Sie erlauben – das ist das Besondere – eine ziemlich genaue Datierung in die späte Bronzezeit, also ins 13. Jahrhundert vor Christus.

Kamid el-Loz wird seine weiteren Schätze nun wieder eine Weile zurückhalten. Ein neuer Krieg gefährdet die alte Kultur. Aber schon, was der Boden bislang preisgab, öffnet geschichtliche Perspektiven (bis 21. Jan., Katalog 20 Mark).

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Renaissance des Seeräuber-Films: Mel Damskis „Dotterbart“ und F. Fairfax „Insel der Piraten“

## Mit rauchenden Pistolen durch die Takelage

Mit geblähten Segeln, die schwarz-weißen Totenkopf-Flagge am Mast, zogen die Piratenschiffe über die sieben Meere, zum Schrecken der Handelsschiffahrt und der Kolonialen. Den Säbel an der Seite, ein Mädchen im Arm und ein Siegerlächeln im Gesicht – so porträtierte der Film diese Helden der Ozeane. Jahr-zehntlang bevölkerten der „Rote Korsar“ und der „Schwarze Korsar“, „Captain Blood“ und „Morgan der Pirat“ die Leinwand. Erroll Flynn und Douglas Fairbanks jun., Burt Lancaster und Yul Brynner sind nur einige der berühmtesten Darsteller, die pistolenwühlend durch die Takelagen der Filmkolosse kletterten.

Doch eines Tages ging dem Genre des Piratenfilms, ähnlich wie dem Western traditioneller Machart, die Luft aus. Die Hollywood-Piraten mußten ihre Segel streichen. Nun aber scheint es, als feierte das einstmal so beliebte Genre ein Comeback. Denn Hollywood hat den Piratenfilm aus der Versenkung gehoben. Gleich zwei Seeräuber-Abenteuer kommen in diesen Tagen in unsere Kinos, die zumindest eines gemeinsam haben: Im Mittelpunkt stehen

die haarsträubenden Erlebnisse der Männer mit ihren segelnden Kisten.

Ansonsten aber ist der gemeinsame Nenner von Mel Damskis Parodie auf das würdige Genre Piratenfilm, „Dotterbart“, und Ferdinand Fairfax' Seeräuber-Drama im klassischen Stil, „Die Insel der Piraten“, äußerst klein. In Damskis komödiantischen Film wirkt eine Fülle berühmter Komiker mit: Den wilden Seeräuber Dotterbart, auf dessen Schuldkonto mehrere tausend gemeuchelter Männer und geschwängelter Frauen gehen, spielt Monty-Python-Mitglied Graham Chapman, den schurkischen Verräter Moon mit Mel-Brooks-Liebling Peter Boyle, und den Piratenrottef von Damskis, Gilbert, verkörpert Marty Feldman, der während der Dreharbeiten zu dieser Groteske gestorben ist.

In „Dotterbart“ dreht sich fast alles um einen mysteriösen Schatz, den der Ganove Moon dem Ganoven Dotterbart geraubt und irgendwo versteckt hat. Dotterbarts Trachten geht dahin, sich am Moon zu rechen und seinen Goldhort aus der Tiefe des Meeres zurückzuholen. Jede Menge Spione freilich setzen sich auf seine Fersen und belauern ihn.

Liebhaber von verrückten Filmen à la Monty Python kommen bei diesem Machwerk, in dem erbarmungslos über Captain Blood und Co. hinweggezogen wird, voll auf ihre Kosten. Wer aber als Freund klassischer Seeräuber-Dramen in einer Verulkung des Piratenfilms eine blasphemische Handlung sieht, der sollte „Dotterbart“ besser meiden und sich lieber „Die Insel der Piraten“ anschauen. Denn das ist ein Film, der getreulich im Fahrwasser des traditionellen Piratenfilms schwimmt, dabei aber keinesfalls nur ein langweiliger Abklatsch großer Vorbilder ist.

Ferdinand Fairfax stammt aus dem Land, aus dem einst die berühmtesten Piraten und Freibeuter kamen, aus England. Seinem Debütfilm merkt man an, daß der frischebekene Regisseur offensichtlich ein großer Freund von allem ist, was mit der Seefahrt und auch dem Piraten-tum zusammenhängt. Mit viel Tempo, Witz, Spannung und schönen Bildern von fernen Inselwelten und Seeschiffen erzählt Fairfax die Geschichte eines Liebespaars, das durch die finsternen Machenschaften

eines bösen Seeräubers auseinandergerissen wird. Der Bräutigam, ein Junge namens Nate (Michael O'Keefe), versucht, die ihm geraubte Liebe (hinreißend hübsch die Neuentdeckung Jenny Seagrove) zurückzugewinnen. Unterstützt wird er dabei von einem „guten“ Piraten (Tommy Lee Jones), der wie weiland Erroll Flynn als Robin Hood der Meere agiert und Schiffe nur deshalb raubt, um die Armen ringsum in der Karibik mit seiner Beute zu beglücken.

Fairfax hat seine Liebeserklärung an den Piratenfilm aus vielerlei bunten Mustern zusammengestrickt. Neben aufregenden Verfolgungsjagden, Kämpfen zu Wasser und zu Lande, einem deutschen Kanonenboot, das in diesem Zeitalter, da die Teclipper noch die Meere „bevölkerten“, wie ein Science-fiction-Monster wirkt, bösen Sklavenhändlern und eingeborenen Kannibalen gibt es auch viele Szenen fürs romantische Gemüt. Daß der Held zum Schluß seine Braut heiratet, ist ein solches Drama selbstverständlich.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Gebremste Rückkehr der Buffa: „Liebestrank“ in Düsseldorf und im Revier

## Im Suff ein Angriff mittels Mistgabel

Zufall oder Trend, an zwei aufeinanderfolgenden Tagen brachten Düsseldorf Deutsche Oper am Rhein und Gelsenkirchens Musiktheater im Revier Gaetano Donizettis Oper „Der Liebestrank“ heraus. Im Trend liegt sicher, daß die italienische Buffa bei uns der deutschen Spieloper immer mehr Terrain abgewinnt. Sie ist dankbarer zu singen, die meist ausländischen Sänger brauchen sich nicht mit deutschsprachigen Dialogen abzuquälen.

Wenn aber beide Produktionen – ja immerhin an wichtigen, hochmodernen Instituten erarbeitet – kaum befriedigen können, dann hat man wohl dieses Buffa-Genre noch nicht richtig im Griff. Dabei schien doch zumindest Düsseldorf optimal vorgesorgt zu haben: Mit Otto Schenk als Regisseur und Alberto Erede am Pult hätte für subtile Komik auf der Bühne und für authentische italienische Oper im Graben gesorgt sein sollen. Aber Erede, der kürzlich seinen 75. Geburtstag feierte, neigt inzwischen doch allzu sehr zu schleppenden Tempi, und schlimmer noch, die Ensembles liefern ihm fast regelmäßig aus dem Ruder. Otto Schenk hingegen hatte sich zwar von Bert Kistner stimmungsvollen Bühnenbildern, von Gabriele Frey höchst geschmackvolle Kostüme ent-

werfen lassen, aber bei der Personen-regie fiel ihm doch nichts anderes ein als Zweitausgaben des Sketcheschmiedes Schenk.

Peter Kupke in Gelsenkirchen ging weniger lässig-charmant an das Stück heran. Aber viel bewirkt auch er nicht, wenn er versucht, Details stärker herauszupräparieren. Ein Nemorino, der von Belcores Soldaten gefesselt und sich selbst überlassen wird, nachdem er im betrunkenen Kopf einen Angriff mit der Mistgabel gegen seinen Rivale versucht hat, ist wohl doch eine Übertreibung.

Aber von der Inszenierung hängt der Erfolg einer Donizetti-Oper ja zum wenigsten ab. Auf den Gesang kommt es an. Und damit sieht es an beiden Häusern nicht gut aus. Denn hier wie dort hat man mehr nach den Klischees der Spieloper besetzt als nach den Stimmfächern, für die Donizetti komponierte. Die Adina ist nun einmal für einen lyrischen Sopran geschrieben, während Audrey Michael in Düsseldorf und Christine Whitley doch eindeutig dem Subleiten-Typus entsprechen. Da fehlt es an Farbe, da blühen die Melodien zu wenig auf. Allein mit Spielleute und einer hecken Beweglichkeit der

Stimme ist der Adina nicht beizukommen.

Die Rheinoper vertraut den Nemorino und damit den Ohrwurm des „Una furtiva lagrima“ Janos B. Nagy an, einem recht metallischen Zwischentenor, der ausgerechnet seine Romanze noch mit einigen veristischen Drücken aufzuwerfen versucht. Das darf natürlich nicht sein. Hier ist ein Tenore di grazia gefordert, der pure, gefühlvolle Kantilene produziert. Das ist Scot Weir in Gelsenkirchen zwar von der Stilistik her auf recht vorbildliche Art, aber da hapert es doch ganz einfach am Stimmmaterial. Weder Zenon Kosnowski noch Włodzimierz Zalewski bringt für den Dulcamara die übers Buffa-Juxen hinausgehenden Bassocantante-Qualitäten mit, so daß man sich bei den Sängern in beiden Produktionen an den Belcore halten muß. Dabei schneidet dann Tord Wallström am „Musiktheater“ noch ein gutes Stück besser ab als Thomas Hampson an der Rheinoper. Wobei Gelsenkirchen dank Manfred Mayrhofer am Pult das Rennen um Donizetti ohnehin schon gewonnen hat. Denn Agilität und Schwung der Musik kommen unter seinen Händen in volle Fahrt.

REINHARD BEUTH

## JOURNAL

Film-Berlinale bietet „Mittelmeer-Panorama“

dpa, Berlin  
Die 34. Internationalen Filmfestspiele Berlin finden vom 17. bis zum 28. Februar 1984 statt. Ein besonderer Akzent wird im Rahmen der Informationsschau durch ein „Mittelmeer-Panorama“ gesetzt. Etwa 22 Filme aus verschiedenen Ländern dieser Region werden gezeigt. Auch im Wettbewerb werden die Mittelmeerländer stark vertreten sein. In der Reihe Neue Deutsche Filme werden unter anderem die neuen Filme von Herbert Achternbusch, Percy Adlon, Alexander Kluge, Hans Noever und Doris Dörrie gezeigt. Auf der Berlinale '84 werden auch fünf Filme von Alfred Hitchcock gebracht, die nach 20 Jahren wieder in die Kinos gelangen sollen. Die Retrospektive wird vermutlich zu einem Teil Ernst Lubitsch gewidmet sein. Das Internationale Forum des Jungen Films hat bisher Filme aus den USA, Frankreich, Holland, Schweden, Angola, Japan und Mexiko eingeladen. Schwerpunkte beim Forum werden neue Beispiele ethnographischer Filmarbeit sowie Filme über Tango-Musik sein.

Älteste Kunst der Welt in der Dordogne

AFP, Perigueux  
Die mit 25 000 Jahren ältesten bisher bekannten Kunstwerke sind in einer Höhle in der französischen Dordogne entdeckt worden. Die Felswände der Grotte sind mit Zeichnungen von Mammuts, Pferden und Steinböcken bedeckt. Die Höhle wurde von den prähistorischen Künstlern offenbar bewohnt. Sie liegt unter einem von mehreren Jahren geschlossenen Kalksteinbruch bei Perigueux und wurde nach einem Erdbeben von einem Amateur-Höhlenforscher entdeckt. Die frühzeitlichen Darstellungen sind älter als alle bisherigen Entdeckungen dieser Art. Die Felsmalereien in der Grotte von Lascaux, der berühmtesten der etwa 120 bekannten prähistorischen Höhlen in Frankreich, werden von Wissenschaftlern auf ein Alter von 14 000 Jahren taxiert.

Filmvorhaben mit Prämien ausgestattet

dpa, Bonn  
Fünf Spielfilmvorhaben aus der zweiten Hälfte dieses Jahres werden vom Bundesinnenministerium mit Prämien von jeweils bis zu 250 000 Mark gefördert. Nach Mitteilung des Ministeriums sind dies: „Zwei Schwermere“ (Regie und Drehbuch: Harun Farocki), „Kinderkreuzzug“ (Regie und Drehbuch: Eberhard Fechner), „Lieber Karl“ (Regie: Maria Knill, Drehbuch: gemeinsam mit Wolfram Paulus), „Yerma“ (Regie und Drehbuch: Inge Gvingyossy und Borna Kabay) und „Flügel und Fesseln“ (Regie und Drehbuch: Helmut Sanders). Neben diesen Spitzenreibern wurden von den 252 vorgelegten Projekten noch eine Reihe anderer Filmvorhaben mit Prämien versehen.

Köln zeigt Werke des Bildhauers G. Kohl

DW, Köln  
Mit Gottfried Kohl aus Freiburg in Sachsen stellt die Galerie Boissière in Köln einen Bildhauer der mittleren Generation aus der „DDR“ vor. Kohl, 1921 geboren, gehört nicht zu der mit Nationalpreisen geehrten Spitzengruppe der „DDR“-Bildhauer. Er hat zahlreiche Aufträge für öffentliche Plätze (Brunnen, Denkmäler, Reliefs) ausgeführt. Daneben stehen Kleinbronzen von Menschen und Tieren. Außerdem werden Zeichnungen gezeigt, die sich nicht auf plastische Arbeiten beziehen. Die Ausstellung ist in Köln noch bis zum 20. Januar zu sehen. Anschließend wird sie in der Bremer Galerie in der Böttcherstraße gezeigt. Der Katalog kostet 15 Mark.

Domagk-Preis für Krebsforscher

dpa, Münster  
Der mit jeweils 10 000 Mark dotierte „Gerhard Domagk-Preis“ für 1982 und 1983 wurde Privatdozent Dr. Lutz Gishmann vom Hygiene-Zentrum der Universität Freiburg und Privatdozent Dr. Peter Langhans von der Chirurgischen Uni-Klinik in Münster zuerkannt. Der nach dem münsterischen Nobelpreisträger Domagk (1939) benannte Förderpreis wird von der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität (Münster) in unregelmäßigen Zeitabständen für wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Krebsbekämpfung vergeben.

Kunst am Bau an die Deutsche Bundespost

DW, Bonn  
Mit der „Kunst für Postbauten“ beschäftigt sich eine Broschüre, die jetzt vom Postministerium in Bonn herausgegeben wurde. An unterschiedlichen Beispielen wird darin vorgeführt, wie sich die Bundespost bei ihren Gebäuden der Forderung nach „Kunst am Bau“ stellt. Es handelt sich dabei sowohl um die Gestaltung der Innenräume mit Kunstwerken als auch um den Schmuck der Fassaden und Vorplätze.



## Das Wochenende der Katastrophen: 82 Tote in Madrid, 13 in Amsterdam, 35 bei Genua

## Soldaten starben auf dem Weg zum Fußballspiel

FRIEDRICH MEICHNER, Rom  
Wahrscheinlich 35 Menschenleben hat ein schweres Autobusunglück am Sonntagmorgen auf der Autobahn Sestri Levante - Genua, kurz hinter der Ausfahrt Genua-Nervi gekostet. Ein mit Marinesoldaten besetzter Pullmann-Bus stürzte von einer Autobahnbrücke 70 Meter in die Tiefe und schlug, nachdem er einige Häuser gestreift hatte, in einem Garten auf.

## Nur vier überlebten

Der Bus war um sieben Uhr morgens vom Marinemilitärdepot Aulla bei La Spezia in Richtung Turin abgefahren. Als Passagiere waren 84 wehrpflichtige Matrosen des Jahrgangs 1964 angemeldet, die zum Fußballspiel Juventus Turin - Inter Mailand fahren wollten. Außerdem befanden sich zwei Unteroffiziere, ein Wachmann und zwei Fahrer an Bord. Ob sich die Zahl der vorgesehenen Passagiere in letzter Minute noch vergrößert oder vermindert hat, konnte bisher nicht geklärt werden. Bis Sonntag nachmittag waren noch nicht alle Opfer aus den Trümmern des abgestürzten Busses geborgen.

Bei den Insassen haben jedenfalls nur vier überlebt. Die Rettungsmannschaften hatten neun Verletzte aus den Trümmern gezogen. Fünf davon starben aber noch auf dem Transport ins Krankenhaus. Die anderen vier schweben in Lebensgefahr. Einer von ihnen berichtete nach seiner Bergung, er erinnere sich, „Was machst du, was machst du! Achtung!“, gerufen zu haben. Und er fügte hinzu: „Ich wusste nicht, ob es ein Traum war.“

## Sturm und Regen die Ursache?

Der Bus war gegen 8,15 Uhr bei stürmisch-regnerischem Wetter auf der Autobahnbrücke offensichtlich ins Schleudern geraten. Er hatte erst die rechte Leitplanke der rechten Fahrbahn gestreift, dann die linke durchbrochen, war auf die Gegenfahrbahn geraten und von dort nach 20 Metern in die Tiefe gestürzt.

Nach dem schweren Unfall erging über den italienischen Rundfunk der Aufruf an die Bevölkerung, wegen des stürmischen Wetters mit starken Schnees- und Regenfällen alle nicht unbedingt notwendigen Autofahrten in Nord- und Mittelitalien zu unterlassen.



Die erst vor wenigen Monaten neu eröffnete Diskothek „Alcala 20“ brannte völlig aus - die poppige Kunststoffgestaltung wurde den meisten der Gäste zum Verhängnis.

## Die schillernde Welt des „Alcala“ wurde zu einer tödlichen Falle

Wurden mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen den Opfern von Madrid zum Verhängnis?

ROLF GÖRTZ/DW, Madrid  
Ein Fluch scheint auf der spanischen Hauptstadt zu lasten. Mindestens 82 Menschen kamen bei dem Brand in der größten Diskothek von Madrid, dem „Alcala 20“, ums Leben. Erst vor 14 Tagen gab es bei zwei Flugzeugkatastrophen mehr als 270 Tote. Bei einem U-Bahn-Unglück vor wenigen Tagen waren 91 Menschen verletzt worden.

Rafaelo Pinedo ist der Erschöpfung nahe. In hilfloser Verzweiflung schlägt der Direktor des gerichtsmmedizinischen Instituts die Hände vor das Gesicht. „Schon wieder - schon wieder“, stöhnt der grauhaarige Gerichtsmediziner. Seit der ersten Flugzeugkatastrophe im November ist er praktisch nicht mehr aus seinem nach Formalin riechenden Kittel herausgekommen, bewegt er sich zwischen verkohlten Leichen und verzweifelter Angehörigen. Noch sind die letzten Opfer des zweiten Flugzeugunglücks nicht identifiziert, da bringen schon wieder Kolonnen von Krankenwagen neue Leichen heran.

Noch mindestens 600 meist jugendliche Besucher hatten in der Nacht zum Samstag kurz vor 5 Uhr morgens

im „Alcala 20“ getanzt und gefeiert. Viele von ihnen hielten den ersten Feuerschein für die Ankündigung zu einer letzten Show auf der Bühne. Erst als sich die Flammen in rasender Geschwindigkeit in die leicht entflammbare Dekoration fraßen, merkten die Besucher, daß es brennt. Erst war es ein brennendes Zigarettenstummchen, dann es folgten weitere. Zu diesem Zeitpunkt war es längst zu spät.

Inzwischen scheint klar, daß die Sicherheitsvorkehrungen für die Massen von Menschen, die sich in dem beliebten Vergnügungsort versammelten, längst nicht ausreichten. Nach Aussagen von Feuerwehrleuten und Diskothekenbesuchern, die sich retten konnten, waren Notausgänge nur schwer zu finden, einige waren verschlossen, die meisten Feuerlöscher nur halb gefüllt oder gar leer. Hinzu kam, daß die Diskothek offenbar kurze Zeit später geschlossen werden sollte. Aus diesem Grunde waren einige Ausgänge schon mit Sperrgittern verschlossen.

„Nicht das Feuer, der schwarze Qualm war das Furchtbare“, erzählten übereinstimmend mehrere Überlebende. Auf den Treppen des mehrstöckigen Gebäudes begegneten sich

immer wieder Trauben von Menschen, die in verschiedene Richtungen zu fliehen versuchten. Dabei stürzten einige über die Geländer, wurden niedergetrampelt, erstickten auf den Treppenstufen. So starben die meisten der Toten auch nicht in den Flammen, sondern der dichte schwarze Qualm des schmelzenden Kunststoffs, mit dem die ganze Diskothek ausgestattet war, nahm ihnen den Atem.

Regelrecht zerquetscht wurde ein junger Mann, an jenem Scherengitter, das den Hauptausgang versperrte. Eine Familie versuchte sich über Fenstersimsen in eine andere Wohnung zu retten. Vater, Mutter und zwei der Kinder waren bereits in das rettende Fenster eingestiegen, als eine dritte Tochter den Halt verlor und in den Tod stürzte.

Vier Mitgeigentümer der Diskothek, die erst vor kurzem wiedereröffnet worden war, sind gestern festgenommen worden. Nach einem fünften Eigentümer wurde gefahndet. Die Brandursache war gestern nachmittag noch ungewiß, es deutete jedoch einiges auf einen Kurzschluss hin, erklärte ein Sprecher der Polizei.

## Die Rettung war nur ein paar Schritte entfernt

Racheakt eines enttäuschten Mannes in Amsterdam

AP/DW, Amsterdam  
Der Traum eines 36-jährigen israelischen Einwanderers von einem neuen Leben in den Niederlanden war bald ausgeträumt. Im Sommer vor der Mann seine Stelle als Rauschschmelzer im „Club 20“, einem Sex- und Spiellokal im Amsterdamer Vergnügungsviertel. In der letzten Woche gab ihm seine Freundin, die in dem Club als Kassiererin arbeitete, den Laufpaß. Dafür mußten jetzt 13 Menschen mit dem Leben bezahlen.

Nach Augenzeugenberichten stand der Mann, dessen Name bisher noch nicht bekanntgegeben wurde, in der Nacht zu Samstag plötzlich in der Bar des Clubs. Mit mehreren Schüssen in die Decke schickerte er die anwesenden Besucher ein und begann dann aus einem Kanister Benzin zu verschütten. Mit einem Schuß in die Benzinpfütze löste er den verheerenden Brand aus, der sich schnell in den vier zusammenhängenden, aus dem 17. Jahrhundert stammenden Häusern ausbreitete.

In panischer Angst drängten die Menschen zu den Türen, während der Brandstifter durch ein Fenster entkam. Als sich in Sekundenschnelle ein schwarzer, undurchdringlicher Qualm entwickelte, brach unter den etwa 200 Menschen eine Panik aus. Wegen eines „Bingoabends“ waren die „Spieleale“ des Clubs überfüllt besetzt.

Nach Angaben der Polizei waren die Feuerlöscheinrichtungen zwar „musterfähig“, wegen der Brandherde an verschiedenen Stellen wurden sie jedoch weitgehend wirkungslos. Die Rauchentwicklung muß so stark gewesen sein, daß die schon halb erstickten Gäste die beleuchteten „Ausgang“-Schilder nicht erkennen konnten. So liefen sie, nur wenige Schritte von der Straße und der Rettung entfernt, in den Tod. In der Nähe einer Tür wurden alleine elf der Toten gefunden.

Der mutmaßliche Brandstifter war vom Club-Besitzer Joop de Vries, genannt „Zwarte Joop“ - Schwarzer Jupp -, entlassen worden, weil er angeblich nicht genug arbeitete. Da er mit einer Kassiererin befreundet war, kam er jedoch noch häufig in das Club-Lokal. Als auch seine Freundin mit ihm gebrochen hatte, war er noch zweimal erschienen, hatte Gäste angepöbeln und daraufhin

Hausverbot erhalten. Nach Ansicht der Polizei beschloß der Mann daraufhin, sich zu rächen.

Nach der Tat ließ er offenbar sein Auto vor dem Etablissement stehen und nahm statt dessen ein Taxi. Mit Hilfe des Taxifahrers, der sich an einen stark nach Benzin riechenden Fahrgast erinnerte, verfolgte die Polizei die Spur des Mannes bis in einen Vorort. Obwohl sie hier die Spur verlor, konnte der Mann wenig später mit der Pistole in der Hand von mehreren Streifenwagen gestellt werden. Die Polizei nahm zwei weitere Israelis fest, von denen angenommen wird, daß sie ihrem Landsmann bei der Flucht geholfen haben.

Bei den Toten handelt es sich um sieben Männer und sechs Frauen. Neben fünf Niederländern sollen es fünf Surinamer, ein Chinese und ein Marokkaner und ein Türke sein. Die Leichen waren zum Teil völlig verkohlt. Die Polizei konnte bis gestern nachmittag nicht ausschließen, daß sich unter den immer noch schwellenden Trümmern weitere Todesopfer befinden.



Trotz musterfähiger Sicherheitsvorkehrungen starben 13 Menschen in dem Amsterdamer Sex-Club. Im dichten Qualm fanden sie die Notwege nicht.

## Richter verbot einer Gelähmten den Hungertod

AP, Riverside  
Einer 29-jährigen Frau in der kalifornischen Stadt Riverside ist es am Wochenende „gerichtlich unterbunden worden, sich zu Tode zu hungern. Der Richter wies damit die Klage von Elizabeth Bouvia ab, die an Gehirnlähmung leidet, weder Arme noch Beine bewegen kann und an einem Rollstuhl gefesselt ist. Der Fall hat in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen erregt.

Der Richter John Hews befand in seinem Urteilspruch, daß die Patientin nicht tödlich krank sei und damit das Interesse der Gesellschaft, Leben zu erhalten, und die Pflicht der Ärzte, dies zu tun, den Vorrang vor dem Recht auf Selbstbestimmung über das eigene Leben hätten. Der Richter entschied, daß das Krankenhaus in Riverside, in dem sich die junge Frau seit September befindet, zwangsweise ernähren kann. Die Gelähmte hatte sich um eine einstweilige Verfügung bemüht, die dem Krankenhauspersonal die Zwangsernährung untersagen sollte.

Die Anwälte der Klägerin können in die Berufung gehen. Erst über das Urteil zeigte sich der Ehemann, von dem sich die Klägerin vor kurzem getrennt hat, weil er sich ihren Todewunsch widersetzt. Er wollte jetzt, daß seine Frau nach Hause und die Ehe wieder in Ordnung komme, sagte er.

## Fischsterben

dpa, Kienfurt  
Eine Tiertragödie spielt sich aus bisher ungeklärter Ursache seit Samstag im österreichischen Bundesland Kärnten ab: Tausende Fische starben in einem sechs Kilometer langen Abschnitt des Glan-Flusses bei Feldkirchen.

## Riesenfang

AFP, New York  
Einen großen Fang haben New Yorker Drogenhändler gemacht. Sie beschlagnahmten in einer Wohnung im Stadtteil Queens 800 Kilo bolivianisches Kokain im Schwarzmarkt von rund 432 Millionen Mark.

## Ski-Geschichte

dpa, Pskow  
Sowjetische Archäologen aus Leningrad haben am Sonntag bei Pskow im Nordwesten der Sowjetunion einen rund 4000 Jahre alten Ski gefunden. Das berichtete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass. Der bisher älteste Ski war ein in Oslo aufbewahrter Fund von 2500 Jahre altes Museumstück aus Nordnorwegen.

## Entführer schickten Ohr

dpa, Rom  
Die Kidnapper, die die Mitinhaberin von Italiens berühmtestem Juweliergeschäft, Anna Calisani Bulgari, und deren 16-jährigen Sohn Giorgio am 19. November entführten, haben dem jungen Mann ein Ohr abgeschnitten. Das Ohr wurde nach einem anonymen Anruf in einem Papierkorb in der römischen Innenstadt gefunden. Die Verbrecher fordern ein Lösegeld von rund 6,5 Millionen Mark.

## Familientragödie

dpa, London  
Eine Familientragödie im Südöndor Vorort Croydon hat am Wochenende vier Menschenleben gekostet. Ein junger Mann erschoss zuerst seinen Vater, dann seinen Bruder und einen Freund der Familie, bevor die Waffe gegen sich selber richtete. Das Motiv lag zunächst im Dunkel.

## Anzeige

**Abonnieren Sie Informationsfülle**  
Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaufen Sie eine, aber bieten Sie eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: kompakt, konzentriert, übersichtlich geordnet. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

**DIE WELT**  
HINWEIS für den neuen Abonnenten:  
Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abschneiden des Zeitungsbeils) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

As DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.  
**Bestellformular**  
Bitte lassen Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,50 (Ausland 35,00, Luftpostversand anfragbar), zeitliche Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Beitrag: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abschneiden des Zeitungsbeils) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

## ZU GUTER LETZT

„Die Schrecksekunde des gestrigen Sonntags hatte bereits um die Mittagzeit eine ganze Dreiviertelstunde gedauert.“ Aus einem Sportbericht der „Hannoverschen Volkszeitung“.

## Ein ganzer Kontinent ist vom Hunger bedroht

UNO: Jeder dritte Afrikaner wird bald nicht mehr satt

AP, Nairobi  
Fast jeder dritte Afrikaner wird in nächster Zukunft nicht satt werden können, wenn die Ernährungslage im schwarzen Erdteil bleibt wie sie ist. Der für Entwicklungsfragen zuständige Direktor der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika, Sadig Raschid, sagte am Wochenende in Nairobi, nach seiner Schätzung seien 150 Millionen Menschen des Kontinents von einer „katastrophalen Lebensmittelmangel“ bedroht. Das heißt, die Einwohner der 22 am stärksten von der Dürre betroffenen afrikanischen Länder werden hungern müssen, wenn ihnen nicht schnell geholfen werden kann.

Abgesehen von einer kurzen Niederschlagsperiode 1974/75 warten diese Staaten seit 15 Jahren auf richtigen Regen, der dem Boden seine Fruchtbarkeit wieder zurückgeben, Früchte wachsen und die Herden wieder satt werden lassen könnte. Und die Genfer Weltorganisation der Meteorologen kann den Menschen in den betroffenen Ländern vor allem in der Sahelzone auch keine Hoffnung

auf eine Besserung des Klimas machen. Die Krise der Weltwirtschaft hat das Ihre dazu beigetragen, daß den unter der Trockenheit leidenden Ländern die Mittel fehlen, um in die Wetterbeobachtung zu investieren oder großflächige Bewässerung zu finanzieren.

Vom 20. bis 23. Februar treffen sich in Addis Abeba Wissenschaftler und Mitglieder verschiedener UNO-Organisationen. Sie wollen Vorschläge für eine internationale Konferenz erarbeiten, auf der im April in Conakry Beschlüsse im Kampf gegen die Dürre gefaßt werden sollen.

Unter den Empfängern, die die Wissenschaftler der Konferenz in Conakry unterbreiten werden, finden sich nach Raschids Worten sowohl kurz- als auch langfristige Maßnahmen. Zu den ersten gehört die Verteilung von Düngemitteln, Medikamenten und Handwerkszeug, zu den letzteren die Errichtung von Wetterbeobachtungsstationen, die rechtzeitig vor Dürren warnen, in jedem Land. Außerdem sollen die Folgen der Dürre gemeinsam besser erforscht und bekämpft werden.

## LEUTE HEUTE

## Punker-Comeback

Sandie Shaw (36), bursifüllige englische Sängerin, versucht ein Schlager-Comeback. Im neuen Jahr kommt ihr Song „I don't owe you anything“ (Ich schulde dir nichts) heraus, aufgenommen mit der Punk-Folkgruppe The Smiths.

## Bob macht weiter

Eine Tradition, die er 1941 startete, führt den amerikanischen Komiker Bob Hope trotz seiner 80 Jahre auch dieses Jahr zu Weihnachten in die



Ferne. Zusammen mit Brooke Shields und anderen Schauspielerinnen reist er in den Nahen Osten, um die dort stationierten Friedenstruppen zu unterstützen. Hope begann die Truppenbetreuung während des Zweiten Weltkriegs und war seither überall, wo amerikanische Truppen stationiert oder in Kampfaktionen verwickelt waren.

## Leichte Verspätung

Der ehemalige Formel-1-Weltmeister James Hunt (36) ist nicht mehr der schnellste: Zur eigenen Hochzeit am Samstag kam er fünf Minuten zu spät. Seine Braut, Sarah Lomas (25), Tochter eines Pferdetrainers, war dagegen sogar 20 Minuten zu früh erschienen.

WOLFGANG WILL, New York  
Kosmos 1514, am vergangenen Mittwoch gestartet und als internationales Biosatelliten-Programm ausgelegt, dürfte seine tierischen Passagiere, zwei Affen und zehn schwangere Ratten, binnen der nächsten 48 Stunden zur Erde zurückbefördern. Dieses Gemeinschaftsprojekt der Sowjetunion, der USA und Frankreichs war vor langer Zeit geplant worden, in einer Zeit noch ungetrübter Kooperationswillens. Jetzt, angesichts größerer gewordener Spannungen zwischen den Blöcken, hat es den Anstrich des Mysteriums erhalten. Um die beiden Sowjet-Affen im Welt-raum, die von amerikanischen Geräten und Instrumenten „abgehört“ und überwacht werden, ist es deshalb

## Lehm und Gras - der Stoff, aus dem die Häuser von gestern und morgen sind

Experten führten in Hamburg vor, wie man mit knapperen Mitteln besser bauen kann

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Wie man mit immer knapperen Wohnungsmitteln mehr und bessere Häuser bauen kann, das haben Architekten zum Wochenende in Hamburg beraten. Das Remedium für die gestiegenen Portomonnaies staatlicher und privater Bauherren heißt ökologisches Bauen. Zugleich versprechen die Planer auf der Veranstaltung der Hamburger Architektenverbände und der Umweltbehörde mit ihren zukunftsstrahlenden Bau-schöpfungen den Mietern ein Dorado des Wohnkomforts.

Umweltschutz, Geldmangel und der Zwang zum Energiesparen sind die Motoren, die den Experten mit neuen Bauformen befeuern. Die Inspiration liefert, wie Professor Gernot Minke aus Kassel beschreibt, das architektonische Erbe. Ein niedersächsisches Bauernhaus, mit tief heruntergezogenem Reetdach, mit schützenden Baumreihen, zeigt, wie man sich gegen Wind und Kälte wappnet und dabei ohne Zentralheizung auskommt.

## Muster-Siedlung in Kassel

Ergebnis solcher Überlegungen ist eine Öko-Siedlung, die Minke als seine Mitarbeiter in Kassel auf schwierigem Terrain errichten wollen.

Grundzüge der neuen Architekturideologie sind die Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden, die Nutzung von Klima und Sonnenenergie, Ein-

sparung von Energie und Kosten und schließlich das bewohnerechte Bauen. Im Detail haben Minke und seine Mitarbeiter das umweltfreundliche Bauen schon trainiert. Sie griffen auf alte Bautraditionen zurück und arbeiteten mit dem billigen Stoff Lehm, der zudem ein besonders gutes Raumklima garantiert. Und haltbar, versicherte Minke, sei das Material auch: In Freiburg gibt es ein sechsgeschossiges Lehmhaus von 1828, in Tübingen lebt ein Arzt in einem Lehmhaus von 1830, und darüber hinaus habe man nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg ganze Lehm-Siedlungen errichtet, unter anderem in Lübeck. Lehm sei der traditionelle Baustoff knapper Zeiten. Vorteil: Das Material braucht für die Herstellung eines Kubikmeters nur zwei bis fünf Kilowattstunden Energie, bei einem Kubikmeter Vollziegel hingegen sind es 1000.

Im kommenden Jahr soll auch in der Kasseler Öko-Siedlung mit Lehm gearbeitet werden. Zehn Häuser sollen am Anfang der Öko-Mustersiedlung entstehen. Für sie gilt, der erste Bebauungsplan in Deutschland, der Grasdächer zum Muß erklärt. Die grünen Dächer, nämlich, sind die zweite goldene Öko-Regel, die Minke als zukunftsrichtig verheißt. Sie sind eine vortreffliche Isolierung, die Energie spart, und sie sorgen für reine Luft. In einer Stadt wie Paris zum Beispiel könne man mit einer Begrünung von fünf Prozent der Dachflächen Smoggefahren bannen. Grüne Dächer speichern zudem Regenwasser und entlasten die Kanalisation. Ebenso nützlich wie das lebendige Dach soll „ein grüner Fels“ fürs Haus sein: Rankgewächse an der Fassade helfen Energie- und Renovierungskosten sparen.

„Handverlesene Mieter“  
Zur Internationalen Bauausstellung in Berlin will das Stockholmer Team Bengt Wadner und Joachim Gläsel für ein Grundstück am Landwehrkanal ein umweltfreundliches Mietshaus konstruieren. Bengt Wadner kann in das Vorhaben seine Erfahrungen mit dem 1976 in Stockholm errichteten „Naturhus“ einbringen, das er selbst fünf Jahre lang bewohnte.

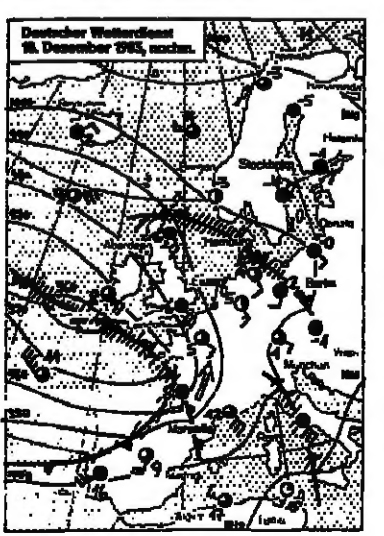
Es ist ein Wohnkern in einer Glaswand, ein Dornröschen in einem riesigen Gewächshaus, das für optimale Klimatisierung sorgt und die innere Gebäudeweile mit einem wuchernden Garten einschließt. Das Prinzip soll auf das sechs- bis siebenstöckige Berliner Haus übertragen werden, das mit fünfzig Prozent des durchschnittlichen Energiebedarfs auskommen kann, den Trinkwasserbedarf durch Regenwasserverwendung minimiert, organische Abfälle für die bausäuernden Gärten verwendet und dadurch nahezu autark wird. Die Bewohner sollen das Projekt mitverwirklichen. Deswegen kommen auch nur „handverlesene Mieter“ in Frage, die den notwendigen Öko-Sachverstand für das komplizierte Gefüge einbringen und zum Mitmachen bereit sind.

Das sowjetisch-amerikanische Kooperations-Abkommen war 1972 für zehn Jahre abgeschlossen worden. Es fand in dem mehr politisch motivierten Apollo-Sojus-Unternehmen von 1975 seinen Höhepunkt, als sich Kosmonauten und Astronauten in ihren aneinandergekoppelten Kapseln die Hände schüttelten. Das Abkommen wurde im vergangenen Jahr nicht erneuert, weil sich die Ost-West-Beziehungen verschlechtert hatten. Ein Protokoll aber war unterzeichnet worden, das insgesamt drei Biosatelliten-Projekte internationalen Charakters vorsieht - wovon „Kosmos 1514“ das erste zu sein scheint.

ab-Wissenschaftsastronauten der Fall war.  
Das sowjetisch-amerikanische Kooperations-Abkommen war 1972 für zehn Jahre abgeschlossen worden. Es fand in dem mehr politisch motivierten Apollo-Sojus-Unternehmen von 1975 seinen Höhepunkt, als sich Kosmonauten und Astronauten in ihren aneinandergekoppelten Kapseln die Hände schüttelten. Das Abkommen wurde im vergangenen Jahr nicht erneuert, weil sich die Ost-West-Beziehungen verschlechtert hatten. Ein Protokoll aber war unterzeichnet worden, das insgesamt drei Biosatelliten-Projekte internationalen Charakters vorsieht - wovon „Kosmos 1514“ das erste zu sein scheint.

## WETTER: Milder

Wetterlage: Das Frontensystem eines Sturmsieds bei Irland überquert im Tagesverlauf auch Nord- und Mitteldeutschland. Auf seiner Rückseite zieht milde Meeresluft ein.



Wetterlage: Das Frontensystem eines Sturmsieds bei Irland überquert im Tagesverlauf auch Nord- und Mitteldeutschland. Auf seiner Rückseite zieht milde Meeresluft ein.

Vorhersage für Montag:  
Norddeutschland und Ostdeutschland: Stark bewölkt bis bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen, anfangs in den Höhenlagen mit Schnee vermischt, streckenweise vorwiegend Glätte. Nach Frühwintern um Null Grad C Erwärmung auf 3 bis 5 Grad C.

Übriges Bundesgebiet: Anfangs in Westdeutschland bedeckt und Regen. Im Vormittagsverlauf hier wie schon in Süddeutschland Übergang zu wechselnder Bewölkung und weitgehend niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen 7 bis 10 Grad C.

Weitere Ansichten:  
Leicht unbeständig und mild.  
Temperaturen am Sonntag, 18. Uhr:  
Berlin 2°  
Bonn 4°  
Dresden 2°  
Essen 5°  
Frankfurt 1°  
Hamburg 2°  
Lissabon 12°  
München 1°  
Stuttgart 0°  
Alger 17°  
Amsterdam 4°  
Athen 14°  
Barcelona 10°  
Brüssel 4°  
Budapest 3°  
Bukarest 3°  
Helsinki 1°  
Istanbul 9°  
Kairo 17°  
Kopenhagen 0°  
Las Palmas 18°  
London 6°  
Madrid 9°  
Mailand 12°  
Mallorca 12°  
Moskau -8°  
Nizza 7°  
Oslo 4°  
Paris 5°  
Prag 0°  
Rom 12°  
Stockholm 1°  
Tel Aviv 15°  
Tunis 15°  
Wien 1°  
Zürich 1°

\*Sonnenanfang am Dienstag: 8.24 Uhr, Untergang: 16.19 Uhr, Mondanfang: 16.30 Uhr, Untergang: 8.53 Uhr.  
\*In MEZ, zentraler Ort Kassel